

Landtag Rheinland-Pfalz
15. Wahlperiode

Plenarprotokoll 15/21

21. Sitzung

Freitag, den 16. März 2007

Mainz, Deutschhaus

Fragestunde

– Drucksache 15/878 – 1156

*Die Mündlichen Anfragen Nummern 10 bis 16 werden wegen Ablaufs der Fragestunde
gemäß § 98 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtags in Kleine Anfragen umgewandelt.....* 1169

Regierungserklärung "Menschen prägen Wirtschaft"..... 1169

**Standort Rheinland-Pfalz stärken – den Mittelstand als zentralen Motor
der rheinland-pfälzischen Wirtschaft weiter gezielt unterstützen –**

Antrag der Fraktion der FDP

– EntschlieÙung –

– Drucksache 15/546 –

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr

– Drucksache 15/842 – 1169

**Zur Situation der kleinen und mittleren Unternehmen in Rheinland-Pfalz
Besprechung der GroÙen Anfrage der Fraktion der SPD und der Antwort
der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der SPD**

– Drucksachen 15/495/796/803 –

dazu: Rheinland-Pfalz zum Land des modernen Mittelstands ausbauen!

Antrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 15/859 – 1169

8. Mittelstandsbericht der Landesregierung

**Besprechung des Berichts der Landesregierung (Drucksache 15/735, Vorlage 15/797)
auf Antrag der Fraktion der SPD**

– Drucksache 15/760 – 1169

Zukunft des Mittelstandes durch eine Reform der Unternehmensteuer sichern

Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 15/860 – 1169

Die Drucksachen 15/546/842/495/796/803/859/760/860 werden gemeinsam aufgerufen und beraten.

Die Regierungserklärung wird von Staatsminister Hering abgegeben.

Der Tagesordnungspunkt ist mit der Aussprache erledigt. 1198

Die Beschlussempfehlung – Drucksache 15/842 – wird mit Mehrheit angenommen. 1198

Der Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 15/546 – wird unter Berücksichtigung der Annahme der Beschlussempfehlung – Drucksache 15/842 – mit Mehrheit angenommen. 1198

Der Tagesordnungspunkt – Drucksachen 15/495/796/803 – ist – soweit es die Große Anfrage und die Antwort der Landesregierung betrifft – mit seiner Besprechung erledigt. 1198

Der Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/859 – wird mit Mehrheit angenommen. 1198

Der Tagesordnungspunkt – Drucksache 15/760 – ist mit seiner Besprechung erledigt. 1198

Der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/860 – wird von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen. 1198

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Dr. Heinz Georg Bamberger, Karl Peter Bruch, Frau Margit Conrad, Professor Dr. Ingolf Deubel, Frau Malu Dreyer, Hendrik Hering; Staatssekretär Martin Stadelmaier.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Josef Keller, Günter Ramsauer, Ulla Schmidt, Dr. Peter Schmitz.

Rednerverzeichnis:

Abg. Baldauf, CDU:	1176
Abg. Bracht, CDU:	1168, 1169
Abg. Burgard, SPD:	1165
Abg. Creutzmann, FDP:	1192, 1194
Abg. Dr. Enders, CDU:	1156, 1157
Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:	1157, 1158
Abg. Eymael, FDP:	1159, 1160, 1161, 1185
Abg. Frau Brück, SPD:	1162
Abg. Frau Grosse, SPD:	1158
Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:	1165
Abg. Frau Mohr, SPD:	1188
Abg. Frau Morsblech, FDP:	1158, 1160
Abg. Geis, SPD:	1160
Abg. Hartloff, SPD:	1194
Abg. Hüttner, SPD:	1163, 1165
Abg. Licht, CDU:	1164, 1166, 1168, 1169, 1197
Abg. Noss, SPD:	1166
Abg. Pörksen, SPD:	1164
Abg. Schweitzer, Alexander, SPD:	1182
Abg. Weiner, CDU:	1176
Bruch, Minister des Innern und für Sport:	1162, 1163, 1164, 1165, 1166, 1167, 1168, 1169
Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:	1159, 1160, 1161, 1162
Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:	1156, 1157, 1158
Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:	1169, 1195
Vizepräsident Bauckhage:	1181, 1185
Vizepräsident Schnabel:	1188, 1192, 1194, 1195, 1197, 1198
Vizepräsidentin Frau Klamm:	1156, 1157, 1158, 1159, 1160, 1161, 1162, 1163, 1164
.....	1165, 1166, 1167, 1168, 1169, 1176

21. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 16. März 2007

Die Sitzung wird um 09:30 Uhr von Vizepräsidentin Frau Klamm eröffnet.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie zur 21. Plenarsitzung.

Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich Frau Kollegin Schellhaaß und Herrn Kollegen Wehner. Frau Schellhaaß führt die Rednerliste.

Entschuldigt sind für die heutige Sitzung die Abgeordneten Günther Ramsauer, Josef Keller, Ulla Schmidt und Dr. Peter Schmitz.

Ich darf Gäste im Landtag begrüßen, und zwar Schülerinnen und Schüler der Fachoberschule Wirtschaft der Berufsbildenden Schule Alzey. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich rufe **Punkt 18** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 15/878 –

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Peter Enders und Dr. Josef Rosenbauer (CDU), Mitgliederverluste der AOK Rheinland-Pfalz** – Nummer 6 der Drucksache 15/878 – betreffend, auf.

Herr Dr. Enders, ich vermute, dass Sie die Fragen vortragen.

Abg. Dr. Enders, CDU:

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchem Umfang haben Versicherte der AOK Rheinland-Pfalz seit der letzten Beitragserhöhung diese Kasse verlassen?
2. Welche Folgen sind damit nach Einschätzung der Landesregierung für die Situation der AOK Rheinland-Pfalz verbunden?
3. Welche Folgen sind damit im Bereich der hausärztlichen Versorgung verbunden?
4. Welche Folgen können damit für die verbleibenden Versicherten der AOK Rheinland-Pfalz verbunden sein?

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Frau Staatsministerin Dreyer, Sie haben das Wort.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Herren und Damen! Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Peter Enders und Dr. Josef Rosenbauer beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Seit der Beitragserhöhung zum 1. Januar 2007 haben bis zum 1. März 2007 insgesamt 8.602 Versicherte die Kasse verlassen. Aktuellere Auswertungen liegen der AOK noch nicht vor. Dieser Verlust von Mitgliedern und Familienangehörigen entspricht einem Rückgang in Höhe von ca. 0,77 % des Versichertenbestandes im Vergleich zum Stichtag 1. Januar 2007.

Zu Frage 2: Mit der Einführung der Kassenwahlfreiheit im Jahr 1996 haben zwischen den einzelnen gesetzlichen Krankenkassen erhebliche Mitgliederbewegungen stattgefunden. Seit Beginn dieses Kassenwettbewerbs wechseln jährlich Hunderttausende ihre Krankenkasse.

Hauptsächlich die Allgemeinen Ortskrankenkassen als große Versorgerkassen mussten entsprechende Mitgliederverluste in den vergangenen Jahren hinnehmen. Dies ist im Rahmen des Kassenwettbewerbs unvermeidlich.

Aufgrund erfolgreicher Beitragssatzpolitik und Mitgliederarbeit hatte die AOK Rheinland-Pfalz im Vergleich zu anderen Allgemeinen Ortskrankenkassen allerdings in den vergangenen Jahren nur geringe Mitgliederverluste hinnehmen müssen. Durch die Beitragssatzerhöhung zu Anfang des Jahres 2007 musste jedoch mit verstärkten Mitgliederabgängen gerechnet werden.

Durch die Kündigung von Mitgliedschaften reduzieren sich für die abgebende Krankenkasse die Beitragseinnahmen. Jedoch kann ein Mitgliederwechsel gleichzeitig auch zur Reduzierung der Leistungsausgaben führen.

Aufgrund der rechtzeitigen Berücksichtigung aktueller Entwicklungen ist nach der derzeitigen Datenlage gegenwärtig nicht mit relevanten Auswirkungen zu rechnen. Vorrangig ist die weitere Mitgliederentwicklung der AOK Rheinland-Pfalz zu beobachten.

Die Landesregierung steht im Übrigen im engen Dialog mit der AOK Rheinland-Pfalz.

Zu Frage 3: Nach den Bestimmungen des Gesundheitsstrukturgesetzes können seit dem Jahr 1996 gesetzlich krankenversicherte Mitglieder zwischen den geöffneten gesetzlichen Krankenkassen frei wählen. Dabei gewährleisten alle Krankenkassen ihren Mitgliedern und familienversicherten Angehörigen umfangreiche Leistungen, die zu 95 % im SGB V einheitlich festgelegt sind.

Zu diesen Leistungen gehört auch die hausärztliche Versorgung, welche alle gesetzlich Versicherten unabhängig von der gewählten Krankenkasse beanspruchen können. Aus diesem Grund ist durch einen Krankenkassenwechsel von der AOK Rheinland-Pfalz zu anderen gesetzlichen Krankenkassen auch weiter ein Anspruch auf hausärztliche Versorgung für gesetzlich Versicherte nach dem SGB V gewährleistet.

Im selbstverwalteten Gesundheitswesen gelten hinsichtlich der hausärztlichen Vergütung die zwischen den Krankenkassen und den kassenärztlichen Vereinigungen ausgehandelten Verträge. Die Höhe der Vergütung pro Mitglied kann hier je nach Behandlungsergebnis von Krankenkasse zu Krankenkasse schwanken. Dies ist davon abhängig, zu welcher Krankenkasse das jeweilige Mitglied wechselt.

Zu Frage 4: Sowohl Versicherte, die eine Krankenkasse gewählt haben, als auch Versicherte der AOK Rheinland-Pfalz genießen nach wie vor einen umfassenden Krankenversicherungsschutz im Rahmen des SGB V. Der Kassenwechsel hat keinen Einfluss auf die Leistungsansprüche der Versicherten.

So weit die Antwort der Landesregierung.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Herrn Dr. Enders für eine Zusatzfrage das Wort.

Abg. Dr. Enders, CDU:

Frau Ministerin, können Sie mir zustimmen, dass es bei einer unterschiedlich hohen Kopfpauschale in Höhe von 291 Euro bei der IKK Südwest-Direkt und 476 Euro bei der AOK Rheinland-Pfalz durchaus zu einer Wettbewerbsverzerrung kommen muss, sodass der Gesetzgeber eigentlich Handlungsbedarf erkennen muss?

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:

Herr Dr. Enders, diese Frage wurde nicht gestellt. Deshalb bin ich darauf auch nicht eingegangen. Natürlich stimme ich dem zu. Es ist in der Tat ein Problem, dass Abwanderungen zu der IKK Südwest-Direkt stattfinden. Im Saarland ist das im vergangenen Jahr besonders extrem gewesen. Die IKK Südwest-Direkt zahlt eine erheblich niedrigere Pro-Kopf-Pauschale als beispielsweise die AOK.

Zwei Dinge sind dabei allerdings zu berücksichtigen: AOK-Versicherte wechseln häufig auch zu anderen großen Ersatzkassen, die zum Beispiel – ich nehme als Beispiel die TK – höhere Kopfpauschalen zahlen als die AOK. Dennoch sehe ich gesetzlichen Handlungsbedarf. Das Problem liegt darin, dass die KV an die vertragliche Vereinbarung der KV Saarland gebunden ist und keine Möglichkeit hat, gegen diese Vereinbarung vorzugehen. Wir sind deshalb sofort beim Bundesministerium vorstellig geworden, nachdem diese Problematik bekannt geworden ist, und haben den Vorschlag unterbreitet, dass die nächste Möglichkeit genutzt wird, um gesetzlich eine Korrektur in dem Sinne durchzuführen, dass die zuständige KV die Möglichkeit hat, die Vereinbarung für sich zu kündigen und neu abzuschließen.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Rosenbauer für eine Zusatzfrage das Wort.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Frau Ministerin, wir haben doch einen drastischen Rückgang bei den Mitgliederzahlen zu verzeichnen. Wie wirkt sich das auf die Beitragssätze im nächsten Jahr aus? Gibt es dazu schon Kalkulationen, oder geht man davon aus, dass der Beitrag im nächsten Jahr gleich bleibt?

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:

Bis zum 1. März 2007 hat sich der Mitgliederverlust auf 0,77 % belaufen. Das habe ich bereits dargestellt. Dennoch muss die weitere Entwicklung beobachtet werden. Man muss damit rechnen, dass aufgrund der unterschiedlichen Beitragshöhen weitere Mitglieder gehen werden.

Trotzdem kann ich sagen, dass die AOK von Anfang an bei der Aufstellung ihres Wirtschaftsplans berücksichtigt hat, dass es zu Mitgliederverlusten kommen wird. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, eine Aussage dazu zu treffen, ob das Einfluss auf spätere Beiträge haben wird. Wir hoffen, dass das nicht der Fall sein wird, aber ähnlich wie andere Krankenkassen ist natürlich auch die AOK Rheinland-Pfalz davon tangiert, dass Mitglieder verstärkt kommen und gehen. Das muss natürlich in den Wirtschaftsplan mit aufgenommen werden.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Enders für eine weitere Zusatzfrage das Wort.

Abg. Dr. Enders, CDU:

Es gibt einen Brief von einer AOK Bezirksdirektion an einen Verbandsbürgermeister vom 7. März, in dem festgestellt wird, dass es einen Honorarverlust von 2 Millionen Euro jährlich bedeuten würde, wenn nur 10.000 Mitglieder zur IKK Südwest-Direkt wechseln. Meine konkrete Frage: Ist Ihnen bekannt, dass bei anderen Ersatzkassen ähnliche oder geringfügig dramatischere Verhältnisse vorliegen und dass dort Bewegungen zugunsten der IKK Südwest-Direkt stattfinden?

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:

Zum einen habe ich gesagt, dass nicht alle Wechsler von der AOK zur IKK Südwest-Direkt gehen, sondern dass ein Teil zu anderen großen Ersatzkassen wechselt. Das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen.

Die Hochrechnung kann ich nicht nachvollziehen. Ich kann nur konstatieren, dass die Problematik bei der IKK Südwest-Direkt und der Vereinbarung liegt, die die Ärzte im Saarland mit dieser Krankenkasse abgeschlossen haben. Das ist kein Fehler oder Versäumnis der Politik gewesen. Man hat damals die Entwicklung der IKK Südwest-Direkt unterschätzt und gemeint, sie bleibe immer so klein wie sie damals war und dass das Klientel

so gesund bleibe, dass man mit einer Pro-Kopf-Pauschale von 287 Euro klarkommen könnte.

Nun haben wir die Problematik, dass die Ärzte in Rheinland-Pfalz ebenso an diese Vereinbarung gebunden sind. Die einzige Möglichkeit, die ich als Politikerin sehe, ist die, beim Bund darauf hinzuwirken, dass man diese gesetzliche Regelung dahin gehend verändert, dass die Ärzte in Rheinland-Pfalz Möglichkeiten haben, neue Vereinbarungen mit der IKK Südwest-Direkt abzuschließen.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Frau Kollegin Grosse für eine Zusatzfrage das Wort.

Abg. Frau Grosse, SPD:

Frau Ministerin, können Sie etwas zu dem Versicherungspotenzial der AOK im Vergleich zu den anderen Krankenkassen sagen, zum Beispiel, was Krankheit und Einkommen angeht, und ob und in welcher Form sich das durch die Neuordnung des Risikostrukturausgleichs auswirken wird? Könnte das wiederum Auswirkungen auf die Mitgliederstruktur der AOK haben?

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:

Die Mitgliederstruktur der AOK – das ist wahrscheinlich im Haus bekannt – ist auch dadurch geprägt, dass nicht nur gut verdienende oder gesunde Menschen in der AOK versichert sind – diese gibt es allerdings auch in der AOK –, sondern auch diejenigen, die zum Beispiel arbeitslos sind und über niedrige Einkommen verfügen oder erhöhte Krankheitsrisiken haben.

Das ist für die AOK keine einfache Situation. Schaut man sich die Versicherten der anderen großen Ersatzkassen an, weiß man, dass es erhebliche Unterschiede gibt.

Der neue Risikostrukturausgleich, der mit der Gesundheitsreform entwickelt worden ist, wird dazu führen, dass diese Unterschiede keine Rolle mehr spielen werden, weil es dann einen hundertprozentigen Einkommensausgleich geben und das Krankheitsrisiko entsprechend bemessen wird. Das bedeutet auch, dass die AOK mit dem Gesundheitsfonds und dem neuen Risikostrukturausgleich in eine vollkommen andere, nämlich eine im Vergleich zu anderen Krankenkassen gerechtere Startposition versetzt wird.

Ich denke, dass die AOK die große Aufgabe meistern wird, dieses Jahr zu überstehen, ohne zu viele Mitglieder zu verlieren. Sie wird sich auch überlegen, wie sie ihre Mitglieder halten kann. Man muss auch berücksichtigen, dass die AOK als eine der ersten Krankenkassen die Beiträge erhöht hat und andere Kassen nachgezogen sind. Insofern bleibt die Entwicklung abzuwarten und zu schauen, wie sich die Situation der AOK Rheinland-Pfalz weiterentwickeln wird.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Rosenbauer.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Frau Ministerin, Ihr Staatssekretär hat im letzten Sozialpolitischen Ausschuss ausgeführt, dass aufgrund der Tatsache, dass man 2005 und 2006 keine Beitragserhöhungen vorgenommen hätte, Defizite in Höhe von 50 Millionen Euro entstanden sind. Es war noch nicht kalkulierbar, wie sich die DMP-Rückzahlungen auf die AOK auswirken. Es waren wohl noch Außenstände vorhanden. Gibt es eine Übersicht, ob noch Geld kommt und somit die finanzielle Situation der AOK verbessert wird, oder es bei dem bisherigen Stand bleibt?

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:

Die Frage kann ich aus dem Stand nicht beantworten. Ich kann das gern schriftlich nachliefern, vorausgesetzt, die AOK überlässt uns diese Daten. Ich sage ehrlich, dass ich zunehmend kein gutes Gefühl habe, dass wir all diese einzelnen Geschäftsdetails in öffentlicher Sitzung miteinander erörtern.

Wir haben die Rechtsaufsicht über die AOK, sonst aber auch nichts. Wir sprechen auch nicht darüber, wie die großen Ersatzkassen ihre Mitgliederverluste bearbeiten. Das heißt natürlich nicht, dass wir das, was uns die AOK zur Verfügung stellt, nicht auch den Abgeordneten zur Verfügung stellen werden. Insofern werde ich der Frage nachgehen und Sie, falls die Daten bekannt sind, gern schriftlich unterrichten.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich sehe keine weiteren Zusatzfragen. Somit ist die Mündliche Anfrage beantwortet.

(Beifall der SPD)

Ich begrüße Schülerinnen und Schüler der Klassen 10 der Sophie-Scholl-Realschule Morbach im Landtag. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Günter Eymael und Nicole Morsblech (FDP), Extra-Standards für Zweijährige in Kindertagesstätten** – Nummer 7 der Drucksache 15/878 – betreffend, auf.

Bitte schön, Frau Morsblech.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass die Erteilung der Betriebserlaubnis durch das Landesjugendamt für den kommunalen Kindergarten, Kaiserslauterer Straße 349 in Bad Dürkheim-Hardenburg, davon abhängig gemacht wurde, dass räumliche Anpassungen, insbesondere im Sanitärbereich, erfolgt sind?
2. Gab es zu dem Begleitschreiben zu der Betriebserlaubnis vonseiten des Landesjugendamtes eine Anlage, in der ausdrücklich Extra-WCs für Kleinstkinder, Extra-WCs für Hortkinder und besonders gestaltete Wickelbereiche für Kleinstkinder ausgewiesen waren?
3. Aufgrund welcher Bestimmungen mahnte die für die Erteilung der Betriebserlaubnis zuständige Behörde im vorliegenden Fall Veränderungen im Sanitärbereich der betroffenen Kindertageseinrichtung an?
4. Durch welche Maßnahmen stellt die Landesregierung sicher, dass die Träger von Kindertageseinrichtungen nicht durch überzogene, kostenintensive und bürokratische Anforderungen von der Schaffung zusätzlicher Angebote für unter Dreijährige ausgeschlossen werden?

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Bitte schön, Frau Ministerin Ahnen.

Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Mündliche Anfrage beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Der Bescheid des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung, Landesjugendamt, Zweigstelle Landau, an die Stadtverwaltung Bad Dürkheim über eine Änderung der Betriebserlaubnis zur Öffnung von Gruppen im Kindergarten Hardenburg für Kinder unter zwei Jahren enthält keine Auflage, mit der die Genehmigung von räumlichen Anpassungen oder Veränderungen im Sanitärbereich abhängig gemacht wurde.

Lediglich in einem Begleitschreiben zu der Betriebserlaubnis wurde vonseiten des Landesjugendamtes auf die Umsetzung der verabredeten räumlichen Anpassungen hingewiesen, die den Sanitärbereich betrafen und insbesondere die Schaffung eines Wickelbereichs für die Kleinkinder zum Gegenstand hatten. Der Bescheid enthält lediglich einen Verweis auf die noch fehlende Bescheinigung des Brandschutzes.

Zu Frage 2: Eine Anlage zu dem genannten Begleitschreiben ist der Landesregierung nicht bekannt.

Zu Frage 3: Vor der Änderung einer Betriebserlaubnis eines Kindergartens, wie sie zum Beispiel bei der Aufnahme von Kindern unter drei Jahren vorgenommen wird, was im Rahmen des Landesprogramms „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ erklärtes Ziel der Landesregierung zur Erfüllung des Rechtsanspruchs

ab 2010 ist, erfolgt in aller Regel ein Beratungsbesuch des Landesjugendamtes, um die aktuellen Bedingungen der Einrichtung gemeinsam mit dem Träger und in der Regel auch einer Vertretung des Jugendamts zu sichten.

Im Rahmen dieses Besuches kommen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesjugendamtes ihrem Beratungsauftrag nach, der die qualitative Weiterentwicklung einer Einrichtung im Blick hat. Gerade bei anstehenden konzeptionellen Veränderungen, wie der Aufnahme von Kindern unter drei Jahren, kommen Fragen der Konzeptionsentwicklung, des Personaleinsatzes und der räumlichen Bedingungen – oftmals auch vom Träger der Einrichtung selbst angesprochen – zur Sprache.

Die Bedingungen für die Anpassung einer Betriebserlaubnis bei der Aufnahme von Kindern von zwei Jahren sind in einer Arbeitshilfe des Landesjugendamtes niedergelegt. Diese ist auch auf dem Kita-Server einzusehen. Eine bestimmte Höhe von Toiletten wird in den Arbeitshilfen nicht vorgeschrieben.

Zu Frage 4: Die Schaffung von Plätzen für Kinder unter drei Jahren ist ein erklärtes Ziel der Landesregierung im Rahmen des Programms „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“. Im Zeitraum von Juni 2004 bis Dezember 2006 wurden in geöffneten Kindergarten-Gruppen insgesamt 1.921 Plätze neu geschaffen und die Zahl der Plätze insgesamt von 4.204 auf 10.452 ausgeweitet, also mehr als verdoppelt. Dies war nur aufgrund der guten Beratung möglich. Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse darüber vor, dass diese Entwicklung durch bürokratische Hemmnisse eingeschränkt wurde.

Ansonsten wird im Rahmen der Beratungen eine kind- und altersgerechte Anpassung einer Einrichtung diskutiert. Sofern spezialgesetzliche Vorgaben zu erfüllen sind, ist auch die Entscheidung über letztlich durchzuführende Maßnahmen investiver Art eine Maßnahme des Trägers.

So weit die Antwort der Landesregierung.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Eymael.

Abg. Eymael, FDP:

Frau Ministerin, können Sie bestätigen, dass am 5. Februar – das war der Tag meiner Kleinen Anfrage – die Forderungen nach den sogenannten Klein-WCs mit Sitzhöhe von 26 cm, eine Absenkung der Handwaschbecken um 10 cm, die Schaffung einer Wickelkommode mit geschütztem Intimbereich und gefliesten Wänden noch bestanden haben und diese Auflagen erst am 13. Februar durch den zuständigen Referatsleiter zurückgenommen worden sind?

**Frau Ahnen, Ministerin für Bildung,
Wissenschaft, Jugend und Kultur:**

Das kann ich Ihnen so nicht bestätigen.

Abg. Eymael, FDP:

Dann wissen Sie es nicht. Es war aber so.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Morsblech.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Frau Ministerin, mir liegt ein Bescheid vom 26. Juli über die Änderung der Betriebserlaubnis für die genannte Kindertagesstätte vor. Nach dem, was ich sehe, bestätigt diese nicht, dass es keine Voraussetzung war, die Sanitäranlagen zu ändern; denn hier steht: Als Anlage überlasse ich Ihnen die Betriebserlaubnis... Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die räumlichen Anpassungen, insbesondere der Sanitärbereich sowie die Umgestaltung von Funktionsräumen erfolgt sind. – Dazu gibt es eine Anlage. In der Anlage sind die von meinem Kollegen Eymael genannten Wickelräume, Kleinstkindertoiletten und Kleinkindertoiletten ausgewiesen.

Dann gibt es noch eine Horttoilette, die vorhanden sein muss, und eine Personaltoilette.

Meine Frage ist: Was empfehlen Sie künftig Privathaushalten, damit die kindliche Entwicklung nicht gestört wird, wenn Kinder sich auf bestimmte Toilettenhöhen eingestellt haben?

(Beifall und Heiterkeit bei FDP und CDU)

**Frau Ahnen, Ministerin für Bildung,
Wissenschaft, Jugend und Kultur:**

Zum Ersten: Was Sie zitieren, ist das genannte Begleitschreiben. Auf dieses Begleitschreiben habe ich ausdrücklich hingewiesen.

Ich habe darauf hingewiesen, dass dort entsprechende Aussagen enthalten sind, nicht aber in der Betriebserlaubnis selbst. Die Anlage mit den Einzeichnungen kenne ich nicht als Anlage dieses Bescheids.

Ich will aber nicht ausschließen, dass es irgendwo noch Anlagen gibt, weil ich ehrlicherweise sage, ich bin nicht in der Lage, sämtliche Akten, die es zu diesem Vorgang gibt, zu studieren.

Zum Zweiten: Es gibt einen Unterschied zwischen Privathaushalten, dem Staat und der Öffentlichkeit.

(Zurufe von der SPD: Hört! Hört!)

Das gilt es zur Kenntnis zu nehmen.

In der privaten Verantwortung – das ist auch richtig so – entscheiden Eltern für ihre Kinder, wie sie das zu Hause machen. Der Staat hat in diesem Fall eine treuhänderische Funktion. Ihm werden Kinder für eine bestimmte Zeit in einer Einrichtung übergeben. Natürlich hat dann die Öffentlichkeit dafür Sorge zu tragen, dass dies unter möglichst guten Bedingungen geschieht.

Frau Abgeordnete Morsblech, jetzt seien Sie auch einmal ehrlich. Wenn irgendwo an einer Stelle, gerade bezogen auf Kinder, irgendetwas passierte und nicht entsprechende Vorsorge getroffen worden ist, dann würden wir hier noch ganz andere Debatten führen.

Ich will damit nicht sagen, dass man nicht sehr darauf achten muss, dass es keine überzogenen Ansprüche gibt. Das ist mir, dem Innenminister und den Fachbehörden ein Anliegen. Wenn man auf Dinge aufmerksam gemacht wird, muss man diesen sehr kritisch nachgehen.

Aber einfach zu sagen, in einer Kindertagesstätte kann man es genauso machen wie zu Hause, davon sind wir weit entfernt.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Geis.

Abg. Geis, SPD:

Frau Ministerin, sind Sie mit mir der Meinung, dass es wohlfeil ist, Bürokratie zu beklagen, dann auch noch bei der falschen Stelle, damit aber auch Menschen in Gesundheits- und Jugendämtern ihre Arbeit zu erschweren, sich über sie lustig zu machen – die Frau Ministerin hat es eben gesagt –, eine Arbeit, die sie in einem Bereich ausführen, der besonders sensibel ist, in dem Eltern und Träger ganz genau darauf achten, dass Vorschriften eingehalten werden?

(Eymael, FDP: Was? Hier geht es um
Bürokratie, um Kosten! –

Dr. Weiland, CDU: Jetzt kommt die Frage?)

– Das war die Frage.

**Frau Ahnen, Ministerin für Bildung,
Wissenschaft, Jugend und Kultur:**

Herr Abgeordneter Geis, ich will Ihnen gerne bestätigen, dass es sich um eine Gratwanderung handelt, dass wir einerseits alle daran arbeiten, dass unnütze Kosten vermieden werden, Verfahren möglichst unbürokratisch und schnell laufen können, und dass es aber andererseits auch bestimmte Dinge gibt, die es zu beachten und einzuhalten gilt.

Wir haben versucht, gerade bei der Frage der Erteilung neuer Betriebserlaubnisse im Zusammenhang mit der Aufnahme von unter Dreijährigen möglichst einfache

Verfahren zu entwickeln. Deshalb hat es zum Beispiel die Handreichung gegeben. An dieser Handreichung haben nicht nur die Ministerien mitgearbeitet, sondern es wurden auch die Träger und die kommunalen Spitzenverbände beteiligt, um möglichst schnell voranzukommen.

Ich darf auch einmal sagen, wenn man sich die Zahlen anschaut und es in dem Sinne, wie es Ihre Anfrage unterstellt, dermaßen bürokratische Hindernisse gäbe, dann hätten wir heute noch keine Plätze für unter Dreijährige. Das Gegenteil ist aber der Fall. Ganz offensichtlich gelingt es sehr gut, dass man sich auf vernünftige Richtlinien einigt.

Ich sage noch einmal, das Landesjugendamt ist gerade in diesem Prozess als Beratungsstelle geschätzt, die sagen kann, wie Probleme anderorts gelöst worden sind und man damit umgehen kann.

Ich kann nicht erkennen, dass es eine Überbürokratisierung und Verhinderung von sinnvollen Entwicklungen gibt.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Eymael.

Abg. Eymael, FDP:

Frau Ministerin, kennen Sie die interministerielle Arbeitsgruppe, die sich seit dem Jahr 2005 mit den Standards für Kindergärten für Zweijährige beschäftigt?

(Zuruf des Abg. Hartloff)

Wissen Sie, dass es dort große Unzufriedenheit seitens der Träger von Kindergärten gibt, weil es immer wieder zusätzliche Auflagen gegeben hat, die nicht nur Bürokratie, sondern auch Kosten verursachen?

Das Toilettenthema geht noch weiter. Es soll ein Modellprojekt geben, in dem es eine ganztägige Betreuung durch Mütter gibt. Auch für diese Mütter müsste eine sozusagen fünfte Toilette aufgrund der Ergebnisse und Hinweise dieser Arbeitsgruppe installiert werden.

Meine Frage lautet: Halten Sie das noch für unbürokratisch?

Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:

Ich vermute, Sie sprechen die interministerielle Arbeitsgruppe an, die ich eben genannt habe, in der auch Träger und kommunale Spitzenverbände vertreten sind. Nachdem ich sie eben angesprochen habe, dürfen Sie davon ausgehen, dass sie mir selbstverständlich bekannt ist.

Mir ist auch bekannt, dass es in einer ganzen Reihe von Bereichen natürlich Auflagen gibt, bei denen sich im Einzelfall viele manches einfacher vorstellen würden.

Ich muss nur noch einmal darauf hinweisen, es geht an dieser Stelle um hygienische, um Gesundheitsfragen, um Arbeitsschutz und Ähnliches mehr.

(Frau Spurzem, SPD: Gewerbeaufsicht!)

Niemand ist in der Lage, sich einfach über diese Dinge hinwegzusetzen. Die haben wir zu berücksichtigen, auch Sie, Herr Abgeordneter Eymael.

Wenn in einem solchen Fall etwas passieren würde, wären Sie die ersten, die Anfragen an die Landesregierung stellen würden, ob wir darauf geachtet hätten, dass alle Auflagen eingehalten worden seien.

(Beifall der SPD)

Deswegen sage ich Ihnen, natürlich haben wir ein Interesse, das so einfach wie möglich zu handhaben und wo immer es geht, Standards abzubauen, solange es verantwortlich ist. Es muss aber insgesamt verantwortlich sein.

Über viele spezialgesetzliche Regelungen, die überhaupt kein Landesrecht, sondern Bundesrecht sind, manchmal sogar Auflagen aus dem europäischen Raum darstellen, können wir uns nicht einfach hinwegsetzen. Eine Beratung an die Träger, sie sollten sich einfach darüber hinwegsetzen, wäre aus meiner Sicht nicht zu verantworten.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Eine weitere und letzte Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Eymael. Es ist Ihre dritte Zusatzfrage.

Abg. Eymael, FDP:

Frau Ministerin, diese Anweisung – Forderung nach den Kleinst-WCs – ist nach unserer Kleinen Anfrage mit Datum vom 13. Februar zurückgenommen worden. Sie sind auf dem Weg dazuzulernen und einen Beitrag zur Entbürokratisierung zu leisten. Das soll auch anerkannt werden.

Ich will aber noch eines deutlich machen und folgende Frage stellen: Wissen Sie auch, dass die Praxis zeigt, dass die Zweijährigen die kleinen Toiletten gar nicht annehmen, weil sie sich diskriminiert fühlen? Sie gehen auf die größeren Toiletten für die Kleinkinder.

Das setzt dem Ganzen das i-Tüpfelchen auf.

(Zurufe von der SPD –
Harald Schweitzer, SPD: Deswegen braucht man ein Antidiskriminierungsgesetz! –
Frau Spurzem, SPD: Für Zweijährige! –
Fuhr, SPD: Vielleicht liegt es auch am Toilettenpapier!)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Die Frau Ministerin hat das Wort.

Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:

Ich weiß nicht, was am 13. Februar erfolgt ist. Ich kann jetzt nur vermuten, dass es noch einmal ein Gespräch darüber gegeben haben könnte, was verbindliche Auflagen sind, was in der Betriebserlaubnis enthalten ist und was wünschenswerte Fragestellungen in dem Beratungsgespräch waren; dann hätte ich dagegen auch nichts einzuwenden. Aber ich weiß nicht genau, was stattgefunden hat.

Ob die kleineren Toiletten von den kleineren Kindern akzeptiert werden, darüber konnte ich mich vor Ort noch nicht vergewissern. Ich könnte mir aber durchaus vorstellen, nachdem diese Einrichtung eine dermaßen landesweite Prominenz erreicht hat, dass ich sie doch in absehbarer Zeit einmal besuchen sollte.

(Beifall bei der SPD –
Eymael, FDP: Genau!)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, somit ist die Mündliche Anfrage Nummer 6 beantwortet.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Ich rufe nun die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dieter Burgard, Bettina Brück und Michael Hüttner (SPD), Undurchsichtige Immobiliengeschäfte der rechtsextremen Szene** – Nummer 8 der Drucksache 15/878 – betreffend, auf.

Frau Kollegin Bettina Brück trägt die Fragen vor.

Abg. Frau Brück, SPD:

Vor dem Hintergrund der Geschehnisse um ein sogenanntes NPD-Schulungszentrum in Gonzerath fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die aktuelle Entwicklung in Gonzerath?
2. Wie ordnet die Landesregierung die Geschehnisse in Gonzerath vor dem Hintergrund einer zunehmenden bundesweiten Aktivität der rechtsextremistischen Szene in tatsächliche oder geplante Immobiliengeschäfte ein?
3. Welche Ziele verfolgt die rechtsextremistische Szene mit diesem Vorgehen nach Ansicht der Landesregierung?

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank.

Das Wort hat Herr Innenminister Bruch.

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Namen der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dieter Burgard, Bettina Brück und Michael Hüttner wie folgt:

Allen bisherigen tatsächlichen und vermeintlichen Versuchen der NPD, in Rheinland-Pfalz Immobilien zu erwerben oder anzumieten, liegen seitens der Verkäufer oder Vermieter fast immer ähnliche Motive zugrunde. In allen Fällen wollen die Verkäufer oder Vermieter ablehnende oder belastende Entscheidungen der zuständigen Gemeindeverwaltungen nicht folgenlos hinnehmen oder schlecht verkäufliche Objekte für die öffentliche Hand interessant machen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Ja, das muss man
einfach einmal ganz deutlich sagen!)

– Es ist so.

Dabei ist es bislang – Sie erinnern sich – nur in Kirchheim zu einem rechtswirksamen Kaufvertrag gekommen, der allerdings inzwischen rückabgewickelt worden ist. Gerade dieses durch das Innenministerium aufgedeckte Scheingeschäft ist dann bundesweit zum Symbol für die unseriöse Vorgehensweise der NPD geworden. Seit dem Fall in Kirchheim hat mit Ausnahme der Städte Wunsiedel und Delmenhorst in keiner Kommune ein Ankauf durch die öffentliche Hand stattgefunden. In diesen beiden Fällen war jedoch das Kaufinteresse des vermögenden Rechtsanwalts und mittlerweile NPD-Mitglieds und NPD-Funktionärs Rieger als ernsthaft zu bewerten.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich Ihre Fragen wie folgt:

Zu Frage 1 – „Wie bewertet die Landesregierung die aktuelle Entwicklung in Gonzerath?“ –: Abweichend von den bisher in Rheinland-Pfalz bekannten Fällen möglicher Motive der Immobilienverkäufer versucht der Vermieter der ehemaligen Dorfschule in Gonzerath, sich offensichtlich und öffentlich an der Gemeinde zu rächen, nachdem diese ihm einen bissigen Hund wegen persönlicher Unzuverlässigkeit entzogen hat. Die Entscheidung wurde durch das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz bestätigt.

Wenn dieser Eigentümer auf Anfrage in den Medien nunmehr freimütig erklärt, „nicht für zwei Cent mit der NPD etwas am Hut zu haben“, so zeigt dies das Ausmaß der Irrationalität seiner Handlungsweise. Gleichwohl geht die Landesregierung gegenwärtig von erkannten Lösungsansätzen aus, die in Gesprächen mit den örtlich Verantwortlichen auf ihre Erfolgsaussichten geprüft werden.

Unabhängig davon stelle ich fest, dass das von der NPD großspurig titulierte „Schinderhannes-Zentrum“ – den Begriff „Schinderhannes-Zentrum“ muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen; man müsste sich einmal die Geschichte von Schinderhannes vergegenwärtigen und vortragen lassen – bislang bestenfalls die Qualität einer Luft- oder Seifenblase erreicht hat.

Meine Damen und Herren, dazu hat sicherlich auch die sehr eindrucksvolle Demonstration vom 3. März beigetragen, bei der über 2.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem gesamten demokratischen Spektrum deutlich gemacht haben, dass weder in Gonzerath noch an anderer Stelle in Rheinland-Pfalz Rechtsextremisten erwünscht sind.

(Beifall der SPD)

Zu Frage 2 – „Wie ordnet die Landesregierung die Geschehnisse in Gonzerath vor dem Hintergrund einer zunehmenden bundesweiten Aktivität der rechtsextremistischen Szene in tatsächliche oder geplante Immobiliengeschäfte ein?“ –: Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Erwerb von Immobilien wurde bereits vor Jahresfrist im Internet den Parteigliederungen der NPD öffentlich als Geldschöpfungsquelle empfohlen. Ein solches Scheingeschäft sollte in Gonzerath nicht eingefädelt werden. Auch gibt es keinerlei ernst zu nehmende Hinweise, dass die NPD das Gebäude kaufen möchte, zumal ihr hierzu aufgrund finanzieller Probleme derzeit das Geld fehlt.

Die NPD sucht zur Verbreiterung ihrer Basis die lokale Verankerung, die Präsenz vor Ort. Sie trachtet nach Räumlichkeiten, in denen Schulungen durchgeführt und sich Parteimitglieder und andere Rechtsextremisten ungestört treffen können. Die durchgeführten Veranstaltungen haben eine ideologisierende Funktion und dienen der Rekrutierung neuer Mitglieder. Es ist deshalb erklärtes Ziel der Landesregierung, Strukturen und Anlaufstellen für Rechtsextremisten durch Immobilienbesitz im Rahmen des Rechts so weit wie möglich zu verhindern. Dies tun wir ganz entschieden.

Den dennoch betroffenen Kommunen steht die Landesregierung mit vielfältigen Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus tatkräftig zur Seite.

Zu Frage 3 – „Welche Ziele verfolgt die rechtsextremistische Szene mit diesem Vorgehen nach Ansicht der Landesregierung?“ –: Mit der inzwischen hinlänglich bekannten Vorgehensweise insbesondere im ländlichen Raum soll ganz offensichtlich der Eindruck erweckt werden, es handle sich bei der NPD um eine große organisations- und leistungsstarke Partei mit vielfältigen Aktivitäten zugunsten schwacher und in der Gesellschaft zu kurz gekommener Mitbürgerinnen und Mitbürger, vornehmlich aber Jugendlicher. Dabei versucht die NPD, ihre Präsenz in den Medien positiv zu nutzen.

Anders als beispielsweise in einigen neuen Bundesländern sind diese Bemühungen in Rheinland-Pfalz bislang erfreulicherweise erfolglos geblieben. Auch das damit einhergehende Medienecho hat den Rechtsextremisten in unserem Lande ausweislich der Wahlergebnisse der Bundestags- und Landtagswahl keine Erfolge gebracht.

Gleichwohl wird die Landesregierung auch zukünftig alles daran setzen, dass dies so bleibt. Schon in Kürze wird das Innenministerium dem Kabinett weitergehende Vorschläge zur Bekämpfung des Rechtsextremismus zuleiten. Ich habe schon mehrfach gesagt, es bleibt für uns dabei: Null Toleranz für Verfassungsfeinde.

(Beifall der SPD)

Alle gesellschaftlichen Gruppen sind deshalb aufgefordert, sich daran zu beteiligen.

Darüber hinaus hat die Innenministerkonferenz auf meine Initiative hin eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich derzeit mit den Finanzquellen der Rechtsextremisten und der NPD befasst. Ich gehe davon aus, dass die Ergebnisse den demokratischen Parteien weitere Hinweise im Kampf gegen die verfassungsfeindlichen Bestrebungen geben werden.

So weit meine Antwort.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank.

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Hüttner.

Abg. Hüttner, SPD:

Herr Minister, Sie sprachen davon, dass die NPD die lokale Basis und die Präsenz vor Ort sucht. Wir wissen auch, dass die Zielgruppe der Jugendlichen, insbesondere die 12- bis 16-Jährigen, in der Regel zielgerichtet oder strategisch angesprochen werden, weil diese jungen Menschen noch kein gefestigtes Weltbild haben.

Ich frage daher: Mit welchen Ansätzen wird im Bereich der Schulen versucht, dem Thema „Werteverziehung“ Rechnung zu tragen?

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Es gibt verschiedene Ansätze, wie man dem Rechtsextremismus begegnen kann. Wir sind in den Schulen besonders gut aufgestellt. Dies hängt damit zusammen, dass wir eine enge Verbindung zu Staatsministerin Frau Ahnen in dieser Frage haben, und es hängt auch damit zusammen, dass sich viele Schulen an der Bekämpfung des Rechtsextremismus beteiligen.

Wir haben gemeinsam eine Initiative gegründet, die sich nicht vordergründig mit dem Rechtsextremismus selbst, sondern mit dem Ausfluss von Rechtsextremismus beschäftigt. Die Initiative heißt „Null Toleranz gegen Gewalt“. Wir haben einen Wettbewerb gestartet, der die Schulen aufgefordert hat, sich an der Frage „Rechtsextremismus und Gewalt“ zu beteiligen. Mittlerweile haben sich über 140 Schulen an dieser Initiative beteiligt.

Das heißt, wir gehen – wenn man so will – nicht den direkten Weg, bei dem wir die Menschen nach pro und

kontra Rechtsextremismus kategorisieren, sondern wir gehen einen anderen Weg, um die Schülerinnen und Schüler auf das Problem hinzuweisen. Darüber hinaus finden vielfältige Bemühungen dieses Landtags statt, zum Beispiel Besuche von Abgeordneten in Schulen, bei denen diese Frage im Hinblick auf den 27. Januar und andere Entwicklungen der Geschichte erörtert werden. Das hat Wirkung.

Wir gehen darüber hinaus weiter vor. Wir haben Präventionsprogramme, mit denen wir in die Schulen gehen, „Midnight“-Programme, bei denen wir die Schulen mitnehmen und ihnen sagen: Wir bieten euch an, mit der Polizei und mit vielfältigen Kräften der Gesellschaft zu reden und Fragen zu erörtern.

Im Übrigen haben wir auch nicht mehr die Situation, die früher einmal üblich war, dass sich der Verfassungsschutz überhaupt nicht beteiligt. Im Gegenteil, der Verfassungsschutz geht heute offen in Veranstaltungen, auch in Schulen, und erklärt, was Rechts ist, welche Gefahr davon ausgeht und wie die Entwicklung aussieht.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Licht.

Abg. Licht, CDU:

Herr Minister, teilen Sie meine Auffassung, dass in der Region und der Gemeinde keine rechtsextremen Entwicklungen festzustellen sind und gerade das Engagement der Gemeinde und der Region über alle Gruppen und Parteien hinweg genau das auch in dieser Demonstration bestätigt hat?

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Herr Abgeordneter Licht, ich bestätige Ihnen das gerne. Ich möchte auch noch einmal betonen, dass die NPD, was die Beteiligungen an Wahlen und Wahlergebnissen angeht, dort überhaupt keinen Fuß, noch nicht einmal einen Zeh im politischen Geschäft hat.

Die Bemühungen der Verbandsgemeinde – es ist dort eine Einheitsgemeinde –, die Bemühungen der Gemeinde und aller politischen Kräfte – in diesem Zusammenhang bedanke ich mich ausdrücklich bei dem Veranstalter, der damals die Initiative am 5. März ergriffen hat, eine Demonstration zu machen – zeigen ganz deutlich, NPD und Rechtsextremismus sind dort nicht erwünscht und haben dort auch keine Möglichkeit, sich auszubreiten, weil die Menschen dagegen stehen.

Herr Abgeordneter Licht, ich sage auch noch dazu, mein Problem ist ein anderes. Das Problem ist so – ich rede mit Journalistinnen und Journalisten zurzeit darüber –, die NPD lebt natürlich davon, dass sie eine solche Geschichte hochzieht, dann in die Medien bringt und die Medienpräsenz dann eine entsprechende Illusion – so sage ich es einmal – erweckt, dass dort zum Beispiel in Gonzerath etwas ganz Tolles geschieht.

Wir wissen über die inneren Verbindungen in der NPD, dass dort überhaupt nicht viel geschieht, sich dort ganz wenige NPD-Aktivisten, die nicht aus dem Ort kommen, überhaupt nur darstellen können und das dann auch nutzen. Insofern müssen wir auch einmal überlegen, wie wir mit solchen Phänomenen umgehen und was wir in der Medienpräsenz dort richtig machen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Pörksen.

Abg. Pörksen, SPD:

Herr Minister, sind Ihnen noch andere Fälle aktueller Art im Land bekannt, bei denen die NPD versucht, solche Grundstücksgeschäfte zu machen?

Ich habe noch eine zweite Frage, die etwas darüber hinausgeht. Ist Ihnen bekannt, dass Vertreter der NPD zunehmend auf Veranstaltungen allgemeiner Art auftauchen und sich dort zu Wort melden?

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Im Moment haben wir nach wie vor die Situation, dass Altleiningen/Kirchheim immer noch Anlaufstellen der NPD sind, obwohl die Immobilie dort nicht NPD-Eigentum ist.

Weitere Bestrebungen zum Ankauf gibt es immer wieder einmal. Sie tauchen wie das Ungeheuer aus dem Loch Ness auf. Wenn irgendjemand heute eine alte Immobilie hat – ich sage es einmal salopp und barsch dahin –, die er möglicherweise nicht los wird, dann bringt er einmal die NPD ins Spiel, und schon gibt es eine entsprechende Aufregtheit in den Gemeinden und in der Öffentlichkeit.

Ausschließen, dass es weitere Initiativen gibt, kann ich nicht. Wir wissen aber auch, dass die NPD finanziell nicht in der Lage ist, überhaupt eine Immobilie zu erwerben. Es gibt aber im Hintergrund immer Menschen, die die NPD dort unterstützen und möglicherweise Gelder geben.

Bei einer der letzten vier oder fünf Veranstaltungen habe ich festgestellt, dass es tatsächlich so ist, wie Sie es angefragt haben. Wir haben mittlerweile eine andere Entwicklung. Es kommen Veranstaltungsteilnehmer im Alter von 30 bis 40 Jahren, normal gekleidet, bei denen sie nicht sehen, ob dort irgendein rechtsextremistischer Hintergrund vorhanden ist. Sie haben also weder Tätowierungen noch entsprechende Kleidung, Sie kennen das, Kahlköpfe, Tätowierung am Kopf oder was auch immer. Sie versuchen, in eine Versammlung hineinzugehen und unverfängliche Fragen nach dem Motto zu stellen: Naja, Gewalt gibt es doch auch heute. Heute gibt es auch Mord. Naja, mit den Juden, das ist ja schlimm, aber so viele waren es doch gar nicht. –

Diese Geschichte wird verstärkt kommen und fordert uns, alle Parteien, weil wir alle in die Situation kommen. Es war eine überparteiliche Veranstaltung, in der ich über Rechtsextremismus gefragt worden bin. Ich habe dort vier bis fünf Mitdiskutanten festgestellt, die versucht haben, rechtsextremistisches Gedankengut herüberzubringen. Man muss diesen sofort klar gegenüberreten und klar fragen, was sie meinen. Dann geht es meistens rückwärts. Es gibt dieses Bestreben. Wir stellen es bundesweit fest. Es ist keine Tendenz, die nur im Land Rheinland-Pfalz vorhanden ist.

Es ist in der Innenministerkonferenz ein stehendes Thema. Alle Kolleginnen und Kollegen berichten von ähnlichen Entwicklungen, die uns zurzeit Sorge bereiten.

Entschuldigen Sie, wenn ich das noch dazusage, es gibt noch eine weitere Entwicklung, dass wir nämlich im Osten die Situation haben, dass sie sich wie Linksradikale kleiden und auftreten. Von daher gibt es auch für den Verfassungsschutz eine Gemengelage, die immer schwieriger wird. Man muss sich fragen, wie man das greifen kann. Wir haben natürlich auch Linksradikale, anarchische Problemgruppen und auch diese Gruppe. Wenn dies auf einmal in einer Entwicklung zusammenkommt, dann wird es auch für die Verwaltungen und Bürgerinnen und Bürger sowie die Versammlungsleiter dort sehr schwierig, die eine Versammlung leiten müssen.

Ich habe deswegen gesagt, wir werden eine Handlungsanleitung auflegen. Der Ministerrat wird diese Anfang April zugeleitet bekommen. In dieser geben wir auch Hilfen für diejenigen, die Versammlungen leiten müssen und die vor Ort in Gemeindeverwaltungen und Verbandsgemeindeverwaltungen sowie in größeren Behörden tätig sind, damit sie etwas in der Hand haben, wie sie damit umgehen können und was sie machen können. Wir können da nur Hilfestellung leisten.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Hüttner.

Abg. Hüttner, SPD:

Herr Minister, Sie sprachen eben davon, dass man oftmals auch mit Parolen agiert und das Ganze quasi wie am Stammtisch stattfindet. Von daher stellt sich für mich folgende Frage: Mit welchen Hilfestellungen, die Sie auch angekündigt haben, kann man denn Multiplikatoren helfen, dass man also genau diesen Parolen, die angesprochen werden, entsprechend entgegnen kann, um den Rechten keine Chance zu lassen, diese zu transportieren?

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Ich möchte jetzt nicht den Leitfaden vorwegnehmen. Er wird mit Sicherheit auch noch in diesem Haus diskutiert werden.

Es gibt eine Initiative, die ich herausstellen möchte und die wir auch unterstützen, und zwar über die Ressorts

hinweg. Das ist die Initiative des DGB, bei der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, also junge Leute – mittlerweile über 100 – in Schulen auftreten und mit den Jugendlichen über diese Fragen reden. Wir – also die Staatskanzlei, das Innenministerium und das Schulministerium – unterstützen das finanziell. Wir unterstützen das über die Parteien und Ressorts hinweg. Ich denke, alle Parteien sind daran interessiert, dass so etwas vor Ort geschieht. Ein Älterer wie ich ist natürlich nicht mehr so nahe an den Jugendlichen dran wie Jugendliche oder Heranwachsende selbst, die zwischen 18 und 22 Jahre alt sind.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Eine Zusatzfrage der Frau Kollegin Kohnle-Gros.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Herr Minister, Sie haben eben etwas über die Handreichung für die Gemeinden in Bezug auf das Versammlungsrecht gesagt. Wie weit sind Sie in Ihren Überlegungen, die Aufgabe, dieses Versammlungsrecht zu gestalten, eventuell doch wieder an die Polizeidienststelle zurückzugeben? Es gibt immer Ansätze und auch Überlegungen, ob das nicht gerade vor dem Hintergrund, der geschildert wurde, weil es eben so schwierig ist, wie Sie es gesagt haben, sinnvoll wäre.

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Vielen Dank, das hängt auch damit zusammen. Wir haben in der Innenministerkonferenz über diese Fragen geredet, weil wir eigentlich ein einheitliches Versammlungsrecht haben wollen. Sie kennen die Diskussion, die Föderalismusdebatte und Ähnliches mehr.

Wir haben auch schon intern im Haus einmal vorbereitet, ob man so etwas machen kann. Wir sind momentan in der Abstimmung auch mit anderen Ländern über diese Frage. Ich bitte um Verständnis, dass ich aus dem Handgelenk nicht sagen kann, wie weit das gediehen ist. Ich weiß aus meinem Gedächtnis heraus nur, dass ich es auf dem Tisch hatte und wir gesagt haben, wir müssen es im Arbeitskreis II, also Polizei, und im Arbeitskreis I, also mit den Juristen, noch einmal besprechen.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Kollegen Burgard.

Abg. Burgard, SPD:

Herr Minister, Sie haben geschildert, dass die Innenminister länderübergreifend zusammenarbeiten. Können Sie bestätigen, dass die Personen, die hier vonseiten der NPD agieren, wie Peter Marx, gerade auch in anderen Bundesländern teilweise erfolgreich waren und dort beispielsweise konkret NPD-Räte gewählt wurden, wo teilweise auch Mehrheiten in Gemeinderäten entstanden

sind, diese Gefahr also doch sehr konkret war und teilweise auch in anderen Bundesländern erfolgreich war?

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Wir stellen gerade in Rheinland-Pfalz fest, dass wir nicht die starke örtliche Szene haben, die jetzt aufgrund der Situation in Gonzerath vermutet werden könnte, sondern dass dort eine hohe Bereitschaft besteht, sich zu verändern. Die Mobilität dieser Aktivisten ist also sehr hoch.

Ich bin ein bisschen stolz auf dieses Land – ich nehme dieses Wort nicht so oft in den Mund – und auf alle, die mitgewirkt haben. Die NPD hatte ein Ziel. Die angesprochene Person ist in Rheinland-Pfalz wohnhaft. Er wollte hier ein Zeichen setzen, dass er nicht nur in Sachsen und in Mecklenburg-Vorpommern etwas bewegen kann, sondern auch hier. Hier ist es absolut nicht gelungen.

(Beifall der SPD und vereinzelt
bei der CDU)

Ich denke, es haben auch alle ihren Anteil daran gehabt, die hier im Landtag arbeiten. Natürlich hat auch die Landesregierung Anteil daran, die genauso wie der Verfassungsschutz sehr konsequent aufgeklärt hat, Dingen nachgegangen ist und Informationen weitergeleitet hat, wenn es Hinweise auf Straftaten gab.

Was uns die Sache erschwert, ist die hohe Mobilität. Ich habe berichtet, dass ich mit fünf Personen konfrontiert war. Nachher haben wir festgestellt, kein Einziger war aus Rheinland-Pfalz. Das war eine Veranstaltung im Süden des Landes. Es war kein Einziger aus Rheinland-Pfalz. Wir stellen fest, dass viele Aktivitäten stattfinden, bei denen wir wissen, dass sie sich schlagartig verlagern, beispielsweise vom Süden des Landes in den Elsass, wenn klar wird, die rheinland-pfälzische Polizei taucht auf. Das erleben wir dauernd. Es gibt eine hohe Mobilität.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Noss.

Abg. Noss, SPD:

Herr Minister, man hört immer wieder von der Problematik und der Gratwanderung, die die Behörden bei der Bekämpfung der NPD machen müssen. Das geschieht zwischen einer vernünftigen Gegenwehr gegen eine Demonstration und der Gefahr, dass die NPD als solches verstärkt aufgewertet wird. Wie sehen Sie da die Grenzen?

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Das ist genau die Frage, die ich mit folgenden Fragen angesprochen habe: Wie gehen wir mit dieser Entwicklung um? Wie bewerten wir sie? Wie gehen wir mit der

Frage um, wie wir politisch reagieren? Man muss erst einmal die nackten Zahlen sehen. Die NPD geriert sich als starke rechte Partei. Sie ist im rechten Parteispektrum die stärkere. Die Republikaner sind deutlich schwächer geworden. Die NPD ist im Moment die bestimmende Kraft. Von daher gesehen müssen wir schauen. Das sind 250 mögliche Mitglieder und vielleicht 50 Aktivisten.

Die Frage ist, wie wir damit umgehen. Wir müssen denen entgegenreten. Wir müssen denjenigen, die es vor Ort ertragen müssen, Hilfestellung geben. Es sind nicht wir, die wir hier sitzen. Wir müssen eine bestimmte Situation bewerten und mit den Medien besprechen. Ich will mit den Journalistinnen und Journalisten der Landespressekonferenz reden, wie wir zukünftig damit umgehen. Mein Eindruck ist, dass wir das Ganze zum Teil nach oben ziehen. Das geschieht nach folgendem Motto: Schau mal, ich war im Fernsehen. – Der Mensch wäre sonst im Leben nirgendwo etwas gewesen. Er hat eine Selbstbetätigung. Schau mal, ich bin wichtig.

Ich kann Ihnen keine feste Antwort geben. Ich kann Ihnen nur sagen, wir müssen uns der Frage stellen.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Zusatzfragen. Somit ist die Mündliche Anfrage Nummer 8 beantwortet.

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Alexander Licht und Hans-Josef Bracht (CDU), Umsetzung des Entwicklungskonzeptes Region Hunsrück/Flughafen Frankfurt-Hahn** – Nummer 9 der Drucksache 15/878 – betreffend, auf.

Herr Kollege Licht hat das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Frau Präsidentin, wir fragen die Landesregierung:

1. Welche konkreten Schlussfolgerungen ergeben sich in den nächsten Wochen für welche kommunale oder staatliche Ebene, um die Handlungsempfehlungen des FIRU-Gutachtens umzusetzen?
2. Welche planungsrechtlichen Möglichkeiten könnten den in der Hunsrücker Erklärung genannten Landkreisen im erweiterten Verflechtungsbereich eingeräumt werden?
3. Welche Grundlagen sind notwendig bzw. einzuleiten, um in einem Raumordnungsvertrag planungsrechtliche Voraussetzungen zu schaffen, die die örtlichen Planungsträger in die Lage versetzen, eine Entwicklung des Flughafens auch regional adäquat zu begleiten?
4. Welche Möglichkeiten birgt die Empfehlung der FIRU, ein PPP-Projekt unter Beteiligung der Landesregierung auch in einer AG einzubinden, um eine nicht nur planerische, sondern auch investive Umsetzung der Projekte im Entwicklungsraum zu gewährleisten?

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Es antwortet der Herr Innenminister.

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Alexander Licht und Hans-Josef Bracht beantworte ich im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Da ging es um die Schlussfolgerungen. Die von dem Planungsbüro FIRU Kaiserslautern geleitete Bürogemeinschaft hat am 8. März ihre Arbeitsergebnisse zur regionalen Entwicklung auf dem Hunsrück und dem Flughafen Frankfurt-Hahn in einer öffentlichen Veranstaltung mit weit über 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern präsentiert. Der ausführliche Abschlussbericht liegt noch nicht vor. Er soll aber in den nächsten beiden Wochen nachgeliefert werden.

Die vonseiten der Gutachter vorgelegten Schlussfolgerungen sind nach Vorlage des vollständigen Abschlussberichtes sowohl im Innenministerium als auch gemeinsam mit den betroffenen anderen Ressorts zu prüfen. Es sind derer mehrere. Dies wird umgehend in Angriff genommen. Auf der Grundlage eines aus der Sicht der Landesregierung folgenden notwendigen Maßnahmenkatalogs sollen die Verantwortlichkeiten für die unterschiedlichen Handlungsansätze festgelegt werden. Das regionale Entwicklungskonzept wird so ausgerichtet, dass die optimale Weiterentwicklung des Flugbetriebes als Ausgangs- und Kristallisationspunkt für die weitere positive Entwicklung der Region gesichert werden kann.

Zu den Schwerpunktmaßnahmen zählen bereits sich abzeichnende Maßnahmen im Verkehrsbereich. Zu nennen sind zum Beispiel die Prüfung des Verlaufs der B 327 in Verbindung mit der Ortsumgehung Berenbach, die Anbindung an die B 50, die Ertüchtigung der Hunsrückbahn, die Konkretisierung der Trassenführung der Schnellbahnverbindung, die im Anhörungsentwurf des LEP IV als 300 Meter Freihaltekorridor gesichert ist. Sie kennen und wissen, dass das ein Problem darstellt. Hinzu kommen natürlich Notwendigkeiten zur Bauleitplanung, um den Bauflächenbedarf für gewerbliche, für Wohn- und Freiraumentwicklung oder für – das ist nicht unwichtig – den großflächigen Einzelhandel zu regeln. Es darf nicht dazu kommen, dass heute kurzfristig angestrebte Baumaßnahmen der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung des Flughafens im Sinne der weiteren Entwicklung der Region und des Landes im Wege stehen.

Im organisatorischen Bereich gehört hierzu die Konkretisierung von Überlegungen zur Zusammenarbeit im engeren Verflechtungsbereich, sei es zunächst nur über die derzeit von den Ortsgemeinden bevorzugten informationellen Abstimmungen der Bauleitplanung oder über eine weitergehende Zweckverbandslösung. Es gibt öffentlich-rechtliche, landesplanerische und sonstige städtebauliche Vereinbarungen oder Verträge, worauf in der Anfrage hingewiesen wurde, zwischen dem Land und den Gebietskörperschaften sowie Konkretisierungen der planerischen Zusammenarbeit im weiteren Verflechtungsbereich über eine Arbeitsgemeinschaft der berühr-

ten Landkreise und einen gemeinsamen Ausschuss der Planungsgemeinschaften. Die Landesregierung wird und muss dafür Sorge tragen, dass für die weitere Umsetzung des Entwicklungskonzeptes vernünftige Strukturen mit privaten Dritten geschaffen werden. Es kann PPP sein. Darüber muss man noch reden.

Daneben werden Fragen des Tourismus und des Umweltschutzes und die Entwicklung der Zentralitätsstrukturen eine Rolle spielen. Sie haben in der Umsetzung des LEP-IV-Entwurfs gesehen, es gibt ein neues vorgeschlagenes Mittelzentrum für die Verbandsgemeinde Kirchberg.

Zu Frage 2: Planungsrechtlich verbindliche Regelungen im regionalen Rahmen können gegenwärtig nur über die betroffenen Planungsgemeinschaften getroffen werden. Vor diesem Hintergrund wäre eine Regelung in den Gremien der drei Planungsgemeinschaften zu prüfen, dass ein gemeinsamer Ausschuss für den Raum der betroffenen fünf Landkreise Planungsvorstellungen einrichten wird. Zum Beispiel können normativ erforderliche verbindliche Regelungen eventuell über eine Teilfortschreibung der drei Regionalpläne getroffen werden. Das ist eine Möglichkeit.

Es gibt eine weitere Möglichkeit. Diese Möglichkeit räumt das Landesplanungsgesetz ein, nach dem auch für räumliche Teile der Regionen Raumordnungspläne erstellt werden. Das geht.

Zu Frage 3 (Grundlagen für einen Raumordnungsvertrag): Die rechtlichen Grundlagen für die landesplanerische bzw. für raumordnerische Verträge sind bereits in allgemeiner Form in § 11 Abs. 3 des Landesplanungsgesetzes geregelt. Dort heißt es: „Zur Vorbereitung und Verwirklichung von Raumordnungsplänen können vertragliche Vereinbarungen geschlossen werden.“ Im konkreten Fall betrifft dies die Vorgaben des LEP IV zur Umsetzung des Entwicklungsbereichs Hunsrück Flughafen Hahn.

Das Ministerium des Innern und für Sport ist mit den Kommunen im Gespräch und wird zügig weitere konkretisierende Gespräche führen, um in den prioritären Themenbereichen gemeinsame Zielvorstellungen zu erarbeiten und die notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen. So ist beispielsweise bereits für den Zugangsbereich des Flughafens außerhalb des Flugplatzes ein gemeinsames städtebauliches Entwicklungskonzept in Auftrag gegeben worden. Im Raumordnungsbereich werden weitere Bereiche angesprochen, in denen vergleichbare Handlungserfordernisse bestehen, über die mit betroffenen Gemeinden Absprachen über die weitere Vorgehensweise zu finden sind.

Zu Frage 4: Zur organisatorischen und finanziellen Umsetzung der vorgeschlagenen Projekte sowie sonstiger Maßnahmen ist von den Gutachtern die Gründung einer Entwicklungseinrichtung im Rahmen eines PPP-Modells vorgeschlagen worden. Auch hier werden die Ressorts prüfen – das wird hauptsächlich das Wirtschaftsministerium betreffen –, auf welche Art und in welchem Umfang Entwicklungseinrichtungen mit privaten Dritten geschaffen werden können. Die bisherige Entwicklung von den ersten Anstößen zur Erarbeitung eines Regionalentwick-

lungskonzepts bis hin zur Erarbeitung des vorgelegten Berichts der Bürogemeinschaft FIRU war getragen von einem überparteilichen Konsens. Dies gilt es – jedenfalls für uns – fortzusetzen, um die Region auch zukünftig zu stützen und zu entwickeln.

So weit meine Antwort.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank.

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Licht.

Abg. Licht, CDU:

Die FIRU hat auch einen für die Region wichtigen Punkt aufgenommen mit dem Stichwort „Vorteils-/Nachteilsausgleichsregelung“. Ich frage Sie mit besonderem Blick auf die gerade von Fluglärm betroffenen Kommunen, welche Möglichkeiten Sie sehen, in welchem Rahmen eine solche Empfehlung aufgegriffen werden könnte und dann natürlich, wenn sie aufgegriffen wird, zur Umsetzung gelangen könnte.

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Sie sprechen eigentlich das schwierigste Problem an, wie ich einen Vorteils-/Nachteilsausgleich für die Gemeinden hinbekomme, denen wir sagen müssten – noch sind wir nicht so weit –: In dem Bereich kannst du ein Wohngebiet machen, in dem Bereich kannst du kein Wohngebiet machen, in dem Bereich kannst du gewerbliche Entwicklung machen, du kannst überhaupt keine gewerbliche Entwicklung machen, wo ist Einzelhandel großflächig möglich, wo ist überhaupt nichts möglich.

Ich bedanke mich auch ausdrücklich dafür, dass sich immer wieder auch die Kolleginnen und Kollegen aus der Region in diese Frage einbringen, weil wir diese Frage allein nicht lösen können. Es ist noch kein Instrument vorhanden – um es einmal deutlich zu sagen –, das mir heute die Möglichkeit gibt, Ihnen zu sagen, das ist die Vorstellung der Landesregierung. Wir werden darüber auch mit Ihnen in den Fraktionen reden müssen. Ich denke, das wird einer der wichtigsten Punkte sein. Wir haben jetzt etwas erreicht, von dem viele vorher gesagt haben, das wird nicht zu erreichen sein. Wir haben eine einheitliche Meinung in der Region zur Entwicklung des Flughafens. Wir haben jetzt Gemeinden, die sich zusammengeschlossen haben. Da muss man noch schauen, da gibt es vielleicht noch eine, zwei oder drei Gemeinden, die dazu müssen, die gesagt haben: Wir wollen diese Entwicklung weiter betreiben.

Es gibt die ganz Klugen, die sagen: „Ihr hättet sofort mit einem Zweckverband hineingehen müssen und hättet sie binden müssen.“ – Wir sind den anderen Weg gegangen. Da bedanke ich mich jetzt zum dritten Mal, dass das einvernehmlich war, weil alle gesagt haben, wir wollen nicht einen zwanghaften Weg gehen, sondern

einen Weg – wenn Sie so wollen – des Angebots, der Erklärung und nachher der eigenen Entscheidung. Ich glaube, das ist der richtige Weg. Die andere Frage kann ich heute nicht im Detail beantworten.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Bracht.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Minister, Sie haben in Ihrer Antwort auch die regionalplanerische Sondersituation um den Flughafen herum angesprochen. Drei regionale Planungsgemeinschaften stoßen an dieser Stelle genau aufeinander. Sehen Sie mit Blick auf die Zukunft die Chance, einen Sonderplanungsraum Hahn im Rahmen der Regionalplanung zu schaffen? Wäre das ein Instrument, um diese diffuse Lage dort ein Stück in den Griff zu bekommen?

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Herr Abgeordneter Bracht, wir erörtern auch diese Frage. Ich bitte um Verständnis, dass wir das jetzt zwar erörtern, aber bisher intern erörtert haben, weil wir viele gewinnen müssen, auch die peripheren Landkreise, die dann möglicherweise nicht in einem engeren Gebiet enthalten sind, oder wir müssen sie vertraglich hinzunehmen, was sinnvoll wäre. Dann bekommen wir wieder ein anderes Konstrukt. Wir sind einfach noch nicht so weit, dass wir sagen können, das ist der Vorschlag, den ich dem Parlament machen könnte, um zu sagen, wir können ein Teilgebiet herausnehmen und das völlig neu ordnen. Das wäre auch eine Möglichkeit über eine gesetzliche Regelung. Wir können über eine Vereinbarung gehen. Wir können mit den Planungsgemeinschaften – das habe ich schon angesprochen – über einen Sonderplanungsgebiet reden, wobei die drei zustimmen. Die drei könnten auch einen eigenen Planungsbereich gründen und sagen: Wir wollen das in einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Land schaffen.

Ich bitte einfach um Verständnis, darüber müssen wir gemeinsam noch reden. Auch wir müssen noch gemeinsam reden, wie wir damit umgehen. Da bin ich auch frei. Ich bin da nicht gebunden zu sagen, das ist meine Lösung, und ihr habt euch gefälligst alle danach zu richten, sondern ich meine, wir sollten diesen Weg gehen – deswegen werbe ich noch einmal dafür –, den sie auch mitgegangen sind, dass wir gesagt haben, wir gehen in einer Freiwilligkeitsphase vor und prüfen dann Schritt für Schritt und versuchen, eine Lösung zu finden, die möglicherweise nachher – darüber haben wir auch schon geredet – in eine Entscheidung in diesem Hause mündet, zu sagen, jetzt machen wir es so, vielleicht auch gegen drei oder vier Gemeinden.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Licht.

Abg. Licht, CDU:

Herr Minister, Sie antworteten auf die Frage 1, dass die Handlungsempfehlungen dem Ministerium vorliegen, einer großen Öffentlichkeit vorgestellt worden sind und sie jetzt, bevor sie dann abgestimmt herausgehen, in den Ministerien abgestimmt werden müssen. Vor dem Hintergrund, dass wir einen Zeitdruck haben, wie Sie wissen, muss ich Sie einfach danach fragen: Wann kann man mit dieser Abstimmung rechnen, damit die nächsten Schritte darauf fußend eingeleitet werden können?

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Ich versuche es so schnell wie möglich. Wir beide wissen, dass wir da einen Zeitdruck haben. Sie können sich vorstellen, dass ich da auch nicht zögern will. Es gibt Anschlussaufträge oder Gutachten, die wir vergeben müssen, möglicherweise auch an FIRU. Es gibt Handlungsempfehlungen, die wir alle unterschreiben können. Es gibt aber auch Handlungsempfehlungen, die zwischen den Ressorts geprüft werden müssen, weil es dann den einen gibt, der eintreten muss, und den anderen, der eintreten muss. Dann brauchen wir wieder die Rückkopplung in die Region, die mitmachen muss. Ich denke, die nächsten Wochen wird es in Anspruch nehmen, aber ich will vor der Sommerpause schon mit ihnen gemeinsam über die weiteren Schritte gesprochen und vielleicht auch entschieden haben.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Bracht.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Minister, Sie haben in Ihrer Antwort vorhin und die FIRU auch in ihrem Gutachten bzw. Ihrem Vortrag von der Möglichkeit gesprochen, zu einer PPP-Lösung für die regionale Entwicklung zu kommen, also eine Lösung unter Beteiligung von privatem Engagement, privatem Kapital oder privaten Personen. Gibt es da seitens der Landesregierung schon konkrete Ansätze, oder welche Möglichkeiten und Chancen sehen Sie, um zu einer solchen Lösung zu kommen?

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Wir haben bisher nur diese Empfehlung der FIRU. Wir haben keine Kontakte mit irgendeinem Dritten. Wer großes Interesse hat, ist natürlich die Fraport als dortiger Akteur, die dort natürlich hinein will. Wir müssen auch mit den Örtlichen erst einmal darüber reden, was die Örtlichen dort haben wollen, welchen starken Partner sie möglicherweise haben wollen. Da sind meines Erachtens die Landrätinnen und Landräte jetzt gefordert, dass ich erst noch einmal mit denen rede. Das ist eine Option, die der Kollege Hering und ich im Moment erörtern.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich sehe keine weiteren Zusatzfragen. Somit ist die Fragestunde beendet.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Wir kommen zu den **Punkten 19 bis 23** der Tagesordnung, die gemäß einer Absprache im Ältestenrat gemeinsam aufgerufen und beraten werden:

**Regierungserklärung
„Menschen prägen Wirtschaft“**

**Standort Rheinland-Pfalz stärken – den Mittelstand als zentralen Motor der rheinland-pfälzischen Wirtschaft weiter gezielt unterstützen –
Antrag der Fraktion der FDP**

– Entschließung –
– Drucksache 15/546 –

**dazu:
Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Wirtschaft und Verkehr**
– Drucksache 15/842 –

**Zur Situation der kleinen und mittleren Unternehmen in Rheinland-Pfalz
Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der SPD und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der SPD**
– Drucksachen 15/495/796/803 –

**dazu:
Rheinland-Pfalz zum Land des modernen Mittelstands ausbauen!
Antrag der Fraktion der SPD**
– Drucksache 15/859 –

**8. Mittelstandsbericht der Landesregierung
Besprechung des Berichts der Landesregierung (Drucksache 15/735, Vorlage 15/797)
auf Antrag der Fraktion der SPD**
– Drucksache 15/760 –

**Zukunft des Mittelstandes durch eine Reform der Unternehmensteuer sichern
Antrag der Fraktion der CDU**
– Drucksache 15/860 –

Es wurde eine Grundredezeit für die Fraktionen von 30 Minuten vereinbart.

Ich darf nun Herrn Staatsminister Hering das Wort erteilen.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir erleben gegenwärtig einen wirtschaftlichen Aufschwung, den praktisch niemand in diesem Ausmaß prognostiziert hat. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs 2006 bundesweit so stark wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr.

Die Prognosen für 2007 sind ebenfalls gut. Dies wie auch die überdurchschnittliche Exportquote in Rheinland-Pfalz von 47,5 % im Jahr 2006 zeigen, dank der modernen Technologien in unserem Land ist der Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz zukunftsfähig und international wettbewerbsfähig.

Meine Damen und Herren, das Konjunkturklima hat sich im vergangenen Jahr bei uns in Rheinland-Pfalz deutlich verbessert. In der aktuellen Konjunktumfrage, in der die rheinland-pfälzischen Unternehmen selbst ihre Geschäftslage beurteilen, erklären 47 % der befragten Unternehmen diese als „gut“ – beinahe doppelt so viele wie vor einem Jahr. Nur 9 % der Unternehmen beurteilen ihre Geschäftslage als „schlecht“. Dieser Wert hat sich binnen eines Jahres fast halbiert.

Endlich wirkt sich der Aufschwung auch auf den Arbeitsmarkt aus. Bundesweit ist die Arbeitslosenquote seit Januar 2005 – seither gibt es die neue Arbeitsmarktstatistik – um fast 18 % zurückgegangen. In Rheinland-Pfalz ist der Rückgang mit mehr als 22 % noch deutlich stärker ausgefallen. Seit einiger Zeit haben wir die drittgünstigste Arbeitslosenquote unter allen Bundesländern.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, für mich ist zentral: Diese Erfolge verdankt der Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz seiner eigenen Kraft, wir verdanken sie der Leistungsfähigkeit der Menschen in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD)

Das wissen die Menschen in unserem Land. Der Vorwurf, Rheinland-Pfalz profitiere gerade bei der günstigen Arbeitsmarktentwicklung lediglich von den wirtschaftlichen Zentren jenseits der Landesgrenzen, ist falsch.

Dazu nur ein paar Fakten: Wir haben in Rheinland-Pfalz seit Januar 2005 die Arbeitslosenquote um mehr als 22 % gesenkt. Das hat keines unserer Nachbarländer so geschafft.

(Beifall der SPD)

Nicht Baden-Württemberg mit 20 % und auch nicht Hessen, dessen Arbeitslosenquote mit 11,6 % fast nur halb so stark reduziert wurde wie bei uns. Auch nicht in Nordrhein-Westfalen, wo der Rückgang mit knapp 8 % gerade einmal ein Drittel unseres Rückgangs ausmacht.

Meine Damen und Herren, bei uns sinkt die Arbeitslosigkeit am stärksten, und gleichzeitig nimmt der Auspendlersaldo ab. Von 2001 bis 2005 ist er um 2,5 % gesunken.

Genauso positiv verhält es sich mit der Entwicklung der Erwerbstätigkeit. Es gibt in ganz Deutschland kein Flächenland, das im vergangenen Jahr mehr Beschäftigung aufgebaut hat als Rheinland-Pfalz.

Stärkerer Abbau der Arbeitslosigkeit als alle Nachbarländer, Rückgang der Nettoauspendlerzahl, bundesweite Spitzenposition beim Anstieg der Beschäftigung: Wer

weiterhin behauptet, wir profitieren nur von unseren Nachbarländern, der tut dies gegen die Faktenlage.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, wir befinden uns nicht im Schlepptau unserer Nachbarländer, wir sind die Lokomotive.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, diese Erfolgsgeschichte wollen wir weiter schreiben und Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Beschäftigungswachstum gestalten. Dazu gehört für mich: sachlich analysieren, wo wir stehen und wo die Zukunftschancen für die Regionen in Rheinland-Pfalz liegen. Dabei ergeben sich drei zentrale Handlungsfelder:

Erstens: Die Landesregierung wird die Position von Rheinland-Pfalz als Land des modernen Mittelstands stärken. Dazu werden wir Existenzgründer unterstützen, die Kreditversorgung und Eigenkapitalbasis des rheinland-pfälzischen Mittelstands weiter verbessern, den Bürokratieabbau vorantreiben und für eine gute Infrastruktur sorgen.

Zweitens: Wir werden die Attraktivität des Landes Rheinland-Pfalz als Lebens- und Arbeitsort erhöhen. Damit leisten wir unseren Beitrag, um Fachkräfte – und damit meine ich nicht nur Manager – in Rheinland-Pfalz zu binden.

Drittens: Wir werden regionalspezifisch Wachstumsbranchen identifizieren und fördern, die Menschen mit hohen, mittleren und nicht zuletzt niedrigen formalen Qualifikationen eine Beschäftigungsperspektive bieten. Branchen wie die Gesundheitswirtschaft, die Logistik, die nachwachsenden Rohstoffe und der Tourismus bieten für die Regionen in Rheinland-Pfalz ausgesprochene Wettbewerbsvorteile. Dabei werden wir auf eine verstärkte Vernetzung unserer Unternehmen setzen und diese regionalspezifisch fördern.

Meine Damen und Herren, bevor ich zu diesen drei zentralen Handlungsfeldern im Einzelnen komme, will ich eines deutlich herausstellen: Rheinland-Pfalz verdankt seine wirtschaftlichen Erfolge den Menschen, die unsere Wirtschaft prägen. Menschen also mit ganz unterschiedlichen Biografien und Stärken. Dies verdeckt die Sprache der Ökonomie häufig.

Menschen mit Leistungsbereitschaft und Verantwortungsbewusstsein prägen einen Wirtschaftsstandort. Dies gilt im Unternehmen ebenso wie in der Familie, wenn Kinder erzogen oder ältere Mitmenschen gepflegt werden.

Meine Damen und Herren, von wirtschaftspolitischen Entscheidungen sind immer Menschen betroffen. Ich stelle diese Regierungserklärung deshalb unter das Motto „Menschen prägen Wirtschaft“; denn Wirtschaftspolitik, so, wie wir sie verstehen, muss den Menschen in den Mittelpunkt stellen.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, im Folgenden wird die allgemeine Wirtschaftspolitik im Zentrum stehen. Zu den tragenden Säulen der rheinland-pfälzischen Wirtschaftspolitik gehören ohne Zweifel auch die Landwirtschaft und der Weinbau. Wesentliche Perspektiven der Wirtschaftspolitik liegen in agrarwirtschaftlichen Branchen, auf die ich zum Teil noch zu sprechen komme. Aber der vielfältige Agrarbereich wäre unzureichend abgedeckt, würde man ihn nur als Teil der Wirtschaftspolitik sehen. Deshalb werde ich aufgrund seiner Besonderheiten und seiner Bedeutung für unser Land im kommenden Jahr eine gesonderte Regierungserklärung abgeben. Ähnliches gilt für den Bereich der Außenwirtschaft. Sie alle wissen, Rheinland-Pfalz ist ein exportstarkes Land. Die vielfältigen außenwirtschaftlichen Perspektiven werden an anderer Stelle separat dargestellt werden müssen.

Meine Damen und Herren, „Menschen prägen Wirtschaft“ – das gilt insbesondere im Mittelstand. In Rheinland-Pfalz haben mehr als 98 % der Unternehmen weniger als 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir sind ein Land des Mittelstands und bleiben es.

Es ist uns in Rheinland-Pfalz gelungen, eine ausgesprochene Gründerdynamik zu entfalten. Wir sind ein Land der Selbstständigen.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Auf 1.000 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer kommen knapp 43 Unternehmen. Hier liegt Rheinland-Pfalz bundesweit auf Platz 3.

(Beifall der SPD)

Dazu hat unsere Politik für Existenzgründer einen Beitrag geleistet. In diesem Zusammenhang nenne ich die aktuelle Gründeroffensive „Starten mit 50+“.

Meine Damen und Herren, entscheidend für die Erfolge des rheinland-pfälzischen Mittelstands ist neben seiner Innovationsfähigkeit vor allen Dingen seine hohe Anpassungsfähigkeit und Flexibilität. Der stetige Wandel des wirtschaftlichen Umfelds verlangt häufig einen neuen Kurs. Unsere vielen kleinen Boote finden ihn viel schneller als so mancher große Dampfer.

Das ist gut für die Beschäftigungsentwicklung in Rheinland-Pfalz. Beides, die im Bundesländervergleich sehr günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die Tatsache, dass Rheinland-Pfalz ein Land mit einer geringen Beschäftigungsschwelle ist, verdanken wir der Flexibilität unserer Unternehmerinnen und Unternehmer und der Flexibilität der Beschäftigten insbesondere in unseren mittelständischen Unternehmen.

Nicht umsonst heißt es in einer Untersuchung von Mitarbeitern des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: „Kleinere und mittelgroße Betriebe wachsen, während Großbetriebe im Durchschnitt Beschäftigung abbauen. In dieser Hinsicht hat Rheinland-Pfalz eine sehr günstige Struktur.“

Meine Damen und Herren, der Mittelstand ist nicht nur beschäftigungsfreundlich, sondern er bietet auch viel Raum für ein menschliches Klima in unseren Unterneh-

men. Die Beschäftigten sind nicht nur Kostenstellen. Deren Wissen und Engagement sind nicht einfach nur das Humankapital des Unternehmens. Für viele Beschäftigte ist ihr Beitrag zum Erfolg des Unternehmens unmittelbar sichtbar. Ich habe in meinen vielen Unternehmensbesuchen erfahren: Im rheinland-pfälzischen Mittelstand gibt es eine ausgeprägte Kultur des Miteinanders. Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird diese Kultur des Miteinanders fördern, wo es in ihrer Macht steht.

(Beifall der SPD)

Das bedeutet für mich: Die Wirtschaftspolitik muss an den großen Herausforderungen des Mittelstandes ansetzen. Es geht beispielsweise darum, den Zugang zu Krediten zu erleichtern und die Eigenkapitalbasis zu stärken. Diese Landesregierung hat hier bereits neue Akzente gesetzt. Unter anderem wurde von uns ein landesspezifisches Modell zur Mitarbeiterbeteiligung initiiert. Das Ziel der Mitarbeiterbindung – darauf komme ich noch zu sprechen – verknüpfen wir mit einer Verbesserung der Eigenkapitalbasis.

Ein weiteres Beispiel für einen neuen Akzent ist das Programm „Bürgschaft Express“, über das Unternehmen in Rheinland-Pfalz mit guter Bonität innerhalb sehr kurzer Zeit eine bankmäßige Sicherheit zu attraktiven Konditionen erhalten.

Wir entwickeln die rheinland-pfälzische Förderpolitik gezielt weiter. Wir werden mit EU-Mitteln zwei neue Kapitalfonds ins Leben rufen. Der „Zukunftsfonds KMU“ für kleine und mittlere Unternehmen dient der Verbesserung der Eigenkapitalbasis mittelständischer Unternehmen. Der „Innovationsfonds“ zielt auf einen verbesserten Zugang zu Kapital für technologieorientierte Unternehmen. Insgesamt wollen wir für beide Fonds ein Volumen von 72 Millionen Euro in den nächsten Jahren erreichen.

Ich will mit den genannten Maßnahmen dazu beitragen, dass in Rheinland-Pfalz die Verwirklichung kreativer Ideen nicht an fehlenden Finanzierungsmöglichkeiten scheitert.

(Beifall der SPD)

Zu den neuen Akzenten unserer Mittelstandspolitik gehört auch, dass wir die Zugangsschwelle für Kleinst- und Kleinunternehmen zu unseren Förderprogrammen erleichtern. Ein erster Teilschritt ist die Verringerung der Mindestvolumina bei der Neufassung der Verwaltungsvorschrift für die Gemeinschaftsaufgabe Wirtschaftsförderung.

Dies ist übrigens auf Anregung des Mittelstandslotsen erfolgt, den ich kurz nach meinem Amtsantritt berufen habe. Günther Knödler hat diese Tätigkeit ehrenamtlich übernommen, wofür ich ihm sehr dankbar bin.

Seit dem 1. September 2006 sind an den Mittelstands-lotzen schon – das ist der Stand von heute Morgen – 113 Fälle herangetragen worden. In etwa 90 % der Fälle konnte der Mittelstandslotse zu einem positiven Ausgang für die Unternehmen beitragen. Das zeigt, der Mittelstandslotse hat sich schnell im rheinland-

pfälzischen Mittelstand etabliert. Meine Damen und Herren, es war eine richtige Entscheidung, das Amt des Mittelstandslotsen ins Leben zu rufen.

(Beifall der SPD)

Zu unternehmensfreundlichen – insbesondere mittelstandsfreundlichen – Rahmenbedingungen gehört aber auch die Entlastung der Unternehmen von Bürokratiekosten. Die Landesregierung hat in dieser Hinsicht schon viel auf den Weg gebracht. Ich nenne zum Beispiel die Verkürzung von Genehmigungsverfahren, den Abbau von Statistikverpflichtungen und die Neuorganisation der Landesverwaltung. Außerdem verweise ich auf die bundesweit geringste Anzahl an Verwaltungsvorschriften.

In diesem Sinne haben wir für Existenzgründerinnen und Existenzgründer gemeinsam mit dem Innenministerium die Möglichkeit geschaffen, Gewerbe direkt in einem der Starterzentren der Industrie- und Handelskammern und künftig auch der Handwerkskammern anzumelden. Das ist bundesweit einmalig.

Entsprechend wird es auch in Zukunft beim Bürokratieabbau weniger darauf ankommen, das materielle Recht zu ändern, sondern im bestehenden Recht die Verfahren noch weiter zu verkürzen.

(Beifall der SPD)

Bürokratieabbau darf kein Deckmantel dafür sein, um die gewachsenen und etablierten Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen in unseren Unternehmen zu zerstören. Wir wollen und werden deshalb Verfahren beschleunigen, ohne dabei in die fundamentalen Rechte der Beschäftigten einzugreifen.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, die mittelständische Struktur in Rheinland-Pfalz erhalten und stärken, zu diesem ersten zentralen wirtschaftspolitischen Handlungsfeld gehört eine gute Verkehrspolitik, so, wie wir sie in Rheinland-Pfalz betreiben. Sie nutzt ganz unmittelbar den Menschen, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ebenso wie den Unternehmen. Wir wollen, dass dies so bleibt.

Allein in diesem Jahr werden wir für den Bau von Landesstraßen rund 100 Millionen Euro und somit über 5 % mehr als im Vorjahr einsetzen. Am Ende der Legislaturperiode wird man sagen können: Bei den vom Land zu verantwortenden Mittel wurde noch nie so viel in die Verkehrsinfrastruktur investiert wie in dieser Legislaturperiode.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, Arbeitsplätze sind nicht einfach hier oder da vorhanden, und es ist nicht so, dass man auf diese einfach die Menschen verteilen kann. Arbeitsplätze entstehen, weil Menschen vor Ort sind und mit ihren spezifischen Fähigkeiten eine wettbewerbsfähige Produktion erst möglich machen.

Das weltweit mobile Kapital fließt dorthin, wo es im Zusammenspiel mit den Fachkräften gewinnträchtig angelegt werden kann. Meine Damen und Herren, ohne Fachkräfte gibt es deshalb kein Kapital und ohne Fachkräfte auch keine zukunftsfähige Entwicklung. Auch diese zentrale ökonomische Einsicht zeigt: Menschen prägen Wirtschaft.

Daraus folgt: Fachkräfte gewinnen und binden ist für die rheinland-pfälzischen Unternehmen eine zentrale Zukunftsherausforderung. Dabei deutet „Zukunftsaufgabe“ nicht darauf hin, dass wir uns erst in der Zukunft damit beschäftigen brauchen. Nein, wir müssen heute damit beginnen, die Rahmenbedingungen so zu setzen, damit auch weiter zukunftsfähige Arbeitsplätze bei uns im Land entstehen und Fachkräfte das Land Rheinland-Pfalz als attraktiven Lebens- und Arbeitsstandort erfahren.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich aber auch betonen, Fachkräfte zu gewinnen und zu binden, sind originäre Aufgaben der Unternehmen selbst. Hier denke ich beispielsweise an die Ausbildung des eigenen Nachwuchses und die notwendige ständige Fort- und Weiterbildung.

Die Politik kann und will bei diesen wichtigen Aufgaben nicht an die Stelle der Unternehmen treten. Gleichwohl werden wir sie bei dieser Aufgabe unterstützen. Ein Beispiel hierfür ist der ovale Tisch. Hier werden im Dialog Maßnahmen zugunsten junger Menschen entwickelt und abgestimmt. Ich nenne als Beispiel das innovative Konzept der Verbundausbildung.

Insgesamt gilt: In Rheinland-Pfalz wird großer Wert auf die berufliche Aus- und Weiterbildung gelegt. In den Berufsbildungszentren der Handwerkskammern und der Industrie- und Handelskammern erlangen die Auszubildenden die Kenntnisse, die ihnen in kleinen Ausbildungsbetrieben nur schwer vermittelt werden können.

Über die berufliche Ausbildung hinaus nimmt die Bedeutung der beruflichen Weiterbildung weiter zu. In diesem Bereich sind wir alle gefordert. Wir werden unserer Verantwortung in diesem Bereich gerecht werden und weitere Initiativen entfalten.

Das Ziel lautet dabei: „Qualifizieren, um auf Qualität zu setzen!“ – Qualifizierte Menschen sind der Garant für hochwertige Güter und Dienstleistungen.

Meine Damen und Herren, „Qualifizieren, um auf Qualität zu setzen!“ – zu dieser Politik gehört mein klares Bekenntnis zum Meisterbrief.

(Beifall bei der SPD)

Eine weitere flankierende Maßnahme zur Gewinnung und Bindung von Fachkräften ist unser landesspezifisches Mitarbeiterbeteiligungsmodell. Dieses Modell ist nicht nur ein Beitrag zur besseren Eigenkapitalausstattung. Es ist auch ein ganz konkreter Beitrag dazu, Fachkräfte an ihr Unternehmen zu binden.

Meine Damen und Herren, das Mitarbeiterbeteiligungsmodell ist ein Beispiel dafür, wie sich unsere Wirtschaftspolitik an den Anforderungen der Unternehmen orientiert und gleichzeitig die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Auge hat.

Meine Damen und Herren, die besondere Qualität der Mitarbeiterbindung im Mittelstand zeigt, wie wichtig zunehmend die weichen Standortfaktoren sind. Intakte Kulturlandschaften, gute Bildungs- und Sozialstrukturen und die Möglichkeit, eigene Lebensentwürfe verwirklichen zu können, sind ganz entscheidende Pluspunkte für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz.

Ein entscheidender Faktor ist heute die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die ausgewogene Balance zwischen Berufsleben und Familie ist zentral, wenn wir den wirtschaftlichen und demografischen Entwicklungen erfolgreich begegnen wollen.

Gerade mittelständische Unternehmen haben beste Voraussetzungen, ihr Profil durch eine familienbewusste Personalpolitik zu schärfen. Dies wird sich für sie auch betriebswirtschaftlich rechnen, und zwar im Wettbewerb um Fachkräfte und zur Bindung und Motivation ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

In Zusammenarbeit mit dem Arbeits- und Familienministerium haben wir damit begonnen, die Unternehmen in einer Reihe von Veranstaltungen für dieses Thema weiter zu sensibilisieren und sie dabei zu unterstützen, ihren betrieblichen Alltag familienorientiert auszurichten.

Auch das, was meine Kollegin Doris Ahnen durch beitragsfreie Kindergartenplätze und dem Gesamtprogramm auf den Weg gebracht hat, macht unser Land für Fachkräfte attraktiver.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz ist ein kinder- und familienfreundliches Land und gerade auch deshalb ein Wirtschaftsstandort mit Zukunft.

(Beifall der SPD –
Frau Spurzem, SPD: So ist das!)

Meine Damen und Herren, das Motto „Menschen prägen Wirtschaft“ verdeutlicht, dass sich die Wirtschaftspolitik an den Menschen in ihrem jeweiligen Umfeld ausrichtet. Die Stärke des Landes Rheinland-Pfalz ist die Vielfalt seiner Regionen. Statt den Regionen des Landes pauschale Entwicklungskonzepte vorzusetzen, werden wir gemeinsam mit den Menschen passgenaue regionale Entwicklungen gestalten.

Der Blick auf die letzten Jahre zeigt, dass viele Erfolge das Ergebnis regionaler Aktivitäten waren. Ich erinnere nur an die Entwicklung am und um den Flughafen Hahn. Sie ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie man mit Mut ein solches Entwicklungskonzept mit großem Erfolg in die Realität umsetzt.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch auf die regionalen Entwicklungskonzepte in der Westpfalz verweisen, nämlich die überaus positive Entwicklung rund um den

Flughafen Zweibrücken und die Westpfalz-Strategie mit ihrem Leuchtturm „Schuhkompetenzzentrum“. Weitere Beispiele sind die regional verankerten Innovations- und Gründerzentren und die Entstehung von Dachmarken.

Entscheidend ist auch die Umsetzung regionaler Entwicklungskonzepte mit den Menschen vor Ort, wie zum Beispiel im Rahmen des integrierten ländlichen Entwicklungskonzepts, genannt ILEK.

Nennen will ich aber auch die seit langem bestehenden regionalen Strukturen der chemischen und pharmazeutischen Industrie entlang des Rheins, von der die Menschen im Land seit Jahren profitieren und weiterhin profitieren werden. Hierauf können wir aufbauen.

Gleichzeitig will und wird die rheinland-pfälzische Wirtschaftspolitik aber auch einen noch stärkeren Akzent auf regionalspezifische Politikansätze legen. Wir wollen und werden in den Regionen analysieren, welche Branchen jeweils besondere Wachstums- und Beschäftigungspotenziale bieten.

Dabei werden die regionalwirtschaftlichen Entwicklungskonzepte in enger Zusammenarbeit mit dem Innenministerium erstellt; denn eine wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen ist niemals unabhängig von der gesamten regionalen Entwicklung. Dabei liegt der wirtschaftspolitische Schwerpunkt auf der gezielten Förderung von Branchen, die regionalspezifisch ein hohes Potenzial für ein Beschäftigungswachstum besitzen.

Ein herausragendes Beispiel für eine solche Branche stellt die Gesundheitswirtschaft dar. Mit der gleichnamigen Initiative von Ministerin Malu Dreyer und mir sollen die hohen Potenziale in dieser Branche für unsere Regionen erschlossen werden.

Sie ist in weiten Bereichen Teil der rheinland-pfälzischen Innovationspolitik. Medizinisch-technologischer Fortschritt bedeutet auch produktorientierte Neuentwicklungen im Bereich der Pharmaindustrie, der Biotechnologie sowie der Medizintechnik. Auch deshalb unterstützen wir weiterhin Kooperationsplattformen wie das PharmaForum.

Die Gesundheitswirtschaft hat aber nicht nur ein hohes Innovations-, sondern auch ein hohes Beschäftigungspotenzial. Allein im Zeitraum von 1998 bis 2005 sind in Rheinland-Pfalz in dieser Branche 19.700 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Schon heute hat jeder sechste sozialversicherungspflichtig Beschäftigte seinen Arbeitsplatz in der Gesundheitswirtschaft.

Wenn wir gezielt Branchen fördern, tun wir dies systematisch. Um das Potenzial für die Regionen zu erfassen und zu analysieren, haben wir ein Gutachten in Auftrag gegeben. Mit einer von Kollegin Dreyer und mir eingesetzten Expertenkommission werden die nächsten Schritte vorbereitet. Bald wird ein Masterplan Gesundheitswirtschaft vorliegen.

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit der Initiative Gesundheitswirtschaft liegt auf der Entwicklung des Tourismus ein besonderer Schwerpunkt meiner

Arbeit. Der Tourismus wird auch künftig – hier steht die Landesregierung für Kontinuität – ein Kern der rheinland-pfälzischen Wirtschaftspolitik sein.

Schon jetzt liegt Rheinland-Pfalz im bundesweiten Vergleich bei der Tourismusintensität deutlich über dem Bundesdurchschnitt und nimmt beim Anteil der Übernachtungen ausländischer Gäste nach Berlin einen sehr guten zweiten Platz ein. Diese Spitzenpositionen will die Landesregierung in Zukunft weiter ausbauen. Über 21 Millionen Übernachtungen und 7,4 Millionen Gäste in 2006 sowie über 190.000 Beschäftigte zeigen, wie wichtig diese Branche ist.

Unser Ziel ist es, diesen Wirtschaftszweig weiter zu fördern und die touristische Infrastruktur weiter zu verbessern.

(Beifall der SPD)

Die Qualität unseres touristischen Angebots wird gezielt ausgebaut; denn nur wer auf Qualität setzt, wird nachhaltigen Erfolg haben. Deshalb sind Prädikatswanderwege, wie etwa der Rheinsteig, oder der von uns angetriebene Ausbau der Infrastruktur für den Radtourismus die richtigen Weichenstellungen.

Zwei weitere Branchen, auf die die Landesregierung gezielt setzt, sind die nachwachsenden Rohstoffe und die Logistik. Ich habe im Zukunftsfeld „Nachwachsende Rohstoffe“ die Bildung eines Clusters angestoßen.

Als erster Schritt hierzu wird beim Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Eifel in Bitburg ein „Beratungszentrum Nachwachsende Rohstoffe“ eingerichtet. In der Eifel liegen bereits umfangreiche Erfahrungen im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe vor.

So werden im Landkreis Bitburg-Prüm

(Billen, CDU: Eifelkreis!)

derzeit 40 Biogasanlagen betrieben. Das ist die Hälfte aller Anlagen im Land.

Das Beratungszentrum soll den Landwirten landesweit Beratung und konkrete Hilfestellung anbieten. So eröffnen wir ihnen auch eine zusätzliche Einkommensperspektive. Es soll auch anderen Stellen, die an der Verwertung oder Nutzung nachwachsender Rohstoffe aus der Landwirtschaft interessiert sind, ein Ansprechpartner sein.

Zudem wurde ein „Kompetenznetzwerk Nachwachsende Rohstoffe“ gebildet, bei dem unter anderem die Fachhochschule Bingen, die Transferstelle Bingen, der Umweltcampus Birkenfeld, das Institut für angewandtes Stoffstrommanagement, das Prüf- und Forschungsinstitut Pirmasens, die Landwirtschaft sowie die Ministerien eingebunden sind.

Dieses Netzwerk soll abgestimmte Impulse für Beratung, Versuchswesen sowie Forschung und Entwicklung geben. Eine der wichtigen Aufgaben des Beratungszentrums und des Kompetenznetzwerkes sind langfristig, auch die bereits erwähnte Schaffung eines Clusters.

Wirtschaft und Industrie als Abnehmer der nachwachsenden Rohstoffe sollen hierbei als Partner gewonnen werden. Ziel muss es sein, eine gesicherte, nachfrageorientierte und ökologisch verantwortungsbewusste Kette vom Erzeuger bis zum Abnehmer zu errichten.

(Beifall der SPD)

Auch im Bereich Logistik wollen wir die besonderen Chancen des Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz verstärkt nutzen. Ein entscheidender Vorteil des Landes ist dabei, dass Rheinland-Pfalz, im Unterschied zu vielen anderen Regionen, die das nur behaupten, im Zentrum des größer gewordenen Europas liegt.

Hinzu kommt – auch das ist ein besonderer Wettbewerbsvorteil –, dass im Land alle vier Verkehrsträger mit ausgezeichneten Infrastrukturen vertreten sind. Mit Rhein und Mosel haben wir zwei der bedeutendsten europäischen Wasserwege, ein dichtes Straßen- und Schienennetz und eine gerade für die Logistik günstige Flughafenstruktur.

Schon heute ist der Flughafen Frankfurt-Hahn der viertgrößte Logistikflughafen Deutschlands. Darauf will ich aufbauen und Erfolgsgeschichten, wie beispielsweise die des Logistikzentrums Hahn, fortsetzen und diese mit den entsprechenden Anpassungen in anderen Regionen unseres Landes neu schreiben.

Ein Standortgutachten Logistik, das konkrete Handlungsempfehlungen erbringen wird, ist hierzu in Auftrag gegeben worden. Schon bei der Erarbeitung dieses Gutachtens ist die Logistikwirtschaft des Landes eingebunden, um einen möglichst großen Praxisbezug von Anfang an sicherzustellen.

Meine Damen und Herren, die Gesundheitswirtschaft, der Tourismus, die nachwachsenden Rohstoffe und die Logistik, diese vier Schwerpunkte werden durch die Landesregierung insbesondere dadurch gefördert, dass wir mit unserer Technologie- und Innovationspolitik die Bildung von Netzwerken und Clustern in den Regionen fördern.

Die Förderpolitik wird sich nicht einfach danach ausrichten, Initiativen und Unternehmen aus den genannten Branchen, sondern das Zusammenwirken in Netzwerken und Clustern gezielt zu fördern. Damit geben wir unserer Förderpolitik einen neuen Akzent.

Meine Damen und Herren, in Netzwerken und Clustern profitieren die Beteiligten von Synergieeffekten. Ich denke beispielsweise an die gemeinsame Entwicklung technologischen Wissens.

Cluster sind gleichzeitig ein Brückenschlag zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Region zum Wohle des rheinland-pfälzischen Mittelstandes und damit zum Wohle der Menschen in unserem Land.

Die Verzahnung der Technologie- und Forschungspolitik erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsministerium. Doris Ahnen und ich haben vereinbart, weitere wichtige Cluster gemeinsam anzustoßen und zu fördern.

Investitionen in Technologie und Innovationsförderung sind zentrale Bausteine für die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes. Deshalb werden wir als Landesregierung im Bereich der Technologie- und Innovationspolitik mehr investieren als je zuvor.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe die Branchen genannt, in denen die Landesregierung die Vernetzung verstärkt fördern will. Darüber hinaus will ich betonen, dass bestehende Netzwerke weitergeführt und gefördert und die Chancen neuer Innovationsfelder mit Wachstumspotenzial genutzt werden.

Das Nutzfahrzeugcluster Südwest, das von Kaiserslautern aus betreut wird, zeigt, wie kleine, mittlere und auch große Unternehmen im Zusammenspiel mit der Wissenschaft wechselseitig voneinander profitieren können.

Meine Damen und Herren, alle Förderprogramme werden an den genannten Zielen der Wirtschaftspolitik ausgerichtet sein. Das bedeutet:

1. stärkere Mittelstandsorientierung,
2. Fortsetzung der bewährten und erfolgreichen Innovations- und Technologiepolitik in Rheinland-Pfalz,
3. stärkere Ausrichtung der Förderung als bisher an der Entwicklung regionalspezifischer Zukunftschancen.

Dazu habe ich in den ersten Monaten bei der Verteilung der Strukturmittel aus dem Europäischen Fonds für die regionale Entwicklung, EFRE, in den kommenden sieben Jahren einen klaren Schwerpunkt für die Entwicklung solcher Branchen gesetzt.

Die Clusterpolitik hat einen zentralen Stellenwert. Unser operationales Programm ist ein Programm zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsstrukturen in ganz Rheinland-Pfalz. Dazu habe ich als einer der ersten Entscheidungen die bisher geltende räumliche Begrenzung der EFRE-Förderung, die sogenannte Gebietskulisse, aufgehoben. Damit kann sich künftig unsere Förderpolitik unmittelbar auf alle Regionen des Landes erstrecken.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, ich hatte die neuen Schwerpunktsbranchen genannt und dargelegt, dass sie durch eine Förderung von Netzwerken und Clustern vorangetrieben werden. Mit der Netzwerk- und Clusterpolitik stärken wir den Innovationsstandort Rheinland-Pfalz und erhöhen die Attraktivität, insbesondere für hoch qualifizierte Fachkräfte.

Gleichwohl haben wir die Branchen Gesundheitswirtschaft, Tourismus, nachwachsende Rohstoffe und Logistik nicht nur deshalb gewählt, weil sie echte Wachstumsbranchen sind – das sind sie ohne Zweifel –, sondern auch deshalb, weil es in diesen Branchen echte Beschäftigungsperspektiven für Menschen mit einer geringeren formalen Qualifikation gibt.

Ich plädiere für eine ehrliche Auseinandersetzung mit einer Entwicklung, die wir weder aufhalten können noch wollen. Diese lautet: Die Zukunft einfacher, standardisierter, industrieller Beschäftigung wird im Zeitalter der Globalisierung nicht in Westeuropa liegen.

Die Beschäftigungsentwicklung der vergangenen Jahre hat uns dies deutlich vor Augen geführt. Richtig ist aber gleichzeitig auch, im Vergleich mit unseren westeuropäischen Nachbarn und auch mit den USA ist die Erwerbsquote der Menschen mit keiner oder nur geringer beruflicher Qualifikation in Deutschland beschämend gering.

Nicht einmal jeder Zweite befindet sich in Lohn und Brot. In Schweden beispielsweise gehen zwei Drittel gering Qualifizierter einer Arbeit nach.

Die Arbeitslosenquote in dieser Bevölkerungsgruppe liegt mit über 20 % in Deutschland inakzeptabel hoch. Auch in diesem Fall zeigt der Vergleich mit Schweden mit gerade einmal 6,5 %: Es gibt für diese Menschen enorme Beschäftigungspotenziale, und keine Bevölkerungsgruppe ist so sehr auf eine beschäftigungsfreundliche Wirtschaftspolitik angewiesen wie diese.

(Beifall der SPD)

Unseren Beitrag zu dieser beschäftigungsfreundlichen Wirtschaftspolitik leisten wir, indem wir gezielt – damit meine ich auf die besonderen Situationen in den Regionen bezogen – auf Branchen setzen, die Menschen mit verschiedenen formalen Qualifikationen eine Perspektive bieten.

Meine Damen und Herren, bereits die vorhergehende Landesregierung hat erfolgreiche Wirtschaftspolitik gestaltet. Dies ist Grund und Anlass für uns, wesentliche Linien der Wirtschaftspolitik weiterzuführen. Dazu gehört die Politik für einen starken Mittelstand. Wir werden das Ziel weiterverfolgen, die Instrumente aber an die neuen Herausforderungen anpassen. Wichtige Aufgaben wie die Stärkung der Eigenkapitalbasis und des Kreditzuges verbinden wir mit der ebenso wichtigen Bindung von Fachkräften. Damit steht die Wirtschaftspolitik für Kontinuität in ihren Grundzügen und stellt sich zugleich den neuen Herausforderungen der Mittelstandspolitik.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung setzt gezielt auf Zukunftsbranchen mit Beschäftigungspotenzial für alle formalen Qualifikationsstufen und akzentuiert ihre Förderpolitik verstärkt auf die Clusterpolitik.

Noch stärker als bislang wird die rheinland-pfälzische Wirtschaftspolitik mit den anderen Politikfeldern der Landesregierung verzahnt werden. Ich hatte die Kooperationen genannt, die wir in den letzten Monaten intensiviert haben. In Rheinland-Pfalz als Land des modernen Mittelstandes werden Talente gefördert und Potenziale genutzt.

Damit schaffen wir die Rahmenbedingungen, die zur Entfaltung innovativer Ideen notwendig sind. Mit unseren verstärkten Anstrengungen im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie unseren neuen Ansätzen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis und des Kreditzuges leisten wir unseren Beitrag, damit in Rheinland-

Pfalz innovative Ideen in zukunftsfähige Arbeitsplätze münden.

(Beifall der SPD)

Unsere Wirtschaftspolitik wollen wir, wie es bei uns in Rheinland-Pfalz gute Tradition ist, im Konsens gemeinsam mit den Menschen entwickeln. „Menschen prägen Wirtschaft“. Dieser Satz ist mehr als das Motto dieser Regierungserklärung. „Menschen prägen Wirtschaft“ ist der Kerngedanke der rheinland-pfälzischen Wirtschaftspolitik. Die Menschen in unserem Land wissen: Wir alle prägen einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort, auf den wir stolz sein können. Hier setzen wir mit unserer Konsenspolitik an.

Für mich ist der Dialog mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen entscheidend, ein Dialog, bei dem nicht die Ideologie, sondern die Gemeinsamkeiten bei der Verfolgung eines Ziels im Mittelpunkt stehen. Arbeiten wir gemeinsam daran!

(Anhaltend Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Hering.

Ich darf zunächst Gäste im Landtag begrüßen, und zwar Mitglieder des SPD-Ortsvereins Weisenheim am Sand. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Bevor wir zur Aussprache über die Regierungserklärung kommen, darf ich um Berichterstattung zu Tagesordnungspunkt 20 durch Herrn Abgeordneten Weiner bitten.

Abg. Weiner, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei dem Antrag der FDP-Fraktion „Standort Rheinland-Pfalz stärken – den Mittelstand als zentralen Motor der rheinland-pfälzischen Wirtschaft weiter gezielt unterstützen“ handelt es sich um einen Entschließungsantrag, der am 7. Dezember 2006 im Rahmen der Haushaltsberatungen eingebracht und an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen wurde.

Dort wurde der Antrag in der Sitzung am 1. März dieses Jahres beraten. Die SPD-Fraktion machte ihre Zustimmung von der Streichung der Absätze IV. und V.5. abhängig.

Die antragstellende FDP-Fraktion zog daraufhin diese Antragspassagen über den Bürokratieabbau und die Ladenöffnungszeiten zurück.

Die CDU-Fraktion kritisierte, dass nach Streichung dieser Punkte der Inhalt zu wenig gehaltvoll sei und lehnte ihn ab. Somit empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD und FDP gegen die Stimmen der CDU die Annahme des um die Punkte IV. und V.5. gekürzten Antrags.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank für die Berichterstattung, Herr Kollege Weiner.

Ich darf nun das Wort Herrn Abgeordneten Baldauf geben.

Abg. Baldauf, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Hering, ich kann verstehen, dass Sie sich die konjunkturelle Erholung nur zu gern selbst zuschreiben wollen. Es hört sich auch gut an, wenn man sagen kann, diese Erfolge verdankt der Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz seiner eigenen Kraft. Herr Minister Hering, aber da geben Sie sich einer Illusion hin, und ich muss Sie nun leider unsanft auf den Boden der Tatsachen zurückholen.

(Beifall der CDU)

Das beste Wirtschaftsprogramm für Rheinland-Pfalz war die Ablösung von Rot-Grün vor eineinhalb Jahren, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall der CDU)

Auch wenn Sie es nicht sehen wollen, Rheinland-Pfalz profitiert – wie übrigens alle Bundesländer, Herr Minister – von der gesamtwirtschaftlichen Erholung.

Das große Wasser reißt bekannterweise das kleine mit. Das Wachstum liegt etwas höher als in den Vorjahren, das ist richtig. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt, ohne die Auspendler wäre sie aber nach wie vor extrem hoch, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Herr Minister, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geht nicht weiter zurück, das ist in Ordnung, sondern steigt leicht an sowie auch – das ist besonders erfreulich – die Steuereinnahmen. Aber das alles hat mit besonderen Erfolgen unserer Landespolitik rein gar nichts zu tun.

(Bracht, CDU: So ist das!)

Das rot-grüne Chaos – ich wiederhole es –, das rot-grüne Chaos über sieben Jahre hinweg hat diesen Wirtschaftsstandort Deutschland ruiniert, und wir sind froh, dass es vorbei ist!

(Beifall der CDU –
Ministerpräsident Beck: Ist das
ein Kabarett oder was?)

– Das Kabarett war gestern, als Sie am Schluss zu den Taxen geredet haben, Herr Beck. Dazu sage ich nachher auch noch etwas.

(Beifall der CDU)

Wir dürfen uns die Dinge nicht schönreden. Da ist viel Skepsis, was die Entwicklung angeht. Der nüchterne Blick auf die Tatsachen kann dies auch belegen. Das Exportland Deutschland wird vom Schwung der internationalen Wirtschaft mitgerissen, und das ist auch gut so. Natürlich profitiert ein Exportland wie Rheinland-Pfalz in hohem Maße von dieser Entwicklung auch, Herr Minister. Auch das ist gut so. Natürlich hat eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung etwas mit Menschen zu tun. Auch das ist gut so; denn auch Sie kennen den Satz: „Wirtschaftspolitik ist zu 50 % Psychologie.“ Dabei will ich gar nicht verhehlen, dass Rheinland-Pfalz schon immer ein mittelstandsfreundliches Land war und immer noch ist, und das nicht erst seit Ihrer Regierung. Rheinland-Pfalz war schon immer ein mittelstandsfreundliches Land. Es lohnt sich auch, dafür zu arbeiten.

Herr Minister Hering, Sie haben von zentralen Handlungsfeldern gesprochen. Dabei hatten Sie aber nicht einmal den Mut – auch das muss man in diesem Zusammenhang ansprechen –, die Konsolidierung des mit 26 Milliarden Euro verschuldeten Landeshaushalts zu benennen.

Dabei ist genau das eines der wichtigsten Handlungsfelder. Da werden Sie mir doch nicht widersprechen können.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin davon überzeugt, nur bei klaren finanzpolitischen Weichenstellungen ist auch ein solides Wirtschaften möglich. Das, was im Ranking von den Betrieben verlangt wird, müssen Sie erst einmal bei sich selbst anlegen.

(Beifall der CDU –
Vizepräsident Bauckhage
übernimmt den Vorsitz)

Für uns stellen sich für die Wirtschaftspolitik in diesem Land folgende Aufgaben, die sich aus unserer exponierten Lage am Rande von Deutschland im Vergleich der anderen Regionen ergeben:

Zuerst gehört dazu, das langjährige Wirtschaftswachstum ist bei uns deutlich unterdurchschnittlich. Das ist Fakt. Die Behauptungen vom „Spitzenland Rheinland-Pfalz“ – Herr Minister, hören Sie einmal genau zu –

(Staatsminister Hering: Ich höre schon zu,
Sie können ruhig weiterreden!)

wegen eines leicht höheren Wachstums waren von Anfang an übertrieben. 2005 und 2006 – das ist auch Fakt – lag das Wachstum unter dem Bundesdurchschnitt. Peinlich, wenn dann eine Korrektur der Wachstumsmeldungen erfolgen muss, die vor einer Landtagswahl noch anders aussieht als nach der Wahl. Herr

Minister, da ist in diesem Zusammenhang auch etwas Redlichkeit gefragt.

(Beifall der CDU)

Als Zweites muss man auch sagen, das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner unseres Landes liegt am unteren Ende der westdeutschen Skala und bewegt sich dort nicht vom Fleck. Auch das wissen Sie.

Drittens ist die Zahl der Arbeitsplätze im Land die zweitniedrigste in Westdeutschland. Da sehen Sie einmal wieder, was Auspendler mit bewirken können.

(Frau Mohr, SPD: Schon wieder!)

– Ich muss es leider immer wieder sagen, weil es auch so ist. Das ändert nichts an der Tatsache.

Jetzt wird es interessant für die Zuhörer. Viertens gehören die durchschnittlichen Primäreinkommen der Privathaushalte zu den niedrigsten in Westdeutschland, Herr Minister. Wo ist denn da bitte schön noch das Ruhmesblatt? Ich sehe das eigentlich nicht.

(Beifall der CDU)

Logischerweise ergeben sich daraus die Kernaufgaben der Wirtschaftspolitik des Landes, nämlich in Rheinland-Pfalz gleichwertige Chancen für Arbeit und Wohlstand der Menschen zu schaffen wie in ganz Deutschland. Daran, und vor allem daran, Herr Minister, müssen Sie sich und die Regierung auch messen lassen.

Nicht außen vorlassen möchte ich, erfolgreich ist ohne Zweifel der Ausbildungspakt mit der Wirtschaft des Landes. Das muss man loben. Allen Beteiligten, vor allem den Betrieben und Kammern, ist für diese Anstrengungen zu danken.

(Beifall der CDU)

Jede Unterstützung verdienen auch die Bemühungen um das Thema „Schule/Wirtschaft“, mit dem Bildung und Arbeitswelt verknüpft werden sollen. Auf Wirtschaft und Arbeitswelt vorzubereiten, ist ein zentraler Bildungsauftrag der Schulen. Dafür haben wir gestern auch das Sofortprogramm der Hauptschulen gefordert.

(Beifall der CDU)

Herr Minister, es ist gerade Aufgabe der Schulpolitik des Landes, dies in konkrete Maßnahmen für den Unterricht in den verschiedenen Fächern auch umzusetzen. Da erwarten wir von Ihnen schon, dass Sie sich mit Frau Ministerin Ahnen zusammensetzen, um an der Situation, dass die Ausbildungsfähigkeit in diesem Land abgenommen hat, schnellstmöglich etwas zu ändern. Mittelständler brauchen gut ausgebildete Kräfte.

(Beifall der CDU)

Herr Minister, jetzt könnte man sagen, das bezieht sich nur auf die Hauptschulen. Wir hatten gestern einen Antrag gestellt, der leider und völlig unverständlich abge-

lehnt wurde. Vielen Dank an die FDP, dass Sie uns dort so ausdrücklich unterstützt hat.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Es gibt aber noch einen anderen Bereich. Herr Hartloff, hören Sie genau zu, weil Sie wie ich diese Schule nicht besucht haben. Es sind die Berufsschulen. Hier fehlt es noch immer an Lehrkräften. An den Berufsschulen stellen wir den höchsten Stundenausfall fest.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, auch das ist ein zentrales Feld rheinland-pfälzischer Politik, auch rheinland-pfälzischer Wirtschaftspolitik.

(Beifall der CDU)

Wir sind uns sicherlich einig in diesem Haus, die Qualität der Schulbildung ist entscheidend. Sie ist entscheidend für das ganze Leben und ist entscheidend für die Wirtschaft. „Bildungspolitik ist die beste Wirtschaftspolitik“ empfehlen deshalb auch die Kammern.

Auch hier steht es in Rheinland-Pfalz nicht überall zum Besten. Das bezeugen die PISA-Studien oder die Bildungsrankings der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Es geht um die Qualität des Unterrichts, um die Lernerfolge und die Qualität der Schulabschlüsse, um die – ich wiederhole es ausdrücklich noch einmal – Ausbildungsfähigkeit junger Menschen für das Berufsleben.

Skepsis verdient der angebliche Aufschwung der Existenzgründungen. Darauf möchte ich extra eingehen, weil Sie es gelobt haben. Wie viel nachhaltige Selbstständigkeit – ich bitte, dies uns einmal zu erklären und auch die Zahlen darzulegen –, wie viele dauerhafte Firmen stecken denn hinter Ihren vielen „Ich-AGs“ oder von Übergangsförderungen mit unterstützten Unternehmen? Mit solchen Strohfeuern ist letztendlich niemandem gedient, Herr Minister. Das wissen Sie auch. Wirtschaftsförderung hat die Aufgabe, langfristige Firmenunterstützung zu erreichen, langfristige Selbstständigkeit und nicht nur kurzfristige.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Herr Hartloff, Sie dürfen auch noch zur Kenntnis nehmen, im Ländervergleich bei den Insolvenzen liegen wir bei 16 Bundesländern knapp auf dem 15. Platz. Wenn das ein Ruhmesblatt ist, dann weiß ich es auch nicht.

Die Wirtschaftspolitik des Landes ist nicht einfach an den zahllosen Fördertöpfen für die Unternehmen der Wirtschaft zu messen, die die Landesregierung im Mittelstandsbericht und anderswo gern aufzeigt. Wir sollten wirklich den Blick darauf richten, was für den wirtschaftlichen Erfolg einer Region entscheidend ist. Das sind nicht die unmittelbaren Hilfen für die Unternehmen der Wirtschaft. Die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Rheinland-Pfalz hat das in ihren Empfehlungen für die Landespolitik mit dem Titel „Mar-

kenzeichen Rheinland-Pfalz“ klar beschrieben, Herr Minister.

Erstens ist der Ausbau der Infrastruktur entscheidend. Schön, dass es wieder Gelder gibt. Das ist auch in Ordnung so. Interessant, dass bei einer gleichgelagerten schwierigen finanziellen Situation dieses Landeshaushalts im Jahr 2000 und 2001 dem damaligen Minister Bauckhage diese Mittel aber gekürzt wurden. Jetzt plötzlich werden sie von Ihnen wieder eingeführt und als Erfolg verkündet. Das heißt sich etwas, Herr Minister. Ich mutmaße bitte lieber nicht, dass es Farbenlehre ist. Es ist aber auffällig.

(Beifall der CDU)

Sie wissen es auch, Infrastruktur, Verkehrswege, aber auch Kommunikationsnetze sind für Mittelständler und für die Wirtschaft entscheidend. Wir haben bzw. bekommen die ICE-Linien Köln – Frankfurt und Paris – Mannheim. Heute steht darüber etwas in der Zeitung. Herr Eymael, wir müssen auch dafür kämpfen, dass es so und nicht andersherum läuft.

Wir haben den Flughafen Hahn mit viel Zukunftspotenzial. Da stimme ich mit Ihnen überein. Aber hier hinkt – das wissen Sie ganz genau, Herr Hering – die Landesplanung der Entwicklung hinterher. Selbst Abstimmungsgespräche zwischen Wirtschafts- und Innenministerium – vorher hat der Herr Innenminister gesprochen – zeigen diesen Mangel auf, der kürzlich durch die Handlungsempfehlungen eines von der Landesregierung beauftragten privaten Büros deutlich wurde.

Ein weiteres Beispiel ist die B 10. Es sind umständliche Verfahren, um in einem Konsens um jeden Preis etwas zu erreichen. Das verzögert die Sache nutzlos.

Bei der Autobahnanbindung an Lauterburg im Elsass – Hagenbach-Variante – wird eine Variante gewählt, die außer Ihnen niemand will, Herr Minister.

(Beifall bei der CDU)

In Trier laufen die Projekte nicht so schnell, wie sie laufen sollten. Wir müssen Ihnen schon abverlangen, dass Sie das in Ihrer Verantwortung vorantreiben.

Die Fertigstellung der A 1 nach Nordrhein-Westfalen ist schon fast eine unendliche Geschichte. Man kann sagen, für den größten Teil der Zeit, in der die SPD die Verantwortung für Rheinland-Pfalz trägt, stehen seit vielen Jahren für die Landesstraßen nur noch Kreditmittel und keine Eigenmittel des Landes mehr zur Verfügung, nur noch Kreditmittel. Es gibt immer noch einen hohen Investitionsstau sowohl für die Instandsetzung großer Teile des Straßennetzes als auch für die Neu-, Aus- und Umbauten der Landesstraßen.

Doch auch der Kreditaufnahme sind irgendwann Grenzen gesetzt, Herr Minister. Der Schuldenstand des Landesbetriebes Mobilität allein wird allmählich schwindelerregend. Die Finanzpolitik der Landesregierung ist ein einziges Desaster. Das muss ich so sagen.

(Beifall der CDU)

Herr Hering, das kann ich nun einmal von der Wirtschaftspolitik nicht abkoppeln.

Die ländlichen Räume müssen auch gegen Nachteile bei der Versorgung mit Kommunikationsinfrastruktur kämpfen. Ich nenne das Stichwort DSL. Das ist ein großes Problem, wenn Mittelständler darüber nicht verfügen können. Sie haben hierzu nichts gesagt. Ich kann Sie nur auffordern, sich hierum zu kümmern, um im ländlichen Raum Wirtschaftspolitik und nachhaltige Mittelstandspolitik zu unterstützen und die Mittelständler an diesen Orten zu halten, bevor sie es sich überlegen, aufgrund von Kommunikationsschwierigkeiten abzuwandern.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, entscheidend sind Forschung und Wissenschaft als Grundlage für die moderne Wirtschaftsstruktur eines Hochlohnlandes. Auch das sollten Sie in Ihre zentralen Handlungsfelder aufnehmen.

Herr Minister, Rheinland-Pfalz wendet im Vergleich der Bundesländer je Einwohner deutlich weniger auf als fast alle anderen Bundesländer.

Herr Minister, wir hatten gestern die Debatte über die Frage der nachhaltigen Energiepolitik in der Zukunft. Es gibt im Moment weder an der Hochschule noch irgendwo sonst eine ausreichende Förderung Ihrerseits, um diese Projekte zielgerichtet mit Forschung im wissenschaftlichen Bereich fortzuentwickeln, sodass wir das, was wir alle wollen, eine neue Energiepolitik im erneuerbaren Energiesektor, auch durchsetzen können. Dafür müssen Sie sich einsetzen. Dazu haben Sie aber auch nichts gesagt, Herr Minister. Das ist ein Versäumnis.

(Beifall der CDU –
Frau Mohr, SPD: Informieren Sie sich einmal!)

– Je lauter Sie rufen, desto mehr muss ich recht haben.

Entscheidend ist auch, dass Sie Bürokratie abbauen.

(Ministerpräsident Beck: Keiner ruft, das macht aber nichts, das stand auf dem Zettel!)

– Herr Ministerpräsident, Sie werden sich nachher noch melden, davon gehe ich fest aus.

(Ministerpräsident Beck: Wenn Sie so weitermachen, lohnt es sich nicht!)

– Das wäre aber schade. Ich würde mich freuen, wenn Sie noch etwas dazu sagen.

Herr Minister, wenn Sie Bürokratieabbau ernsthaft vorantreiben wollen, dann haben Sie dafür meine volle Unterstützung. Am Rande denke ich an die Taxifarben. Das ist keine Frage. Sie müssen dann an das wirklich Eingemachte herangehen. Etwa an die Zahl der Verwaltungsebenen. Es geht um die Zuordnung von Zuständigkeiten, die Vermeidung von Mehrfachzuständigkeiten,

um schnelle und klare Entscheidungsverfahren, die die Menschen und der Mittelstand brauchen.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Hier herrscht in Rheinland-Pfalz nahezu Funkstille. Offenbar denkt die Landesregierung zuvorderst an territoriale Veränderung. Das kann es aber nicht sein. Aufgabenkritik und klare Vereinbarungen müssen wir von Ihnen verlangen.

(Ministerpräsident Beck: Was ein Schwachsinn!)

– Herr Ministerpräsident, wenn Sie schon reinrufen, dann sei alles im Ansatz nicht richtig, empfehle ich Ihnen, mit Günther Oettinger oder Roland Koch zu sprechen, wie die das machen. Da können Sie noch einiges lernen.

(Beifall der CDU –
Ministerpräsident Beck: In Hessen haben Sie – – –)

Meine Damen und Herren, ich bitte das richtig zu verstehen. Warum brauchen wir in diesem Land überhaupt einen Mittelstandslotsen?

(Ministerpräsident Beck: In Hessen kann man lernen, wie man es nicht macht!)

– Herr Ministerpräsident, warum brauchen wir in diesem Land nach 60 Jahren erfolgreicher Mittelstandspolitik einen Mittelstandslotsen? Warum brauchen wir ihn erst jetzt? Der Minister hat die Fallzahlen mitgeteilt. Wissen Sie, warum der Lotse so in Anspruch genommen wird? Das geschieht, weil kein Mittelständler in diesem Land versteht, sich in diesem Wirrwarr zurechtzufinden, um die Unterstützungen und Hilfestellungen ausreichend zu bekommen. Dafür braucht man zwischenzeitlich Leute, die es einem erklären. Das nennt sich dann Unterstützung der Selbstständigkeit.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

Infrastruktur, Schule, Wissenschaft und Forschung erfordern viel Geld. Da haben wir in Rheinland-Pfalz ein Problem, den Zustand der Landesfinanzen, wie ich ihn schon angesprochen habe. Nach Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen hat Rheinland-Pfalz nicht weniger Steuereinnahmen je Einwohner für den Landeshaushalt wie die anderen. Es hat sogar zum Teil mehr als die Länder, die in den Finanzausgleich einzahlen. Daran kann es also nicht liegen. Wir zahlen mehr Zinsen als die Länder mit weniger Schulden. Dabei sind die zahlreichen Nebenhaushalte eingeschlossen. Bei den Schulden reden wir immer nur über Kernhaushalte, nicht über die inzwischen zahlreich vorhandenen Nebenhaushalte. Das engt die Spielräume erheblich und schmerzhaft ein.

Herr Minister, die Schulden des Landes binden der Haushaltspolitik die Hände. Die Frage stellt sich deshalb schon: Was haben Sie über all die Jahre mit dem Geld

gemacht, das Sie in gleichem Maße hatten wie andere Bundesländer auch?

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Merken Sie eigentlich nicht, dass Sie sich permanent widersprechen?)

– Frau Brede-Hoffmann, ich habe Ihnen an dieser Stelle ein wunderbares Zitat zu präsentieren. Hier passt das Zitat Ihres früheren Fraktionsvorsitzenden Joachim Mertes, den kennen Sie noch. Er hat nämlich einmal gesagt: „Sparen bedeutet für die Sozialdemokraten, das Geld nur mit einer Hand aus dem Fenster zu werfen.“

(Beifall bei der CDU –

Ministerpräsident Beck: Das hat er nicht gesagt, nicht für die Sozialdemokraten, nehmen Sie das bitte zurück!)

– Herr Ministerpräsident, so ist es, das ist so geprüft, wie es auch ist.

(Ministerpräsident Beck: Das hat er nicht gesagt!)

Dass Ihnen das nicht gefällt, ist mir schon klar. Man muss auch einmal Dinge in diesem Haus sagen dürfen, die Ihnen nicht gefallen.

(Ministerpräsident Beck: Das hat er nicht nur nicht gesagt – – –)

So ist auch der Umgang mit dem Landesvermögen zu kritisieren.

(Ministerpräsident Beck: Das hat er auch nicht gesagt!)

Herr Minister, am Anfang Ihrer Regierungszeit in Rheinland-Pfalz hat die Landesregierung einen im Ergebnis richtigen Schritt getan. Sie hat mit einem Teil des Ertrags aus dem Verkauf der Anteile an der Landesbank die ISB mit Eigenkapital gegründet.

Jetzt lobe ich Sie, jetzt hören Sie nicht zu. Doch danach wurde Landesvermögen nur noch verfrühstückt, was einer weiteren Verschuldung gleichkommt.

Die erfolgreichen Länder Bayern und Baden-Württemberg haben das anders gemacht.

(Ministerpräsident Beck: Bayern hat 1 Milliarde Euro eingesetzt im Haushalt!)

– Sie können hier noch reden, jetzt lassen Sie mich einmal ausreden, dann kommen wir zu Pötte. Wir haben einen gewissen Stil zu pflegen.

Sie haben Ihr Landesvermögen in hohem Maß in Stiftungen und Fonds angelegt, aus denen Forschung und Wissenschaft finanziert werden. Bayern hat diese Fonds sogar mit Verfassungsrang gesichert. Der unübersehbare Erfolg gibt diesen beiden Ländern recht. Dagegen zahlt die rheinland-pfälzische Landesregierung mehr als 1 Milliarde Euro jährlich an Zinsen, verlorenes Geld.

(Beifall der CDU)

Herr Minister, das ist Geld, das an allen Ecken und Enden fehlt. Das ist eigentlich das Kernproblem auch für die Wirtschaftspolitik des Landes; denn was an Mitteln als Voraussetzung für eine wirklich erfolgreiche Wirtschaftspolitik fehlt, kann man mit Subventionen im Rahmen von Förderprogrammen, die kein Mensch überblickt, nicht kompensieren. Die Wirtschaftsförderung des Landes ist in eine Unzahl von Detailprogrammen aufgeteilt. Fast nur noch Spezialisten blicken hier überhaupt durch.

Die Mittel für die Wirtschaftsförderung im engeren Sinne stammen inzwischen überwiegend von der EU. Sie müssen vom Land kofinanziert werden. Außer den Möglichkeiten, die die Investitions- und Strukturbank aus eigenen Mitteln hat, stehen Haushaltsmittel für landeseigene Akzente offenbar kaum noch zur Verfügung. Hier müssen wir uns mit der Frage beschäftigen, wie diese EU-Programme, an die wir weitgehend gebunden sind – das ist mir schon klar –, auf unser Land passen, wie sie überhaupt angenommen werden und welche tatsächlichen Wirkungen sie erzielen.

Herr Minister, auch diese Programme muss man auf Passgenauigkeit hin überprüfen.

(Beifall der CDU)

In der vergangenen Legislaturperiode gab es einen Zwischenbericht über den Ablauf der damals gültigen EU-Programme für Rheinland-Pfalz. Dieser Bericht enthält zum Teil sehr kritische Ergebnisse. Diese EU-Programme werden in diesem Jahr noch ausfinanziert. Die Landesregierung sollte über die Ergebnisse Aufschlüsse geben, damit wir echte Rückschlüsse daraus ziehen können. Darum möchte ich Sie sehr herzlich bitten, Herr Minister.

Die neuen Regionalprogramme der EU sind spürbar im Sinne der sogenannten „Lissabon-Strategie“ verändert worden. Sie sind nicht mehr auf strukturschwächere Gebiete konzentriert. Was bedeutet das für die Westpfalz, für die Eifel und den Hunsrück? Wie will die Landesregierung die Vorgaben für diese neuen EU-Programme im Land umsetzen? Dazu haben Sie leider noch nichts gesagt. Ich hoffe in Ihrem eigenen Interesse nicht, dass hier künftig das Gießkannenprinzip von der Förderung zur Wirtschaftshilfe greift.

Ich plädiere dafür, die zahlreichen Programme zu konzentrieren. Vielleicht hat Ihnen das Ihr Mittelstandslotse im Zweifel auch schon gesagt.

Herr Minister, das Instrument der Bürgschaft, das besseren Zugang zur Fremdfinanzierung erlaubt, womit die meisten Mittelständler das größte Problem in der heutigen Zeit haben, sollte ausgeweitet werden. Ich spreche mich auch dafür aus, durchaus über PPP-Modelle stärker nachzudenken. Beispielsweise könnte auch der Ausbau der Infrastruktur um den Hahn schneller vorangebracht werden. Dauerhafte private Beteiligungen sollten generell erleichtert und angeregt werden.

Herr Minister Hering, die Landesregierung werden wir daran messen, ob wir in vier Jahren immer noch ein

schwächeres langjähriges Wirtschaftswachstum als andere Bundesländer,

(Ministerpräsident Beck: Wir haben ein höheres!)

immer noch ein so viel niedrigeres Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, ein deutlich geringeres Einkommen der Privathaushalte als anderswo und immer noch deutlich weniger Arbeitsplätze im Land als andere Bundesländer haben. Auch wenn Ihre Zahlen Optimismus verkünden, haben wir immer noch weniger Arbeitsplätze als andere Bundesländer.

Herr Minister, Sie setzen zu Recht auf die Zukunftsbranchen. Denken Sie an die erneuerbaren Energien. Ein weiteres Stichwort ist die Gesundheitswirtschaft. Sie kündigen hier einen großen Masterplan an. Hoffentlich wird das auch ein prüfbares Konzept sein. Vieles kündigen Sie durchaus großmundig an: Konzepte für Tourismus, Energie, die Regionen, Förderung von Branchen und Netzwerkstrukturen sowie Clustern. – Das habe ich mehrfach gehört. Für mich ist da vieles unverbindlich und erweckt den Eindruck, dass wir nach der Umsetzung noch mehr Lotsen einführen müssen.

(Vereinzelte Beifall bei der CDU –
Frau Kohnle-Gros, CDU: Bei Cluster haben Sie auf Herrn Oettinger gehört!)

Einer reicht da wahrscheinlich gar nicht mehr aus. So kann man Beschäftigungspolitik innerhalb der Regierung natürlich auch betreiben.

Herr Minister Hering, setzen Sie künftige bessere Maßstäbe! Ja, wir haben viele Chancen in Rheinland-Pfalz. Da haben Sie recht. Aber diese Chancen könnte die Landesregierung wesentlich besser nutzen. Deswegen wiederhole ich nochmals die Forderungen der CDU: Setzen Sie sich für die Forschung bei den erneuerbaren Energien ein! Setzen Sie sich für einen zeitnahen Ausbau der Infrastruktur ein! Setzen Sie sich für eine Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten ein, Stichwort „DSL“! Setzen Sie sich für weniger Bürokratie ein, für mehr Bürgschaften, für weniger Steuerbelastungen, und setzen Sie sich vor allem dafür ein, dass die Ausbildungsfähigkeit unserer jungen Menschen gewährleistet ist!

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Schluss möchte ich noch mitteilen, dass wir zumindest zum heutigen Tag unseren Antrag „Zukunft des Mittelstandes durch eine Reform der Unternehmensteuer sichern“ heute zurückziehen werden, weil uns die Ereignisse natürlich auch insofern ein wenig überholt haben. Was heißt überholt? Es gibt Gespräche, Herr Ministerpräsident. Es gibt einen Kompromiss, der sich anbahnt. Bei „dpa“ war zu lesen, dass die SPD-Linke und die Gewerkschaften diesen Kompromiss nicht mittragen wollen. Herr Ministerpräsident, da sind Sie gefordert, dass Sie Angela Merkel in diesem Bereich den Rücken stärken.

Das werden wir genau beobachten und ansonsten den Antrag nur einreichen, wenn Sie es nicht schaffen.

(Beifall der CDU)

Dann komme ich noch zum Antrag der FDP. Herzlichen Glückwunsch für die Weichspülaktion! Hätten Sie das drinstehen lassen, was ursprünglich drin stand, was auch wichtig gewesen wäre, nämlich die Ladenöffnungszeiten auch weiterhin auszudehnen, und nicht dieses Monstrum aufzubauen, das wir jetzt hier haben – – –

(Frau Mohr, SPD: Beweise für das Monstrum!)

Ich weiß nicht, warum Sie es zurückgezogen haben, ob das jetzt ein Ankuscheln war oder was auch immer. Ich bin aber ehrlich, wir können dem Antrag damit leider nicht mehr zustimmen, außer, Sie nehmen Punkt 5. wieder mit hinein. Aber diesen Mut haben Sie wohl nicht, das heute hier zu erklären.

(Beifall der CDU)

Zum Antrag der SPD nur so viel: Er ist spannend, weil er mir nämlich klar sagt, es kann mit unserer Mittelstandspolitik gar nicht alles in Ordnung sein, sonst würde ich doch nicht so viele Neuigkeiten hier verkünden wollen. Ansonsten sind Sie uns natürlich wieder viel zu allgemein. Wir kommen damit überhaupt nicht klar. Wenn ich das einmal einem Mittelständler daheim zeige, lacht er mich aus.

(Mohr, SPD: Wo ist denn Ihr Antrag?)

Deshalb müssen wir den leider auch ablehnen.

Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltend starker Beifall der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße zunächst als Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag Seniorinnen und Senioren aus der Verbandsgemeinde Lambrecht, Neustadt an der Weinstraße und Haßloch. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Zum Zweiten wird es bunt im rheinland-pfälzischen Landtag. Ich begrüße die Karnevalsbruderschaft Nastätten. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Alexander Schweitzer.

(Abg. Alexander Schweitzer versucht, das Rednerpult höher zu stellen –
Frau Spurzem, SPD: Das geht nicht mehr höher!)

Abg. Schweitzer, Alexander, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht wäre das einmal ein Beitrag zur praktischen Mittelstandsförderung. Vielleicht kann hier über die Sommerpause einmal ein Handwerker hereinkommen und dieses diskriminierende Element, unter dem ich hier regelmäßig zu leiden habe, abstellen.

(Ministerpräsident Beck: Damit auch Erwachsene reden können!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann Ihnen diesen Running Gag dann auch ersparen, dass ich immer zu Beginn eines Wortbeitrags auf die Tatsache zu sprechen kommen muss, dass das Mikrofon doch ein bisschen weit entfernt von meinem Mund ist. Ich möchte Sie aber dennoch mit einigen Beiträgen zum Thema erfreuen. Nach dem Beitrag des Kollegen Baldauf ist es mir auch noch einmal wichtig, auf das eigentliche Thema zu sprechen zu kommen. Wir reden heute über die Regierungserklärung zur Wirtschaftspolitik, und wir reden über den Mittelstandsbericht. Wir reden zum Dritten in einer Aussprache über die Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der SPD-Fraktion zur Situation der kleinen und mittleren Unternehmen. Herr Baldauf, ich hatte den Eindruck, dass das nicht wirklich auf Ihrem Schirm war und Sie an der einen oder anderen Stelle vom Thema abgekommen sind.

(Beifall der SPD)

Herr Baldauf, Sie haben gesagt, dass Rot-Grün den Wirtschaftsstandort Deutschland ruiniert hat. Mich hat das an die Aussage von Frau Merkel vor gar nicht allzu langer Zeit erinnert, dass Deutschland ein Sanierungsfall sei. Ich muss Ihnen sagen, ich habe den Eindruck, Sie haben beide nicht recht, weil, wenn Sie sich anschauen, was ein konservatives Institut, nämlich das Institut für Weltwirtschaft in Kiel, für das laufende Jahr sagt – es sagt uns nämlich ein Wirtschaftswachstum in Deutschland von 2,8 % voraus –, würde das bedeuten, dass wir damit noch über den Wachstumsraten des Euro-Raums liegen würden, also Deutschland mit der an die Wand gefahrenen Wirtschaft und als Sanierungsfall offensichtlich aber doch noch kräftig genug ist, die Lokomotive im europäischen Wachstum darzustellen.

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, den Sie genannt haben, was die Zahl der Insolvenzen angeht. Herr Baldauf, dann komme ich zu dem, was ich eigentlich sagen wollte. Es ist völlig klar, dass jede Insolvenz, jeder Betrieb, der nicht erfolgreich sein konnte, etwas ist, was man bedauern muss und was man sich hätte anders wünschen müssen. Nur ist es so, dass die tatsächliche Messgröße, die auch wirklich eine Aussagekraft im Bereich der Insolvenzen hat, die Insolvenzquote ist. Wenn ich noch einmal auf den Mittelstandsbericht, den wir heute besprechen wollen, zu sprechen kommen darf und auf Seite 21 des Mittelstandsberichts verweisen darf, der leider bei Ihnen, Herr Baldauf, keine Rolle gespielt hat,

(Baldauf, CDU: Da haben Sie nicht zugehört!)

so darf ich unter Punkt 8 „Insolvenzen in Rheinland-Pfalz“ zitieren: „Mit seinen Insolvenzwerten ordnet sich

Rheinland-Pfalz im Vergleich der Bundesländer in die Ländergruppe mit den geringsten Insolvenzen ein. Im Jahr 2004 hatte Rheinland-Pfalz 94 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen.“

Ich sage noch einmal: Jede der 94 hätte ich mir nicht gewünscht. Aber wenn wir über Insolvenzen reden, dann müssen wir über die Messgröße reden, die tatsächlich aussagekräftig ist. Das ist die Zahl der Insolvenzquote.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Da sind wir in einem Bereich, der sich sehen lassen kann.

(Beifall der SPD)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Hering, ich danke Ihnen sehr für diese Regierungserklärung.

(Beifall der SPD –
Zurufe von der CDU: Ah!)

Ich weiß nicht, aber mir ist als Kind beigebracht worden, Danke sagen ist nichts, wofür man ausgebuht wird.

(Beifall der SPD –
Frau Spurzem, SPD: Bravo!)

Jetzt haben Sie gleich richtig Grund zum Buhen. Das ist die erste Regierungserklärung eines sozialdemokratischen Wirtschaftsministers nach 60 Jahren Rheinland-Pfalz. Ich denke, und das verstehen Sie sicherlich, dass das durchaus eine Erwähnung für sich wert ist.

(Beifall der SPD)

Wie ich schon gesagt habe, wir besprechen auch an dieser Stelle die Antwort auf unsere Große Anfrage und den Mittelstandsbericht. Ich möchte an der Stelle auch meine Anerkennung an die Landesregierung und die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich mit dieser Großen Anfrage beschäftigt haben, dafür aussprechen, dass wir nun alle gemeinsam eine Datenbasis und Faktenbasis haben, an der wir uns, wenn wir an einer inhaltlich und sachlich orientierten Diskussion interessiert sind – ich denke, das ist doch für uns alle der Fall –, durchaus in Zukunft entlanghangeln können, auch über den heutigen Tag hinaus.

Meine Damen und Herren, vor welchem Hintergrund führen wir diese Debatte? Herr Minister, Sie haben darauf hingewiesen: Wir erleben einen stabilen Aufschwung in Deutschland. Wir haben Wachstumsraten beim Bruttoinlandsprodukt wie seit vielen Jahren nicht mehr. Das Onlineangebot des „SPIEGEL“ titelte sogar: „Deutschland – ein Wirtschaftsmärchen“. Wir in Rheinland-Pfalz sind vorne mit dabei. Nur in drei westdeutschen Ländern wuchs die Wirtschaft im vergangenen Jahr stärker als bei uns. Das freut uns natürlich. Aber noch mehr freut uns, der Aufschwung ist endlich am Arbeitsmarkt angekommen. Wir haben die Zahlen gehört: bundesweiter Abbau der Arbeitslosenquote seit dem 1. Januar 2005 um fast 18 %. Das ist schon sehr gut. Aber noch besser ist die Zahl für Rheinland-Pfalz. Im selben Zeitraum

beträgt der Rückgang mehr als 22 %. In keinem Flächenland in Deutschland sind im selben Zeitraum mehr neue Jobs entstanden als in unserem Land.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, ich will an dieser Stelle gern einen Hinweis aus Ihrer Regierungserklärung aufnehmen und hervorheben: Keines unserer Nachbarländer kann auf eine solche positive Entwicklung am Arbeitsmarkt verweisen. Bei uns sinken Arbeitslosigkeit und Auspendlersaldo gleichermaßen. Aber wo und in welchen Bereichen entstehen diese Jobs? Ich zitiere aus dem Mittelstandsbericht: „Kleine und mittlere Unternehmen sind nach wie vor der Hauptbeschäftigungsträger innerhalb des rheinland-pfälzischen Unternehmenssektors.“ – In Zahlen bedeutet dies: Über 700.000 Menschen im Land finden hier als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ihr Einkommen. Viele der Mittelständler, kleine und mittlere Dienstleister, Handwerker etwa, haben es sich auch in Zeiten geringer Wachstumsraten, in Zeiten der Flaute auf dem Binnenmarkt, nicht einfach gemacht und über Personalabbau ihre Kosten reduziert. Nein, sie haben sich auch in schwierigen Zeiten zu einer sozialen und gesellschaftlichen Verantwortung bekannt und Menschen die Sicherung ihrer Existenz oder eine Ausbildung ermöglicht.

Meine Damen und Herren, deshalb ist es umso ärgerlicher, dass vonseiten der Opposition und des Fraktionsvorsitzenden der CDU auch heute wieder die Mär von der guten Entwicklung des Landes im Windschatten der Nachbarregionen verbreitet wird.

Meine Damen und Herren, Ihnen muss klar sein, dass Sie damit nichts anderes tun, als die Leistung der Wirtschaftsunternehmen im Land zu negieren und zu bestreiten.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden es sogar bei zukünftigen Debatten noch mit der Frage des Abbaus der Arbeitslosigkeit zu tun haben. Wir werden aber auch erleben, dass sich die Debatte wandeln wird und mehr in eine Richtung gehen muss, die auch das Beratungsunternehmen Ernst & Young angesprochen hat, als sie davon gesprochen haben, dass viele Unternehmen schon jetzt händeringend nach qualifizierten und vor allem motivierten Arbeitskräften suchen und – ich zitiere weiter – es sei höchste Zeit, die Arbeitskraft und Qualifikation älterer Menschen nicht länger brachliegen zu lassen.

Herr Minister Hering, Sie haben es auch angesprochen und mit einem Schwerpunkt in Ihrer Regierungserklärung versehen. Ich denke, wir sollten uns darüber einig sein, dass wir an der Stelle, wenn wir wirklich erfolgreich sein wollen, aufhören müssen, die Leistungen und die Potenziale der eigenen Wirtschaftsunternehmen im Land geringzureden.

Herr Minister Hering, Sie haben für die Landesregierung eine Standortbestimmung in einem zentralen Politikfeld vorgenommen. Da ich eben von Standortbestimmung spreche, wäre es auch für die Debatte hier im Hause durchaus hilfreich, wenn auch die größte Oppositions-

fraktion sich an eine solche Klärung ihres Standorts machen würde.

Herr Baldauf, in einem Interview, das Sie im vergangenen Dezember der Nachrichtenagentur „ddp“ gegeben haben, ist nachzulesen – ich zitiere Sie mit Erlaubnis des Präsidenten –: „Die Wirtschaftspolitik wiederum muss sich an dem Ziel orientieren, Arbeitsplätze im eigenen Land zu schaffen und zu erhalten. Dazu ist eine Förderpolitik notwendig, die nicht nach dem Gießkannenprinzip verfährt, sondern sich auf wenige, speziell förderungswürdige Räume konzentriert.“ – Ich wiederhole also: auf wenige Räume, die für förderungswürdig gehalten werden. – Nun stellt sich doch die Frage: Was geschieht mit den vielen, die nicht für förderungswürdig gehalten werden? Was haben Sie denn mit denen vor?

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das ist die Definition von Cluster!)

– Nein. Entschuldigung. Ich habe es mit Bedacht ausgewählt. An der Stelle können Sie auch nicht so leicht raus.

Sie haben gesagt, Sie wollen einige wenige, die Sie im Vorfeld für förderungswürdig halten, unterstützen. Ich stelle Ihnen die Frage, und die Frage müssen Sie beantworten: Was machen Sie mit den anderen Regionen?

(Beifall der SPD)

Herr Licht, ich freue mich, dass Sie sich in der Frage auch sehr engagieren; denn ich habe mir aufgeschrieben, was Sie am Mittwoch von dieser Stelle aus im Plenum gesagt haben. Mir ist es gleichsam vorgekommen als Replik auf diese Interviewäußerung Ihres Fraktionsvorsitzenden. Sie sagten nämlich, Mosel, Mittelrhein und Nahe sind Wirtschaftsräume, keine Reservate und dürfen auch keine werden.

(Baldauf, CDU: Also!)

Ich frage mich: Wie passt das zusammen? Hier einerseits, wir wollen einige Räume klar abhängen,

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Herr Licht, auf der anderen Seite befürchten Sie schon, dass sich diese Position des eigenen Fraktionsvorsitzenden dahin gehend auswirkt, dass Sie dann natürlich – – –

(Licht, CDU: Haben Sie die Vorschläge gelesen?)

– Lassen Sie mich doch einmal ausreden. Ich glaube, Sie haben alle Möglichkeiten, sich im Anschluss noch zu Wort zu melden.

Bei mir ist der Eindruck aufgekommen, dass etwas nicht zusammenpasst.

Meine Damen und Herren, was Minister Hering in seiner Regierungserklärung als zentrales Handlungsfeld angesprochen hat, nämlich die regionalspezifische Entwicklung von Branchen und Netzwerkstrukturen, wird ganz

entscheidend sein für die Zukunftsfähigkeit der Regionen und die Lebensqualität der Menschen im Land.

Allen alles, das kann es nicht sein. Aber nur wenigen viel, wie von Ihnen, Herr Baldauf, gefordert, das erst recht nicht. Nein, wir wollen uns anschauen, welche Entwicklungsmöglichkeiten und Potenziale in den jeweiligen Regionen stecken, welche Branchen das Bild bestimmen, welche auch überregional bedeutsamen Einrichtungen etwa im Bereich der Wissenschaft oder der Verkehrsinfrastruktur vorhanden sind. Es geht um passgenaue Konzepte, und es geht darum, diese mit den Menschen, den wirtschaftlichen Akteuren vor Ort, partnerschaftlich umzusetzen.

Wichtig ist auch hier eine Vernetzung der Politikbereiche. Ich will es an einem Beispiel deutlich machen, das Sie, Herr Minister Hering, in Ihrer Regierungserklärung genannt haben und das ich aus eigener Anschauung, weil ich aus dieser Ecke komme, ganz gut kenne: die Initiative Gesundheitswirtschaft. Nicht weit von meinem Wohnort Billigheim-Ingelheim liegt die kleine, aber wichtige und schöne Kurstadt Bad Bergzabern. Ich glaube, man kann, ohne dass man den Bad Bergzabernern zu nahe tritt, sagen, Bad Bergzabern wird sich auch in Zukunft nicht zum industriellen Schwerpunkt in der Südpfalz entwickeln. Ich glaube, die Strukturen sind nicht so. Aber die Strukturen sind so, dass mit der auch mit Landesmitteln, und nicht unbeträchtlich vielen Landesmitteln, sanierten Südpfalztherme, mit dem Krankenhausstandort und vielen privaten Kliniken, mit vielen Zulieferern im Bereich Medizintechnik und allen, die im Bereich Tourismus in der Zimmervermietung aktiv sind, ein wirtschaftliches Potenzial für Bad Bergzabern und die Region, das Bad Bergzaberner Land, steckt, das, wenn man es definiert, auch unterstützen kann und das für die Bad Bergzaberner zur Folge haben wird, dass sie nicht wegziehen müssen, sondern dort qualifizierte gute Jobs auch in Zukunft finden werden.

Weil ich gesagt habe, wir müssen die Politikbereiche vernetzen, bedeutet das auch, dass zum Beispiel die jetzt angestrebte Stadtentwicklung in Bad Bergzabern, ressortierend beim Innenminister, für die wirtschaftliche Dynamik eine große Rolle spielen wird.

(Beifall der SPD)

Ein Drittes kommt hinzu: Wenn Sie sich anschauen, dass im Gesundheitsbereich, im Pflegebereich, im Wellnessbereich vor allem viele Frauen im Teilzeitbereich tätig sind, wissen Sie ganz genau, dass all das, was wir unter der Überschrift „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“ machen, auch dazu dienen wird, dass diese Frauen die Jobs dort annehmen können. Die Initiative Gesundheitswirtschaft wird also am Beispiel Bad Bergzabern zeigen, dass diese Akzentuierung und Schwerpunktsetzung, die neu im Bereich Netzwerke und Cluster vorgenommen werden wird, für das Land Rheinland-Pfalz ein erfolgreicher Weg sein wird.

Auf die weiteren neuen Schwerpunkte möchte ich nicht näher eingehen, da sie bereits genannt worden sind. Sie liegen vor allem in den Bereichen des Tourismus, der nachwachsenden Rohstoffe und der Logistik.

Da wir auch über den Mittelstandsbericht und über die Antwort auf die Große Anfrage sprechen, ist es sicherlich hilfreich, einen kurzen Hinweis auf die Struktur der mittelständischen Wirtschaft in Rheinland-Pfalz zu geben und darauf hinzuweisen, dass es 91,9 % der Unternehmen sind, die als Kleinstunternehmen mit bis zu zehn Beschäftigten ihre Waren, ihre Dienstleistungen und ihr Handwerk anbieten. Wer Politik anbieten möchte, die diesen Unternehmen zugute kommt, muss einen schnellen und unbürokratischen Zugang zu Fördermitteln und Unterstützungsprogrammen ermöglichen. Herr Minister, Sie sind darauf eingegangen. Deshalb will ich das an der Stelle nicht wiederholen.

Ein Hinweis auf die Tätigkeit der ISB sei mir aber noch erlaubt, weil das inzwischen das Instrument ist, das genannt wird, wenn es um eine erfolgreiche Mittelstandsförderung geht. Das ist auch ein Instrument, um das wir überall beneidet werden, wenn in anderen Bundesländern auf uns geschaut wird.

Das KfW-Mittelstandspendel vom November 2006 hat deutlich gemacht, dass trotz vieler Verbesserungen der Steuerreform aus dem Jahr 2000 – Herr Baldauf, Sie wissen, das war da, als das rot-grüne Chaos gerade in seiner besten Blüte war – die Finanzlage für einige der Betriebe nach wie vor leider problematisch aussieht. In diesem Zusammenhang ist es unerlässlich, dass die ISB weiter ihre Tätigkeit im Bereich der Vermittlung von Förder- und Kreditprogrammen über die Hausbanken ermöglichen konnte.

An dieser Stelle möchte ich auf einen Punkt eingehen, den Sie genannt haben, Herr Baldauf, nämlich den Mittelstandslotsen. Ich erinnere mich noch gut – solange bin ich noch gar nicht im Hause – an die Diskussion, die wir im Rahmen der Regierungserklärung zum Mittelstandslotsen geführt haben. Sie waren natürlich dagegen. Jetzt haben Sie gemerkt, dass er eine erfolgreiche Arbeit leistet, aber jetzt ist Ihnen das auch nicht recht.

Ich muss sagen, an der Tatsache, dass über 100 Unternehmen und Einzelpersonen sich an Herrn Knödler gewandt haben, wobei das in den meisten Fällen zu positiven Ergebnissen geführt hat, ist abzulesen, dass das ein gutes und passgenaues Instrument der Mittelstandsförderung ist. Wenn Sie damit ein Problem haben, kann Herr Knödler damit leben, und wir können damit eigentlich auch ganz gut leben.

(Beifall der SPD)

Ich komme zum Schluss und weise darauf hin, dass ich den Titel der Regierungserklärung, die wir eben gehört haben, „Menschen prägen Wirtschaft“ natürlich auch für den Ausdruck einer neuen Akzentuierung halte. Das ist eine neue Regierung.

(Beifall der SPD)

Wir erleben in vielen Diskussionen mit den Bürgern, dass die Politik des Laissez-faire, der ungehemmten und immer schneller verlaufenden Globalisierung mit all seinen Folgen, nämlich dann, wenn es gut läuft, sich das nur für einige wenige auszahlt, und dann, wenn es

schlecht läuft, der Sozialstaat als Reparaturbetrieb im Nachgang von Massenentlassungen und Strukturwandel die Scherben wieder zusammenkehren kann, von vielen Menschen als nicht mehr befriedigend angesehen wird. Wir alle wissen, dass auf Dauer eine solche Gesellschaft nicht zusammenhalten kann.

Deshalb ist es wichtig, nicht nur zu sagen, uns sind die Handlungsmaßstäbe verrutscht und wir können nichts mehr machen, sondern es muss gefragt werden: Wo können wir ansetzen? – Herr Minister, ich meine, all das, was Sie geschildert haben, zeigt deutlich, Politik kann etwas tun, und sie kann, wenn sie bei den Menschen ansetzt, tatsächlich Grundlagen schaffen für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort und damit auch für einen erfolgreichen Lebensstandort in Rheinland-Pfalz.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltend Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Eymael das Wort.

Abg. Eymael, FDP:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Hering ist zehn Monate Wirtschafts-, Verkehrs- und Agrarminister. Ich freue mich, dass er die heutige Regierungserklärung abgegeben hat und damit auch die Erfolge liberaler Wirtschafts-, Verkehrs- und Agrarminister zum Ausdruck gebracht hat.

(Beifall der FDP)

Ich meine, er hat sich mit diesen Erfolgen heute auch ein wenig geschmückt. Unsere liberalen Wirtschafts- und Verkehrsminister Rainer Brüderle und Hans-Artur Bauckhage haben in diesem Land Zeichen gesetzt.

(Beifall der FDP)

Hans-Artur Bauckhage ist der Mister Mittelstand. Das war unser Mittelstandslotse. Wir brauchten keinen eigenen Mittelstandslotsen. Der Minister hatte das selbst gemacht.

Meine Damen und Herren, es sind Zeichen gesetzt worden. Ich will nur schlagartig ein paar dieser Zeichen, Projekte und Initiativen erwähnen. Die ISB ist bereits genannt worden. Sie ist führend in Deutschland als Wirtschaftsförderungseinrichtung. Sie bietet eine gebündelte Wirtschaftsförderung aus einer Hand vom zinsgünstigen Kredit bis hin zur Bürgschaft und zur Beschaffung von mehr Eigenkapital für Existenzgründer an. Die ersten Existenzgründerinitiativen, die Anfang der 90er-Jahre gelaufen sind, waren vorbildlich.

Das gilt auch für die vielen Gewerbeansiedlungen, die dadurch möglich geworden sind und wodurch neue Arbeitsplätze in diesem Land geschaffen worden sind. Das ist insbesondere an den Hauptverkehrsachsen in diesem Land geschehen, die zu einem Großteil auch

ausgebaut worden sind. Das gilt für die Biotechnologie, die vorangebracht worden ist, bis hin zur grünen Gentechnik, bei der wir in diesem Land federführend sind. Das gilt auch für Landesgartenschauen und sonstige Großprojekte, die von Erfolg gekennzeichnet sind.

In der Verkehrspolitik gilt das insbesondere auch für den Rheinland-Pfalz-Takt. Wir werden genau aufpassen, dass dieses Vorbildmodell des Schienenpersonennahverkehrs nicht nur erhalten bleibt, sondern auch seine Qualität noch ein Stück weit verbessert wird und all das, was vorgesehen war, auch realisiert werden kann.

Die Mobilitätsmilliarde im Straßenbau war liberale Verkehrspolitik. Ich freue mich, dass Sie noch 5 % als Sahnehäubchen draufsetzen, Herr Minister. Es gibt gar keinen Zweifel, dass wir das begrüßen, weil der Landesstraßenbau zur Erschließung der ländlichen Räume immer wichtiger werden wird.

Die Probleme, die wir aufgrund der demografischen Entwicklung und der wirtschaftlichen Entwicklung haben, liegen nicht in den Ballungszentren, sondern in den ländlichen Räumen, meine Damen und Herren. Deshalb gilt es, eine hervorragende Verkehrserschließung vorzuhalten und neue Verkehrskonzepte zu entwickeln. Da spielt der Straßenbau natürlich eine herausragende Rolle.

Wir haben im Bundesfernstraßenbau Zeichen gesetzt. Die A 63 ist in dieser Zeit gebaut worden. Das Rhein-Main-Gebiet wurde mit der Westpfalz verbunden. Das bedeutet für den Donnersbergkreis einen Aufschwung und neue wirtschaftliche Dynamik. Es wurden Zeichen gesetzt bei der B 41 Richtung Idar-Oberstein und Birkenfeld.

(Hartloff, SPD: Ich wusste gar nicht, dass Sie ein Nostalgiker sind, Herr Kollege!)

Wir haben die B 10 wirklich stramm nach vorne gebracht. Wir haben den Bundesfernstraßenbau über Landesmittel mitfinanziert. Da waren wir vorbildlich in Deutschland. Das gilt auch für die Privatfinanzierung.

Ich will das alles nur erwähnen, damit es nicht untergeht.

(Pörksen, SPD: Dafür sorgen Sie schon! Das wissen wir!)

Wir haben auch den Flughafen Hahn gegen anfänglichen Widerstand des Koalitionspartners nach vorne entwickelt.

(Beifall der FDP –
Hartloff, SPD: Bei aller Liebe zur Nostalgie, aber das letzte war Unsinn!)

– Das war so.

Meine Damen und Herren, insofern haben wir schon einiges getan. Ebenfalls haben wir den Tourismus ein Stück fort- und weiterentwickelt durch eine Verselbstständigung der Tourismus GmbH.

(Unruhe bei der SPD)

– Ich habe gesagt, anfängliche Bedenken. Ich habe nicht von Widerstand gesprochen. Das war so.

(Zuruf des Ministerpräsidenten)

– Lieber Kurt Beck, reg Dich nicht auf. Du bist sensibler als sonst was. Ich verstehe das gar nicht. Das war so. Es ist gut, dass wir heute alle dahinterstehen.

Das haben Sie auch alles zum Ausdruck gebracht und erwähnt. Ich kann nur eines sagen: Herr Minister, bei dem, was Sie sich als Entbürokratisierung vorgenommen haben, werden Sie noch dicke Bretter bohren müssen, bis Sie Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften abschaffen und Genehmigungsverfahren vereinfachen werden. Das soll übrigens alles der Mittelstandslotse leisten.

Es wird ein hartes Stück Arbeit, wenn Sie die Clearingstelle und noch dergleichen mehr in Angriff nehmen wollen.

Meine Damen und Herren, wir wollen auch in die Zukunft blicken. Unser Hauptaugenmerk gilt den mittelständischen Betrieben und den kleinen und mittleren Unternehmen im Land. Davon haben wir über 170.000. Wir haben im mittelständischen Bereich Umsätze von rund 80 Milliarden Euro, mehr als 700.000 Sozialversicherungsbeschäftigte und 2005 55.884 Auszubildende im Mittelstand gehabt.

Das sind Erfolgskennziffern des Mittelstands in Rheinland-Pfalz. Deswegen wollen wir alles daransetzen, diesen Mittelstand auch weiterhin zu unterstützen. Wir brauchen eine Politik für Wachstum, und zwar für den Mittelstand und die kleinen und mittleren Unternehmen. Wir brauchen Politik für mehr Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, wir sind auch auf das stolz, was die mittelständischen Betriebe ausbilden. Die Ausbildungsquote liegt bei 77 %. Ich möchte an dieser Stelle auch einmal den kleinen und mittleren Betrieben, die mit der Ausbildung viel mehr Probleme als die Großbetriebe haben, herzlich dafür danken, dass sie Jahr für Jahr diese Leistung erbringen

(Vereinzelt Beifall bei der FDP,
der SPD und der CDU)

und Jahr für Jahr immer die Ausbildungsplätze mit einem hohen Prozentsatz an Hauptschülern besetzen, obwohl wir alle wissen, dass die Quote der Ausbildungsfähigen als schwierig zu betrachten ist. Wir müssen alles daransetzen, mehr Ausbildungsfähige zu bekommen.

Deswegen haben wir einen besonderen Antrag in Richtung Förderung der Hauptschule mit einem Bildungsgang gestellt, der mehr auf die praktischen Kenntnisse der Schülerinnen und Schüler ausgerichtet ist, damit sie einen entsprechenden Ausbildungsplatz bekommen und die Anforderungen dieses Ausbildungsplatzes erfüllen.

Das wird eine ganz entscheidende Aufgabe für die Zukunft sein, um den jungen Leuten eine Perspektive für die Zukunft zu geben. Herzlichen Dank den Unternehmen, aber auch herzlichen Dank denjenigen, die die

jungen Leute heute in den berufsbildenden Schulen ausbilden. In den berufsbildenden Schulen sind nicht immer die besten Verhältnisse. Es ist für die Lehrerinnen und Lehrer eine Riesenaufgabe, für eine entsprechend gute Ausbildung zu sorgen.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, die Struktur im rheinland-pfälzischen Mittelstand sieht so aus, dass der Handel und die produzierenden Gewerbe die größte Rolle spielen. Die beiden Wirtschaftsbereiche generieren fast zwei Drittel des Umsatzes insgesamt.

Wir haben bei der Entwicklung des Bruttosozialprodukts in Rheinland-Pfalz zwischen 2002 und 2005 eine hervorragende Entwicklung mit einer Steigerung von 3,54 % gehabt und waren damit auch deutlich stärker als die Nachbarländer Hessen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg.

Was die weiteren volkswirtschaftlichen Kennziffern betrifft, so sind wir bei der Arbeitslosigkeit immer gut dabei. Das heißt, wir haben die drittgünstigste Quote, und zwar nicht erst seit dem letzten Jahr. Über viele Jahre hinweg liegen wir nach Baden-Württemberg und Bayern an dritter Stelle. Auch das verdanken wir den mittelständischen Betrieben, die weniger Arbeitsplätze als die großen Industriebetriebe verlagern, die wir aber auch gern erhalten wollen.

Der Arbeitsplatz beim Mittelständler ist sicherer. Wir kämpfen darum, dass dieser erhalten bleibt und es durch Maßnahmen der Wirtschafts-, Verkehrs- und Mittelstandspolitik in diesem Land möglichst viele neue gibt.

Die Keimzelle eines jeden Aufschwungs und damit auch der Ursprung von Innovationen und Investitionen ist der Mittelstand. Hier wird Wachstum generiert und werden Arbeitsplätze geschaffen. Deswegen müssen wir in der Zukunft deutliche Signale für Wachstum und Beschäftigung setzen.

Meine Damen und Herren, es gilt auch, nach wie vor Unternehmensneugründungen tatkräftig zu unterstützen. Hier ist die Investitions- und Strukturbank gemeinsam mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau durch entsprechendes Eigenkapital, das zur Verfügung gestellt wird, und zinsgünstige Darlehen in der Verpflichtung. Auch das Instrument der Bürgschaft muss noch ein Stück weit ausgebaut werden. Ich glaube, dass noch Potenziale vorhanden sind, die man nutzen soll und muss.

Ich appelliere auch an die Bundesregierung, deutliche Signale für Wachstum und Beschäftigung zu setzen, und zwar auch, was die Steuerreform betrifft. Mein Kollege Jürgen Creutzmann wird zur Unternehmensteuerreform noch einige Anmerkungen machen. Das, was vorliegt, ist nach Einschätzung von Steuerexperten keine spürbare Verbesserung. Wir brauchen einfache und niedrige Steuersätze. Wir benötigen auch eine Unternehmenssteuerreform, von der der Mittelstand profitiert. Darum geht es uns in unserer liberalen Steuerpolitik.

(Beifall bei der FDP)

Die Wirtschaftsförderung soll so angelegt sein, dass die hierfür verausgabten Mittel Investitionen in die Zukunft sind, damit sie ihren eigenen Return on Investment erreicht. Die Wirtschaftsförderung muss gezielt umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, es muss klar sein, dass insbesondere in den technischen Fortschritt investiert werden muss. Das ist der Bereich, der im Land Rheinland-Pfalz auch zu Produktionsfortschritten verhilft. Deswegen ist es wichtig, dass der Wissenstransfer beispielsweise von Hochschulen in die Praxis verstärkt wird, Gründerzentren aus den Hochschulen entstehen, Forschungszentren unterstützt werden und unsere Technischen Hochschulen in der Zukunft wettbewerbsfähig bleiben. Unsere Fraktion hat ein Konzept zur weiteren Finanzierung unserer Hochschulen vorgeschlagen, damit die Wettbewerbsfähigkeit gewährleistet ist.

(Beifall bei der FDP)

Die Förderung der Aus- und Weiterbildung ist ein wichtiger Bereich. Ich glaube, wir werden in diesem Land am Dualen System festhalten müssen. Es hat sich im Sinne unserer Unternehmen und jungen Menschen vor Ort letztlich bewährt.

Meine Damen und Herren, wir können in den Bereichen der Investitionsförderung, der Hochtechnologie und der wissensintensiven Dienstleistungen noch mehr tun. Das sind zwei Bereiche, in denen ständig neue Arbeitsplätze geschaffen werden, die vor Ort verbleiben und nicht verlagert werden.

Deswegen gilt unser besonderes Augenmerk auch diesen Bereichen, insbesondere den Hightech-Betrieben. Es muss eine Standortpolitik unter Einbeziehung der vorhandenen Hightech-Betriebe betrieben werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das verarbeitende Gewerbe hat eine höhere Wertschöpfung als mancher Dienstleistungsbereich. Deswegen sind wir froh, dass wir das verarbeitende Gewerbe haben. Es trägt insbesondere dazu bei, dass unsere Exportquote in diesem Land besonders hoch ist. Sie war in den letzten Jahren immer an der Spitze der Bundesländer.

Wir sind stolz darauf, dass in diesem Land Produkte und Waren produziert werden, die weltweit nachgefragt werden. Dies hat dazu geführt, dass Rheinland-Pfalz, was die wirtschaftliche Entwicklung betrifft, immer wieder gut dagestanden und in den letzten Jahren deutlich gegenüber anderen Bundesländern aufgeholt hat.

Wir wissen alle, dass der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft anhält. Ich begrüße, dass im Bereich der Gesundheitswirtschaft neue Ansätze gefunden und entsprechende Clusterbildungen vorgenommen werden und man alle Beteiligten zusammenführt und versucht, gemeinsam im Gesundheitswesen Erfolg zu haben.

Der Tourismus ist eng daran gekoppelt. Der Tourismus in Rheinland-Pfalz spielt in unseren Feriengebieten eine große Rolle. Das sind in der Regel ländliche Regionen, wo wir weniger Industrie und produzierendes Gewerbe haben und deshalb dringend Arbeitsplätze brauchen.

Diese werden auch über den Tourismus sichergestellt. Neuerdings habe ich gelesen, es seien schon 190.000 Arbeitsplätze im Tourismus entstanden. Zu meiner Zeit waren es 150.000 Arbeitsplätze. Mit den 40.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen ging es relativ schnell. Wir wollen aber nicht darum streiten.

Das ist ein wichtiger Markt; denn jeder zehnte oder elfte Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz ist derzeit mit dem Tourismus verbunden. Wir müssen ansetzen, dies zu erhalten und weiter zu verbessern, um unser Land für die Gäste aus nah und fern noch attraktiver zu machen.

(Beifall der FDP)

Ich hoffe, dass die Tourismus Rheinland-Pfalz GmbH es schaffen wird, dieses Land in sich ein Stück weit neu für den Tourismus zu erschließen. Dazu gehören auch die Wander- und Radwege. Diese Programme sind eingeleitet worden. Ich freue mich, dass die neue Regierung das alles zum Erfolg des Tourismus in unseren herrlichen Kulturlandschaften fortsetzen wird.

Im Übrigen gehört dazu auch die Unterstützung unserer Weinwirtschaft. Die Weinwirtschaft spielt in unserem Land eine besonders große Rolle. Ich möchte auch den Winzerinnen und Winzern mein Kompliment aussprechen, weil sie es verstanden haben, gerade in den letzten 15 Jahren aufgrund ihrer erfolgreichen Qualitätspolitik den internationalen Ruf unserer Weißweine, aber auch unserer Rotweine weit voranzubringen, sodass sich heute im internationalen Wettbewerb die rheinland-pfälzische Weinwirtschaft sehen lassen und stolz auf das sein kann, was sie erreicht hat. Das hängt auch mit den Rahmenbedingungen zusammen, die sie im Land vorgefunden hat.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, wir müssen uns den ländlichen Räumen in der Zukunft stärker zuwenden. Ich will das ganz bewusst sagen, weil ich mir Sorgen mache.

Ich mache mir deshalb Sorgen, weil die Ansiedlungen, der Zuzug und der Abgang von Einwohnern in den verschiedensten Regionen Anlass zur Sorge geben. Wir erleben, dass sich die Menschen immer stärker in den Ballungsräumen konzentrieren oder in den Speckgürteln der Ballungsräume ansiedeln.

Wir merken, dass es eine Entleerung der ländlichen Räume und der Peripherie geben wird und schon gegeben hat. Wenn man überlegt, dass die demografische Entwicklung sagt, dass wir bis zum Jahre 2050 rund eine Million, vielleicht auch nur 500.000 an Einwohnern eventuell verlieren werden, dann wird es keine Entleerung der Ballungszentren – ganz im Gegenteil, dort haben wir heute noch Wachstum –, sondern eher eine weitere Entleerung der ländlichen Räume geben.

Deswegen wird es entscheidend sein, Standort-, Regional- und Strukturpolitik stärker noch auf die ländlichen Räume auszurichten. Wir werden genau beobachten, was Sie mit EFRE vorhaben, Herr Minister.

(Vizepräsident Schnabel übernimmt den Vorsitz)

Ich glaube schon, dass es dringend notwendig ist, dass wir Wirtschaftsförderung in der Westpfalz vorhalten, und zwar im umfänglichen Ausmaß, und wir im Bereich des Hochwaldes und der Eifel Wirtschaftsförderung brauchen. Trotz eines gut funktionierenden Flughafens Frankfurt-Hahn brauchen wir die auch weiterhin im Hunsrück.

Das wird von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der ländlichen Räume sein. Deswegen muss alles darangesetzt werden, dass unser Verkehrswegekonzept entsprechend weiter vorangetrieben wird. Wir brauchen mit allem Nachdruck den vierstreifigen Ausbau zum Beispiel der B 10 in diesem Land.

(Beifall des Abg. Mertin, FDP)

Dabei handelt es sich um eine ganz wichtige Verkehrsader. Pirmasens hat schon 20.000 Einwohner in den letzten 15 Jahren verloren. Wir müssen alles daransetzen, dass die Westpfalz als eine wichtige Region in Rheinland-Pfalz eine Zukunft hat.

Ich sage, sie braucht auch eine Zukunft. Das ist von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung gerade der sogenannten strukturschwachen Gebiete.

Meine Damen und Herren, ich habe vorhin schon erwähnt, dass natürlich der Schienenpersonennahverkehr und der öffentliche Personennahverkehr eine wichtige Rolle für uns spielen. Der Rheinland-Pfalz-Takt darf nicht ausgedünnt oder zerschlagen werden, sondern muss weiterentwickelt werden.

Das, was vorgesehen ist, zum Beispiel die Verlängerung der S-Bahn in Richtung Mainz oder in Richtung des badischen Bereiches, muss weiter vorangetrieben werden. Auch in der strukturschwachen Westpfalz muss die Strecke Homburg – Zweibrücken in Angriff genommen werden, um hier eine Zukunft für diese strukturschwache Region zu haben.

(Beifall der FDP)

Mobilität ist in der Tat ein gesellschaftliches Grundbedürfnis, an dem wir nicht vorbeikommen. Die Verkehrsinfrastruktur weiterzuentwickeln, ist eine herausragende Aufgabe für jede Landesregierung, auch für die, die Sie stellen.

Insofern möchte ich noch zwei Anmerkungen zu den Flughäfen machen. Gerade in den strukturschwachen Gebieten ist es wichtig, dass beide Flughäfen weiterentwickelt werden. Der Flughafen Hahn – an dem Sie natürlich auch beteiligt gewesen waren, Herr Ministerpräsident – – –

(Ministerpräsident Beck: Das ist aber nett, dass wir auch dabei waren, zumindest ein bisschen, bei der Regierung! –
Hartloff, SPD: Als kleine Regierungspartei ein klein bisschen teilgenommen!)

– Ja, natürlich, ich gebe es ja zu. Ich bin ja friedlich heute. Sie müssen mich heute einmal loben, Herr Ministerpräsident.

(Frau Spurzem, SPD: Es war einmal!)

Wenn ich mir den Antrag der SPD-Fraktion zum Abschluss noch einmal vornehme – – – Der Kollege Herr Creutzmann hat mich in der Fraktionssitzung gefragt, ob ich den Antrag der SPD-Fraktion geschrieben habe. Das ist das größte Kompliment für Ihren Antrag, meine Damen und Herren der SPD-Fraktion.

(Hartloff, SPD: Nee! Nee! –
Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Wir werden ihm zustimmen. Sie werden es nicht glauben, wir stimmen dem Antrag zu, weil er gut ist und genau das beinhaltet, was ich vorgetragen habe.

(Hartloff, SPD: Fast schon
ein unsittlicher Antrag!)

Wir haben heute ein Bekenntnis für den Mittelstand abgelegt, ein Bekenntnis für diesen Standort, für die Menschen, für die Arbeitnehmerinnen und -nehmer in diesem Land und für die vielen Unternehmer, die hier immer wieder bereit sind – obwohl die Rahmenbedingungen nicht immer positiv sind –, zu investieren, ein Risiko einzugehen und zusätzliche Arbeitsplätze zu stellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP –
Pörksen, SPD: Ein sehr verhaltener Beifall,
Herr Kollege! –
Hartloff, SPD: So kennt er seine Brüder
und Schwestern!)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Mohr.

Abg. Frau Mohr, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das sind ja ganz neue Sitten, offensichtlich sind der CDU die Worte ausgeblieben.

(Lelle, CDU: Noch zwei Minütchen!)

Herr Eymael, ich bedanke mich noch einmal für die Ausführung. Das zeigt, dass wir an Bewährtem anknüpfen, eine gewisse Seelenverwandtschaft hat ja schon bestanden.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das sieht der
Ministerpräsident aber ganz anders!)

Die Regierungserklärung des Wirtschaftsministers hat gezeigt, dass wir an Bewährtem anknüpfen, aber auch durchaus in der Lage sind, eigene Akzente zu setzen,

und unsere Wirtschaftspolitik human orientiert ausrichten.

Ich denke, es ist wesentlich zu erwähnen, dass wir auch weiterhin die guten Kontakte zu Arbeitnehmerinnen und -nehmern, Arbeitgeberinnen und -gebern, aber auch zu den Vertretungen pflegen. Das ist in unseren Augen ein wesentlicher Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Das gilt für die Großunternehmen, für die kleinen, aber auch für die mittleren Unternehmen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den regen Dialog, den die Ministerien und der Ministerpräsident im Rahmen der EU-Chemikalienverordnung REACH geführt haben, aber auch im Rahmen des Allokationsplans II. Dies stellen ganz wichtige Dinge für die Großindustrie in Rheinland-Pfalz, aber auch auf der anderen Seite existenzielle Entscheidungen für die kleinen und mittleren Unternehmen dar.

Mein Kollege Schweitzer hat es schon auf den Punkt gebracht. Rheinland-Pfalz gehört in die wirtschaftliche Spitzengruppe der Bundesländer. Das ist eine Belobigung, die uns von externen Instituten zugeeignet wurde.

Ich denke, es ist richtig, wenn man die Erfolge des Landes sieht. Die einzelnen Zahlen möchte ich in diesem Zusammenhang nicht erwähnen.

Wir sind stolz, als Aufsteigerland bezeichnet zu werden. Wir wissen aber auch, dass sich daraus Herausforderungen ergeben, die wir auch in Zukunft zielgerichtet annehmen werden.

Die Menschen in Rheinland-Pfalz erwarten von uns, dass wir den Wirtschaftsstandort weiter nach vorn bringen, damit man auch in Zukunft in Rheinland-Pfalz gut arbeiten und leben kann; denn nicht nur die harten, sondern auch die weichen Standortfaktoren spielen bei der Ansiedlung von Betrieben immer mehr eine entscheidende Rolle.

Rheinland-Pfalz hat eine hohe Lebensqualität zu bieten, deshalb verstehe ich auch nicht die Vorwürfe der CDU, die immer wieder gebracht werden, dass wir eine zu hohe Auspendlerquote haben.

(Beifall bei der SPD –

Billen, CDU: Das ist eine Feststellung, Frau Kollegin Mohr! Mehr war das nicht! Das war doch Ihr Minister!)

Ich verstehe sowieso nicht, wie man in Bezug auf Wirtschaftspolitik überhaupt in eng begrenzten Räumen denken kann. Die EU öffnet sich, denkt in Großregionen, und die CDU im Land beginnt gerade in Bezug auf die Wirtschaftsräume in ein Steinzeitdenken zu verfallen, um die Höhle herum.

(Beifall der SPD –
Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir machen in Rheinland-Pfalz eine moderne Wirtschaftspolitik. Das hat sich auch in der Debatte gestern gezeigt.

Wir sehen es als Herausforderung an, die Ökonomie, Ökologie und die Lebensqualität im Land zu verbessern und in Einklang zu bringen.

Wir werden uns diese Aufgabe auch in Zukunft zielgerichtet stellen.

(Wirz, CDU: Euch bleibt auch gar nichts anderes übrig! Das ist auch eure Aufgabe!)

Meine Damen und Herren, zumeist sind es die großen Konzerne, die in die Schlagzeilen geraten und im Rampenlicht stehen. Doch wir alle wissen, dass das Rückgrat der rheinland-pfälzischen Wirtschaft der Mittelstand ist. Einem SWR-Medienbericht zufolge konnte man am Montag lesen:

„Dem Mittelstand geht es gut. Rund 86 % der rheinland-pfälzischen Mittelständler bewerten ihre aktuelle Geschäftslage einer Umfrage zufolge als überwiegend positiv. In Sachen Optimismus aber haben die rheinland-pfälzischen Mittelständler im Vorjahresvergleich sogar zugelegt und liegen damit sogar über dem Bundesdurchschnitt.“

Die Wirtschaftsstruktur unseres Landes erhält durch die Vielzahl dieser kleinen und auch kleinsten Unternehmen ein ganz besonderes Gepräge. Der rheinland-pfälzische Mittelstand ist insgesamt nicht nur der größte private Arbeitgeber im Land, sondern er liegt mit seinem Beschäftigungsanteil sogar über dem Bundesdurchschnitt. Deshalb kommt den kleinen und auch den kleinsten Unternehmen in der Fläche eine sozio-ökonomisch bedeutende Rolle zu. Ich denke nur an die vielen Konversionsprojekte, die ganze Regionen wieder in eine positive wirtschaftliche Lage und Entwicklung gebracht haben.

(Beifall der SPD)

Durch diese Konversionsprojekte, die hauptsächlich auch auf den Mittelstand ausgerichtet waren, ist in Regionen wie der Westpfalz sowie auch im Raum um Pirmasens herum ein wesentlicher Strukturwandel eingetreten, und die Beschäftigungsentwicklung hat sich sehr zum Positiven und sehr zum Wohle der Menschen in diesen Regionen entwickelt.

Meine Damen und Herren, wir sehen eine große Chance der Förderung des Mittelstandes, der kleinen und mittleren Unternehmen, der Handwerksbetriebe, aber auch der Selbstständigen in einer verstärkten Annahme des Gebäudesanierungsprogramms des Bundes. In diesem Bereich liegt in Rheinland-Pfalz noch eine große Ressource brach. Staatsministerin Frau Conrad hat gestern gesagt, dieses Programm ist im Land noch nicht optimal angenommen worden. Durch diese neue Mitmachkampagne, die die Landesregierung jetzt initiiert hat, werden neue Gruppen angesprochen. Das bedeutet Wertschöpfung, das bedeutet aber auch, die Wertstoffkette in der Region zu halten, indem sich mittelständische Unternehmen oder Handwerksbetriebe verstärkt an der Sanierung der Gebäude beteiligen.

Man kann uneingeschränkt sagen, der Mittelstand mit seinen stolzen 172.000 Unternehmen im Land ist die

Seele der Wirtschaft von Rheinland-Pfalz; denn mehr als 700.000 Menschen erhalten hier sozialversicherungs-pflichtige Löhne.

Die Landesregierung trägt durch die Schaffung von guten Rahmenbedingungen dazu bei, diesen Erfolg zu konsolidieren und auszubauen. Das Instrument dazu ist eine zielgenaue und wachstumsorientierte Wirtschaftsförderung. Ich kann die Vorwürfe, die Herr Baldauf gemacht hat, es werde nur nach dem Gießkannenprinzip verfahren, in keiner Weise nachvollziehen. Vielmehr denke ich, durch die Regierungserklärung von Staatsminister Hering ist ganz deutlich geworden, dass wir eine Schwerpunktbildung machen,

(Billen, CDU: Wo?)

wir in Bezug auf die Clusterbildung verstärkt fördern und auch verstärkt initiieren werden und wir in den Bereich der Verkehrsinfrastruktur investieren werden, sodass diese Instrumentarien zum Wohle unserer Wirtschaft und unserer Unternehmen eingesetzt werden.

(Beifall der SPD)

In Bezug auf den Vorwurf von Herrn Baldauf in seinen Ausführungen, im Land sei eine Vielzahl von Wirtschaftsförderprogrammen vorhanden, die EU-Programme kämen hinzu und dadurch sei mittlerweile eine sehr unüberschaubare Materie entstanden, nehme ich gern den Ball auf.

(Zurufe von der CDU: Den Baldauf!)

Ich denke, es wäre dem Ministerium unbenommen, einmal eine Auflistung zu erstellen. Wenn die Zahl der Förderprogramme tatsächlich unüberschaubar wird, ist es auch im Interesse des Ministeriums sowie im Interesse der Wirtschaft, das Ganze zu konzentrieren. Insofern äußere ich die Bitte, dies zu prüfen und gegebenenfalls eine Konzentration der einzelnen Förderprogramme herbeizuführen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, im Rahmen der Wirtschaftsförderung kommt auch den Kommunen eine große Bedeutung zu. Rheinland-Pfalz gehört zu den drei Bundesländern mit der höchsten Unternehmensdichte. Dabei sind 92 % unserer Unternehmen sogenannte Kleinstunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten. Aber gerade diese Kleinstunternehmen haben eine starke regionale Verhaftung. Das heißt, diese Unternehmen können weniger schnell reagieren und auf die Gesetze der Globalisierung oftmals nur sehr verhalten reagieren.

Ich denke, deshalb ist die Förderung durch die Beauftragung von Kommunen für diese Unternehmen auch von Wichtigkeit. Des Weiteren sollten die Prozesse vor Ort – sei es bei der Erschließung, sei es bei den Genehmigungsverfahren – rasch vonstatten gehen.

Die Kommunen des Landes sind nicht nur Auftraggeber für die Wirtschaft über ihren Investitionshaushalt, sondern sie sind auch ein wichtiges Element im Rahmen

einer guten Positionierung um eine gute Standortpolitik im Bundeswettbewerb.

Wir in Rheinland-Pfalz haben schon früh erkannt, dass die Mittelstandsfreundlichkeit von Kommunen, aber auch von Behörden eine wichtige Kenngröße für den wirtschaftlichen Erfolg gerade der kleinen und mittleren Unternehmen ist. In diesem Bereich gilt immer noch der alte Spruch: „Zeit ist Geld“, und „Kooperation verkürzt die Wege“.

Deshalb sind wir froh darüber, dass es in Rheinland-Pfalz mittlerweile nur noch 390 Verwaltungsvorschriften gibt. Der Wust an Verwaltungsvorschriften ist schon abgebaut worden. Ich denke, es ist sinnvoll, auch weiterhin konzentriert daran zu arbeiten im Sinne aller Beteiligten; denn die Verfahren verkürzen sich, und die Effizienz wird gesteigert.

Meine Damen und Herren, ich möchte gerade in diesem Zusammenhang ein Beispiel aus der Westpfalz erwähnen, wo es aufgrund kurzer Wege im Land gelungen ist, einen sehr großen Betrieb anzusiedeln. Das muss deshalb erwähnt werden, weil das Land Rheinland-Pfalz, in diesem Falle der Standort in der Westpfalz, in direkter Konkurrenz zu dem Standort im Saarland stand und dieses Unternehmen sich für Rheinland-Pfalz entschieden hat, weil wir pragmatisch vorgehen, weil die Wege kurz sind und die Förderbedingungen in Rheinland-Pfalz an die Unternehmen angepasst sind. Ich denke, dies ist eine gute Entwicklung und ein gutes Zeichen. Die Regionen entwickeln sich weiter, und wir begleiten sie von dieser Stelle aus.

(Beifall der SPD)

Wie marktgerecht und flexibel die politischen Entscheidungen in Rheinland-Pfalz sind, zeigen auch die begrenzten Sonntagsöffnungszeiten am Flughafen Zweibrücken. Sie sind für die Wirtschaftsregion der Westpfalz enorm wichtig. Läden und Einkaufszentren im näheren Einzugsgebiet des Flughafens Zweibrücken dürfen nun an besonderen Sonntagen in den Oster-, Sommer- und Herbstferien in der Zeit von 11:00 Uhr bis 20:00 Uhr geöffnet sein. Die Ausnahmeregelung für das nähere Einzugsgebiet des Flughafens Zweibrücken trägt dem steigenden Passagieraufkommen und damit auch dessen wirtschaftlicher Bedeutung für die Region Rechnung. Das ist ein deutlicher strukturpolitischer Impuls auch für die Region Westpfalz.

(Beifall der SPD)

Wir sind stolz auf den Flughafen Zweibrücken, stolz auf seine Entwicklung. Sicher mögen die Grundlagen schon in früheren Zeiten gelegt worden sein, aber gerade im letzten Jahr hat dieser Flughafen eine enorme dynamische Entwicklung genommen und bringt der Region sehr viele fruchtbare Impulse, auch in Bezug auf kleine und mittlere Unternehmen.

Meine Damen und Herren, ein weiteres Beispiel für eine gut funktionierende Wirtschaftspolitik ist, denke ich, das Entwicklungskonzept Hunsrück. Anhand dieser Maßnahme sieht man, wie gut Wirtschaftspolitik funktionieren kann. Diese Maßnahme steht am Anfang. Diese Maß-

nahme muss über Dialoge begleitet werden – das ist außer Frage – und muss mit den Akteuren in der Region abgestimmt sein.

Weil die Ministerien in Rheinland-Pfalz aber miteinander Aufgaben lösen und viele Projekte als Querschnittsaufgaben über alle Ministerien hinweg bearbeitet werden, lassen die Erfolge auch nicht auf sich warten.

Die Ministerien arbeiten Hand in Hand, um die Wirtschaftskraft der Regionen unseres Landes zu stärken. Das ist gut so; denn hier werden Synergieeffekte ausgenutzt, und es kommt auch nicht zu Kompetenzverschiebungen in den einzelnen Bereichen.

(Beifall bei der SPD –
Licht, CDU: Das „Hand-in-Hand“ hat dazu
geführt, dass wir den Hochmoselüber-
gang noch nicht haben! Leider!)

Meine Damen und Herren, wie wichtig dem Land die Förderung der Regionen ist, sieht man auch am Beispiel des Flughafens Hahn insgesamt; denn mit diesem Bewilligungsbescheid, der jetzt für den Zweckverband – ich glaube, es ist ein Zweckverband – erteilt wurde

(Bracht, CDU: Ja!)

– ich müsste mich jetzt noch genauer informieren, Sie bestätigen das –, denke ich, wird in diese Region eine neue Dynamik kommen.

(Licht, CDU: Das ist aber nicht der Erste!
Die Millionen waren gut, und es werden
weitere folgen müssen!)

– Ich denke aber schon, dass Sie das positiv auch von Ihrer Seite aus sehen müssen. Jede Investition lohnt sich und wird zu einem Multiplikationseffekt führen. Ich hoffe, Sie werden das positiv werten, aber in dieser Region auch nicht zu unverschämt werden; denn wir haben auch andere Regionen in diesem Land

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Ja, das stimmt!)

– das möchte ich jetzt einmal von dieser Seite aus sagen –, die auch ihre Probleme haben.

(Licht, CDU: Wenn Sie klug wären, würden Sie
kaufmännisch darauf antworten! Wenn ich
investiere, muss ich mir überlegen, wo die
besten Zinsen herauspringen!)

– Natürlich.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch auf einen wesentlichen Punkt kommen, nämlich die Energiepolitik. Gerade in der jüngsten Zeit ist durch die Preiserhöhung bei den Energien und den Energierohstoffen das Thema der Energiepolitik zu einem wichtigen Thema für die Betriebe geworden. Energiepolitik ist Wirtschaftspolitik, ist Standortpolitik, aber auch Umweltpolitik. Mit der Endlichkeit der Ressourcen und der damit einhergehenden Verknappung werden auch die Energierohstoffpreise immer teurer. Aber nicht nur die Frage, was ich für meinen Energieverbrauch zahle, muss die

wirtschaftliche Fragestellung sein, sondern auch die Frage, wie ich meinen Energieverbrauch senke.

Energieeffizienz lässt sich insbesondere sektoral gezielt erhöhen, zum Beispiel durch die Förderung neuer Technologien oder durch neue Verbrauchsstandards für Anlagen, Geräte oder auch für Verkehrsmittel. Das zahlt sich auch in den Betrieben selbst als bare Kasse aus.

Umwelttechnologien und Kompetenzen bei der Nutzung erneuerbarer Energien, wie wir sie im Lande haben, Herr Baldauf, sind Wachstumsbranchen mit großen Exportchancen.

Sie haben uns vorgeworfen, dass wir im Bereich dieser Umwelttechnologien zu wenig Kompetenzen besitzen. Ich muss Ihnen widersprechen, das ist nicht so.

Wir haben mit dem Umweltcampus in Birkenfeld, der TSB in Bingen, dem Kompetenzzentrum Geothermie an den Universitäten und der FH Bingen und EOR in Kaiserslautern ganz kompetente Partner, die auch ihr Wissen in die Wirtschaft bringen.

Mit Schott und juwi, um nur einige große Betriebe zu nennen, haben wir private Unternehmen mit hoher Kompetenz und hohen Exportanteilen. Ich denke, Sie sollten sich gerade in diesem Bereich noch etwas sachkundig machen und Ihre Meinung gegebenenfalls auch noch etwas modifizieren.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ein großes Anliegen von mir ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf; auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung, auf den Mangel an Fachkräften, mit dem unsere Unternehmen in der Zukunft rechnen müssen und der auch eintreten wird, kommt der Kompetenz von Frauen in der Berufswelt eine hohe Bedeutung zu. Frauen sind oftmals sehr gut qualifizierte Mitarbeiter, die ihren Beruf bzw. ihren Arbeitsplatz verlassen, weil sie sich der Erziehung der Kinder und der Versorgung der Familien annehmen.

Nur knapp 40 % der Frauen, die vorher erwerbstätig waren, kehren an ihren Arbeitsplatz zurück, Frauen in die oftmals die Gesellschaft, aber auch die Familien viel Geld für die Ausbildung investieren haben. Ich denke, keine Gesellschaft kann es sich leisten, auf dieses Potenzial zu verzichten.

Vor diesem Hintergrund ist es angebracht, weiterhin nach flexiblen Lösungen vor allem auch bei der Wirtschaft und nicht nur beim Staat zu suchen. Die Elternzeit darf nicht zum Handicap werden, sondern die Elternzeit muss auch eine Möglichkeit bieten, erneut und erfolgreich in einem Beruf zu starten.

Dazu gehört, dass wir auch flexible Arbeitsplätze, flexible Arbeitszeiten anbieten. Dazu gehört eine Ausweitung der Teilzeit. Dazu gehört aber auch, dass wir im Bereich von Telearbeitsplätzen vermehrt Potenziale schaffen.

Meine Damen und Herren, junge Frauen und Männer wünschen sich vermehrt Angebote in diesem Bereich, um dem Anspruch von Familie und Beruf gerecht zu

werden. Es ist leider so, dass sich in Rheinland-Pfalz noch zu wenige Betriebe an einer Auditierung in Bezug auf Familie und Beruf beteiligen. Wir wünschen uns, dass diese Auditierung weiter fortgeführt und ausgebaut wird. Wir danken dem Ministerium für die Veranstaltungen, die jetzt gerade in Bezug auf die Aufklärung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durchgeführt werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss noch etwas zum Entschließungsantrag der FDP sagen. Er stammt noch aus dem letzten Jahr. Es war ein Entschließungsantrag anlässlich der Haushaltsberatungen. Wir sehen darin einen soliden Beitrag auch zur Fortführung unserer Wirtschaftspolitik heute. Ich habe gesagt, die Wirtschaftspolitik knüpft an Bewährtes an, setzt das fort, was an Gutem vorhanden war – das steht außer Frage – und wird neue Impulse und neue Akzente setzen. Deshalb denke ich, es ist gut, dass wir diesen Antrag gemeinsam bescheiden können. Wir werden diesen Antrag annehmen.

Meine Damen und Herren, die Wirtschaftspolitik in Rheinland-Pfalz ist auf einem guten Weg. Wir schauen optimistisch in die Zukunft, getragen auch vom allgemeinen Wirtschaftsklima, das uns umgibt. Ich denke, wir haben einen richtigen Weg gewählt, indem wir uns den Menschen in der Wirtschaft nähern, den Menschen mitnehmen und an den Entscheidungen beteiligen.

Meine Damen und Herren, Wirtschaft steht nicht für die Wirtschaft alleine, sondern die Wirtschaft ist für den Menschen da. Der Mensch lebt von der Wirtschaft, aber der Mensch trägt auch die Wirtschaft. In diesem Sinne denke ich, dass wir noch zu einer weiteren Aussprache kommen werden.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Kollege Creutzmann.

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Rahmen der Beratung der Regierungserklärung des 8. Mittelstandsberichts der Landesregierung hat mich meine Fraktion gebeten, etwas zu dem Thema „Auswirkungen der Unternehmensteuerreform auf den rheinland-pfälzischen Mittelstand“ zu sagen. Die steuerlichen Rahmenbedingungen müssen für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik stimmen. Das weiß jeder.

Auf den Antrag der CDU-Fraktion will ich nicht eingehen. Ich glaube, Sie haben ihn zurückgezogen. Es hätte nicht gelohnt. Das macht wenig Sinn.

Zur Sache selbst: Die Unternehmensteuerreform wurde am Mittwoch vom Bundeskabinett verabschiedet. Kern ist die Senkung der Körperschaft- und Gewerbesteuer unter die Marke von 30 %. Damit soll Deutschland für internationale Investoren attraktiver gemacht werden.

Die Anreize für Konzerne, Gewinne ins Ausland zu verlagern, sollen sinken. Für Personenunternehmen, die selbst nicht steuerpflichtig sind, wird ein neuer Thesaurierungstarif eingeführt. Im Unternehmen investierte Gewinne werden den Plänen nach zur Folge zunächst mit 29,8 % inklusive Solidaritätszuschlag besteuert. Werden diese Gewinne später ausgeschüttet, müssen sie allerdings nachversteuert werden. Unter anderem wird dazu eine Abgeltungssteuer für alle Kapitaleinkünfte, also auch für Zinsen, Dividenden und Veräußerungsgewinne, eingeführt. Die Gewinne, die nicht thesauriert werden, müssten von den Unternehmen hingegen mit dem persönlichen Einkommensteuersatz wegen der Reichensteuer und Solidaritätszuschlag versteuert werden, also mit maximal 47,5 %.

Meine Damen und Herren, ist diese Unternehmensteuerreform nun für den rheinland-pfälzischen Mittelstand günstig? Auf den ersten Blick sieht die geplante Senkung der Unternehmensteuer von heute rund 39 % auf knapp unter 30 % verlockend aus. Doch tatsächlich steckt der Teufel im Detail. Der deutlichen Senkung der Steuersätze stehen umfassende Gesetzesänderungen zur Gegenfinanzierung gegenüber. Damit soll die Bruttoentlastung von fast 30 Milliarden Euro auf rund 5 Milliarden Euro begrenzt werden. Mittelfristig will das Bundesfinanzministerium die anfänglichen Steuermindereinnahmen sogar mehr als kompensieren.

Da der rheinland-pfälzische Mittelständler im Gegensatz zu großen internationalen Konzernen nicht einfach seinen Unternehmensstandort ins Ausland verlagern kann, auch keine Verschiebung der Gewinne und Aufwendungen von einem Land ins andere Land vornehmen kann, muss man bei der Beurteilung der Unternehmensteuerreform für den Mittelstand auf die Unternehmensrechtsform und die Bilanzstrukturen der Unternehmen im Wesentlichen eingehen.

Nach Berechnungen der Steuerexperten des Zentrums für die Europäische Wirtschaftsforschung und der Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers kann von einer spürbaren Verbesserung der steuerlichen Standortbedingungen durch die Unternehmensform keine Rede sein. Ich zitiere: „Die Reform 2008 liegt damit im Trend vergangener Reformen: Die Entlastungen auf der für internationale Konzerne bedeutsamen Unternehmensebene werden teilweise durch Mehrbelastungen für in Deutschland ansässige Anteilseigner kompensiert.“ – Die Steuerreform führt dazu, dass die Bedeutung der Gewerbesteuer steigt, während die der Körperschaftsteuer sinkt. Da der Gesetzgeber auf die Höhe der Gewerbesteuer nur bedingt Einfluss hat, da jede Kommune den letztendlich für die Belastung entscheidenden Hebesatz selbst festlegen kann, besteht die große Gefahr, dass einzelne Gemeinden versuchen werden, ihre Gewerbesteuermindereinnahmen durch höhere Hebesätze zu kompensieren. Das Ergebnis wäre dann, dass die von der Bundesregierung geplante Entlastung spürbar geringer ausfallen wird.

Derzeit liegt der Hebesatz bei der Gewerbesteuer im Bundesdurchschnitt bei rund 400 %. In den Städten liegt er bei rund 432 %. Um die Gewerbesteuererinnahmen konstant zu halten, müsste der bundesdurchschnittliche Hebesatz von heute 400 % auf 476 % steigen, der

durchschnittliche Hebesatz in den größeren Städten von 432 % auf 580 %. Damit würden die Tarifbelastungen nicht, wie von der Bundesregierung angestrebt, auf knapp 30 % bzw. 31 % in den Städten sinken, sie wäre dann fast 3 Prozentpunkte höher. Im Klartext heißt dies, ob eine Steuerentlastung der rheinland-pfälzischen Unternehmen stattfinden wird, hängt also auch vom Verhalten der rheinland-pfälzischen Städte und Gemeinden ab, wie sie den Steuerausfall bei der Gewerbesteuer kompensieren wollen.

Herr Staatsminister Deubel, so ist es. Wir sind gespannt, ob die Kommunen ihren Hebesatz in voller Breite erhöhen oder nur zum Teil oder versuchen werden, dies durch Ausgabeneinsparungen zu kompensieren.

Als viel problematischer sieht die FDP-Fraktion die durch die Unternehmensteuerreform voraussichtlich ausgelöste Strukturveränderung in der mittelständischen Wirtschaft an. Die von der Bundesregierung geplante Steuerreform dürfte zahlreiche deutsche Personengesellschaften in die Rechtsform einer Kapitalgesellschaft drängen. Dies gelte vor allem für große und ertragsstarke Unternehmen, so das Ergebnis des „Handelsblatt“-Reformchecks.

Verantwortlich für die Ungleichbehandlung der verschiedenen Rechtsformen ist auch die geplante Abgeltungssteuer. Sie begünstigt Kapitalgesellschaften. Anteilseigner, die ihrem Unternehmen einen Kredit geben, müssen die empfangenen Zinsen lediglich mit dem geringen Abgeltungssteuersatz von 25 % inklusive Solidaritätszuschlag von 26,37 % versteuern. Die Abgeltungssteuer wird den Anreiz setzen, den Unternehmen Kapital zu entziehen; denn die Thesaurierungsrücklage lohnt sich allenfalls bei sehr hohen Gewinnen und sehr langen Thesaurierungsdauern.

Sollte die Unternehmensteuerreform tatsächlich dazu führen, dass den Unternehmen Kapital entzogen wird, dann nutzen alle Programme zur Eigenkapitalstärkung nichts. Da die Steuerreform die Belastung der Kapitalgesellschaften deutlich senkt, während die der Personengesellschaften leicht steigt, hat dies unter dem Strich zur Folge, dass letztendlich die Kapitalgesellschaften zur vorteilhafteren Rechtsform werden.

Lediglich für kleine Unternehmen bleibt die Personengesellschaft attraktiv. Dies könnte dazu führen, dass die Verantwortung eines Unternehmers für sein Unternehmen nicht gestärkt wird. Eine Personengesellschaft, bei der der Eigentümer mit seinem Privatvermögen haftet, bringt eine andere unternehmerische Einstellung zutage als bei Kapitalgesellschaften, die lediglich mit dem Stammkapital haften.

Laut „Handelsblatt“ warnt der Handwerksverband derweil vor einer Mittelstandslücke. Herr Glos macht das auch, Herr Steinbrück bestreitet dies. Der Handwerksverband sagt: Rund 88 % der Personenunternehmen würden durch die Reform nicht ent- sondern belastet. Von der Thesaurierungsrücklage würden allenfalls 2 % der Betriebe profitieren. Die Ansparabschreibungen könnte weitere 10 % nutzen. Alle anderen Personenunternehmen müssten die Entlastung der Konzerne über schlechtere Abschreibungsbedingungen finanzieren.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Nachteil der Unternehmensteuerreform ist die von der Bundesregierung neu eingeführte sogenannte Zinsschranke. Allein die neue Zinsschranke soll dem Fiskus gut 1 Milliarde Euro zusätzlich einbringen. Sie beschränkt den Zinsabzug auf 30 % des Gewinns vor Zinsaufwand und Ertrag. Falls die Grenze überschritten wird, kann der Nettoszinsaufwand in den betroffenen Jahren nicht mehr abgesetzt werden. Allerdings ist er unbegrenzt für spätere Jahre vortragsfähig. Die Vorschrift gilt grundsätzlich für die Kapital- und Personengesellschaften. Man muss sagen, um den Mittelstand auszuklammern, ist eine Freigrenze von 1 Million Euro Nettoszinsaufwand vorgesehen.

Meine Damen und Herren, ob die Zinsschranke, die hauptsächlich internationale Konzerne treffen soll, greift, dürfte allerdings fraglich sein. Die sehr komplexe Neuregelung ist sehr streitanfällig und mit viel Bürokratie für Unternehmen und Finanzverwaltung verbunden.

Auch die Wirksamkeit ist zumindest fraglich. Die betroffenen Konzerne werden versuchen, Zinsaufwand etwa durch Leasingzahlungen zu vermeiden. Zudem kann die Zinsschranke dadurch umgangen werden, dass die Eigenkapitalquote etwa durch Einlagen oder Verringerung der Bilanzsumme so zu erhöhen, dass die sogenannte „Escape-Klausel“ greift. Kann der Konzern nachweisen, dass die Eigenkapitalquote des Konzerns insgesamt nicht höher als im deutschen Betrieb ist, greift die Zinsschranke nicht.

Wie man eine Eigenkapitalquote „manipulieren“ kann, zeigt gerade das von der Landesregierung aufgelegte Programm „Mitarbeiterbeteiligung RLP plus“. Ob diese Zinsschranke allerdings einer verfassungsrechtlichen Überprüfung standhalten wird, wird sich zeigen müssen; denn die mögliche Substanzbesteuerung ist ein klarer Verstoß gegen das verfassungsrechtlich verankerte Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit.

Darüber hinaus dürfte die Zinsschranke mit dem EU-Recht kollidieren. EU-weit agierende Konzerne werden anders behandelt als nur in Deutschland ansässige Unternehmen. Es besteht die Gefahr, dass der Europäische Gerichtshof diese Gesetzesänderung für nicht rechtmäßig erklären wird, weil sie gegen die Niederlassungs- und Kapitalverkehrsfreiheit innerhalb der EU verstößt.

Meine Damen und Herren, dann fehlt dem Staat wieder eine Milliarde Euro an Steuereinnahmen. Ich hoffe nicht, dass das auf die Bundesregierung zukommt. Wir haben das gestern bei der Pendlerpauschale diskutiert. Das wäre natürlich der nächste GAU, einmal bei der Pendlerpauschale 2,5 Milliarden Euro und dann bei der Zinsschranke 1,0 Milliarden Euro.

Nachteilig für die rheinland-pfälzischen mittelständischen Unternehmen dürfte sein, dass die degressive Abschreibung abgeschafft wird. Außerdem gilt die Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter nur noch dann, wenn deren Wert 100 Euro nicht übersteigt. Bisher waren es 410 Euro. Änderungen der Abschreibungsregelungen ändern die Gesamtsteuerbelastung in der

Regel nicht, sondern haben nur Einfluss auf den Zeitpunkt der Steuerzahlung.

(Glocke des Präsidenten –
Pörksen, SPD: Jawohl! Bravo, Herr Präsident!)

Daraus resultieren Zins- und Liquiditätseffekte.

(Erneut Glocke des Präsidenten)

– Ich will mit dem Fazit schließen, das von Koch und Steinbrück erarbeitete Unternehmen „Steuerreform“ hilft den rheinland-pfälzischen Unternehmen nicht, die Steuerentlastung – so schrieb das „Handelsblatt“ – ja ein wenig, gerade noch befriedigend, mehr Bürokratie. Allein die Bundesregierung – das Bundesfinanzministerium – schätzt 72 Millionen Euro mehr an Bürokratiekosten für die Wirtschaft usw.

(Frau Spurzem, SPD: Ist es jetzt gut?)

Ich will nicht bestreiten, dass der – – –

(Heiterkeit bei Finanzminister Professor Dr. Deubel)

– Herr Kollege Deubel, Sie lachen. Ich sage das nur – – –

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Schnabel:

Herr Kollege, Sie sind schon etwas über der Zeit.

Abg. Creutzmann, FDP:

Sie lachen. Das ist halt das Schöne, wenn man eine Steuerreform macht, aber politisch sagt, sie darf nichts kosten. Das ist das Problem. Dann macht man eine Steuerreform wieder für die Konzerne und nicht für den Mittelstand.

(Unruhe im Hause)

Das ist schade.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Kollege Hartloff. Ihnen stehen noch zwei Minuten Redezeit zur Verfügung.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil der Kollege Baldauf heute Morgen meinen Vorgänger zitiert und ein Zitat von ihm genannt hat. Herr Baldauf, das Zitat war falsch. Es war – das muss ich sagen, wenn ich das so sehe – bewusst falsch.

(Bracht, CDU: Wie ist es denn richtig?)

Ich zitiere aus dem Protokoll der 95. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz vom 21. Oktober 1999. Da sagte mein Vorgänger: „Meine Freunde haben zu mir gesagt, das ich damit konfrontiert werden würde, weil ich gesagt habe – jetzt kommt das Zitat – ‚Sparen in öffentlichen Haushalten bedeutet heute, mit einer Hand statt mit zwei Händen das Geld zum Fenster hinauszuerwerfen‘“. Er führt das dann weiter aus.

Sie haben gesagt, dass die SPD das Geld mit zwei Händen rauswirft, hätte Kollege Mertes gesagt. Das ist so. Sie haben falsch zitiert. Das ist ein Falschmünzer, der so etwas macht.

(Starker Beifall der SPD)

Lassen Sie mich in der Kürze der Zeit noch zwei bis drei Sätze zur Unternehmensteuerreform sagen. Einleitend möchte ich Sie auch mit dem, was Sie, Herr Baldauf gesagt haben, konfrontieren. Sie haben vom rot-grünen Chaos gesprochen, das für die wirtschaftliche Ausgangssituation verantwortlich wäre.

(Schreiner, CDU: So ist es! Jawohl!)

Die Reformen von Gerhard Schröder und seiner Regierung waren mit Ursache dafür, dass sich die Wirtschaft gut entwickeln konnte. Die Agenda, so schwer sie war, ist ein Punkt, der Impulse gesetzt hat.

(Starker Beifall der SPD)

Davon profitieren die Große Koalition und auch die Wirtschaft.

(Zurufe von der CDU)

Herr Kollege Creutzmann, wir werden sicher zur Unternehmensteuerreform noch vertiefend sprechen können.

(Schreiner, CDU: Deswegen war Schröder auch so erfolgreich!)

Noch zwei Sätze:

(Glocke des Präsidenten)

Wenn die Unternehmen entlastet werden, es dann allen schlechter geht und die von Herrn Baldauf beschriebene Psychologie des Aufbruchs da herauskommt – das kam aus Ihrer Rede nicht hervor, bei allem, was man über Details sagen kann – und es eine verlässliche Gewerbesteuerentnahme gibt – das schätzen unsere Kommunen, weil wir davon leben müssen, damit öffentliche Finanzen gehen –

(Beifall der SPD)

und letztlich, wenn wir die Steuersätze senken,

(Glocke des Präsidenten–

Lelle, CDU: Sie haben doch 40 Minuten gehabt!)

nominal vernünftig mehr kommt, dann ist das meines Erachtens eine gute Grundlage für eine Reform.

Letzter, für Sie erfreulicher Satz – wenn der Minister gleich noch spricht, würden sich die Redezeiten noch einmal verlängern –, der Kollege Winter, der eigentlich bei uns noch zu touristischen Fragen und anderem gesprochen hat, möchte Sie damit heute nicht strapazieren. Er wird das aus Zeitgründen zu einem anderen Zeitpunkt tun.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Staatsminister Hering.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU hat sich bisher substantiell zur Wirtschaftspolitik nicht geäußert.

(Fuhr, SPD: Heute auch nicht!)

Wir hätten eigentlich erwartet, dass wir aus Anlass der Aussprache zu einer Regierungserklärung zu dem Thema das Konzept der Union zur Wirtschaftspolitik im Land Rheinland-Pfalz dargestellt bekommen. Leider war das nicht der Fall. Ausflüchte in die Finanz- und Bildungspolitik hat es gegeben. Wir müssen feststellen, Sie haben ein solches Konzept nicht.

(Starker Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Herr Bracht, es wäre falsch zu sagen, Sie hätten keinen Vorschlag gemacht. Sie haben einen Vorschlag zu den Taxifarben gemacht. Da haben Sie schon einen Vorschlag gemacht. Das müssen wir Ihnen schon zugestehen. Einen ganz konkreten Vorschlag haben Sie schon erbracht.

(Baldauf, CDU: Und zu den Hauptschulen!)

– Herr Baldauf, wir unterscheiden uns vielleicht doch ganz konkret in der Grundphilosophie, wie wir Zahlen und die Auswirkungen auf Menschen einschätzen.

(Zuruf von der CDU: Gott sei Dank!)

Sie haben erneut dargestellt und das massiv problematisiert, dass das durchschnittliche Erwerbseinkommen eines Rheinland-Pfälzers oder einer Rheinland-Pfälerin niedriger ist als im Bundesdurchschnitt. Das ist seit Gründung des Landes Rheinland-Pfalz so. Dafür gibt es auch Gründe. Dafür gibt es den Grund, dass wir das Land der Pflege sind. Es gibt kaum ein Bundesland, wo Angehörige in diesem großem Maß die Bereitschaft mit sich bringen, Menschen zu Hause zu pflegen. Das bedeutet ganz konkret, dass viele darauf verzichten, in Vollsicht arbeiten zu gehen und eine Teilzeitbeschäftigung bewusst in Kauf nehmen, um dies zu tun.

Rheinland-Pfalz ist das Land der Familie. In rheinland-pfälzischen Haushalten leben mehr Kinder als in anderen deutschen Haushalten. Wir wollen natürlich die Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf ermöglichen. Wir stigmatisieren aber nicht, wenn eine junge Frau sich entscheidet, nur Teilzeit arbeiten zu gehen, um sich persönlich der Erziehung ihrer Kinder zu widmen.

Herr Baldauf, wir sind das Land, wo auf 1.000 Einwohner erfreulicherweise sechs Landwirte kommen. Landwirte erzielen zwar in Rheinland-Pfalz ein höheres Einkommen als in Bayern, aber mit 35.000 Euro leider ein niedrigeres Einkommen als der durchschnittliche Erwerbstätige mit 55.000 Euro im Jahr. Wir sind stolz auf diese Menschen, auf jeden, der den Beruf des Landwirtes ergreift,

(Beifall der SPD)

auf jeden, der sich zusätzlich entscheidet, er geht nicht oder nur geringfügig arbeiten, um seine Angehörigen zu pflegen, wissend, dass wir dann in dieser Statistik schlechter abschneiden. Aber uns sind nicht Zahlen wichtig, sondern das, was wir für Menschen bewirken. Deswegen sollten Sie sich das überlegen, wenn Sie hier mit solchen Rankings arbeiten und das in den Vordergrund stellen.

(Starker Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Wir sind stolz darauf – natürlich haben auch mein Vorgänger, Herr Bauckhage, und andere Anteil daran –, dass wir eine Wirtschaftspolitik gestaltet haben – die für die Menschen wichtig ist; es ist die wichtigste Aufgabe von Wirtschaftspolitik, dafür zu sorgen –, dass Menschen Arbeit haben.

(Schreiner, CDU: In Hessen und
Nordrhein-Westfalen!)

– Herr Schreiner, es gibt zwei Möglichkeiten.

(Schreiner, CDU: Und in Luxemburg! –
Zurufe von der SPD)

Ich habe Ihnen das schon einmal dargelegt. Entweder Sie verstehen es nicht, oder Sie wollen es nicht zur Kenntnis nehmen.

(Beifall der SPD)

In Rheinland-Pfalz ist seit dem 1. Januar 2005 die Arbeitslosigkeit um 22 % zurückgegangen, bei Herrn Koch nur um 11,7 %.

Herr Schreiner, die Zahl der Menschen, die aus Rheinland-Pfalz auspendeln, um dort zu arbeiten, nimmt ab. Die Zahl der Menschen, die nach Rheinland-Pfalz kommen und hier ihren Arbeitsplatz finden, nimmt zu. Deswegen ist die Nettoauspendlerquote in Rheinland-Pfalz gesunken. Was Sie behaupten, ist schlicht und ergreifend falsch. Sie zerreden das, was Menschen als Arbeitgeber und Arbeitnehmer in diesem Wirtschaftsstandort leisten. Wir sind besser als die Nachbarländer. Wir be-

kennen uns dazu, auch wenn es Ihnen politisch vielleicht nicht passt.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Herr Baldauf, das ist genauso – Herr Alexander Schweitzer hat es dargelegt – bei der Insolvenzquote, also bei der Frage in Bezug auf bestehende Unternehmen und Einwohner. Da sind wir in Deutschland auf Platz 5. Das ist im Hinblick auf die hohe Zahl von Existenzneugründungen, die wir in Rheinland-Pfalz haben, ein hervorragender Platz.

Herr Schreiner, Herr Baldauf, das ist bei Ihnen vom Niveau her egal.

(Baldauf, CDU: Haben Sie noch etwas zu bieten, außer Beleidigungen?)

– Das ist doch keine Beleidigung, wenn ich Sie vom Niveau her gleich einschätze, oder? Ist das eine Beleidigung?

(Beifall der SPD –
Zurufe von der CDU)

Herr Baldauf, wenn Sie es als Beleidigung auffassen, wenn ich Sie im Niveau mit Herrn Schreiner gleichsetze, dann werde ich das zukünftig unterlassen. Gut.

(Lelle, CDU: Ach wie spaßig!)

Zur Frage des Mittelstands: Wir sind froh, dass in 113 Fällen ein Ansprechpartner vorhanden war und geholfen werden konnte. Selbstverständlich sind wir nach wie vor Ansprechpartner für den Mittelstand. Mit Sicherheit bin ich viel häufiger in Betrieben als Sie. Der Mittelstand ist auch für Folgendes ganz wichtig: Zu einem Wirtschaftsstandort gehört auch, dass wir in allen Regionen unternehmensfreundlich sind. Wir erhalten Informationen, dass es in manchen Regionen nicht so ganz funktioniert, Herr Baldauf.

(Bracht, CDU: Weil Ihre Politik nicht funktioniert!)

Sie haben das Problem der Taxifarben nach oben gespielt. Es gab im Land in der Tat in einer Kommune ein Problem. Überall im Land ist das sehr unbürokratisch gehandhabt worden, wo Ausnahmegenehmigungen erteilt werden mussten, bis auf die Stadt Frankenthal. Dort hatten wir in der Tat ein Problem. Deswegen hatten wir wahrscheinlich auch den Antrag von Ihnen.

Wir sind froh über einen Mittelstandslosen und anderes, so etwas zeitnah zu erfahren, mit dem einen oder anderen zu telefonieren und ganz unbürokratisch dazu beizutragen, dass wir bis in die Kommunen hinein ein wirtschaftsfreundliches Land sind.

(Bracht, CDU: Das hat Sie sehr getroffen!)

Das gilt auch für den Bereich der Förderprogramme. Es ist sinnvollerweise in Rheinland-Pfalz im Bereich ISB konzentriert. Dort haben wir es erreicht, einen Ansprechpartner zu haben.

Für mich ist sehr wichtig, wenn wir über Wirtschaftsfreundlichkeit reden, wie es empfunden wird, nicht was Ihre Meinung ist, sondern was die Betroffenen, die Unternehmerinnen und Unternehmer, selbst darüber denken. Die Studie von Ernst & Young sagt bezüglich der Wirtschaftsförderung, dass Rheinland-Pfalz wegen der Transparenz und der Zügigkeit der Förderung Platz 3 in Deutschland hat. Das sagen Unternehmerinnen und Unternehmer in Rheinland-Pfalz. Das ist die wichtige Aussage für uns.

(Beifall der SPD)

Herr Eymael, Sie haben vieles erwähnt, wo wir Kontinuität wahren. Vieles ist auch gut gestaltet worden. Wir setzen bewusst in vielen Bereichen auf Kontinuität. Ich bin froh, dass Sie die kleinen Betriebe ansprechen. Deswegen haben wir konsequenterweise auf die Mindestförderquoten reduziert, um zukünftig gerade auch Kleinstbetriebe an manchen Förderprogrammen teilnehmen zu lassen. Ich will einmal unterstellen, dass Sie das auch gemacht hätten, wenn Sie diese Funktion fortgeführt hätten. Ich will das einfach so prognostisch unterstellen, auch dass Sie die Stärkung des Eigenkapitals erkannt und die ähnlichen Initiativen ergriffen hätten und so die Dinge in Kontinuität – – –

(Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

– Das meine ich. Das will ich hier ausdrücklich betonen.

Herr Baldauf, in einem ist Sprache manchmal verräterisch. Sie haben gesagt, wenige Räume sind förderwürdig. Wer der deutschen Sprache mächtig ist, weiß, dann heißt das: Wenn wenige Räume förderwürdig sind, dann ist die Mehrheit der Räume eben nicht mehr förderwürdig. Da würde ich schon gern einmal erfahren, wen Sie damit in Rheinland-Pfalz meinen, ob es der Westerwald ist, wo ich herkomme, oder die Pfalz, Trier oder das Nahetal. Dann müssen Sie die Räume auch benennen. Unser Ansatz ist – – –

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

– Sie hätten genau zuhören müssen.

Wir haben gesagt, wir erarbeiten regionalspezifische Konzepte, um die jeweiligen Potenziale und Chancen der Regionen zu analysieren. Wir meinen alle Regionen in Rheinland-Pfalz. Wie in der Vergangenheit wollen wir alle Regionen gleichmäßig entwickeln, auch entsprechend ihrer verschiedenen Potenziale.

(Beifall der SPD)

Auch dort haben Sie eine andere Auffassung.

Es würde durchaus reizen, über Hahn und Zweibrücken zu reden. Aber Sie wollen in die Region gehen und das klarstellen, Herr Eymael. Dann wird die Region das auch begreifen. Das sind kluge Menschen. Die können schon nachvollziehen, wie die Dinge sich gestalten.

(Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

Herr Baldauf, bezüglich der Verkehrsinfrastruktur: A 1, B 10, B 15, drei zentrale Projekte im Land. Für alle drei Projekte haben wir in den letzten Monaten zusätzliche Finanzausgaben vom Bund erhalten. Dort geht der Ausbau weiter. Es ist das klare Signal, dass wir auf diese Prioritäten setzen.

(Beifall der SPD)

Bei diesen Projekten gehört auch zur verantwortbaren Politik, dass man den Mut hat, wo es um zentrale Verkehrsadern im Land geht, zu umstrittenen Entscheidungen zu stehen. Sie haben bei der Hagenbach-Variante das Gegenteil demonstriert, wie man verantwortungsvoll mit der Politik umgeht. Natürlich gibt es bei zentralen Projekten überall Proteste vor Ort. Es ist unverantwortlich, dies aufzugreifen. Damit tragen Sie nicht dazu bei, dass zentrale Verkehrsadern in Rheinland-Pfalz gebaut werden.

(Beifall der SPD)

Ich möchte die Zeit nicht überbeanspruchen, weil das die Konsequenz hat, dass sich die Redezeit entsprechend verlängert.

Es wird auch den Zeitpunkt geben, wo die Union ihr Konzept für Wirtschaftspolitik vorlegt.

(Ministerpräsident Beck: Das glaube ich nicht!)

Dann wird sich die Möglichkeit ergeben. Ob dies in dieser Periode der Fall sein wird, werden wir sehen. Wenn es denn so weit ist, freue ich mich darüber, mit Ihnen über konstruktive Vorschläge und Ansätze zu debattieren. Es würde das Land mit voranbringen, wenn wir darüber diskutieren können. Aber wahrscheinlich werden wir sehr lange darauf warten müssen.

(Anhaltend Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jede Fraktion hat noch eine zusätzliche Redezeit von zwölf Minuten.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Licht das Wort. Er hat sogar noch zwei Minuten mehr.

Abg. Licht, CDU:

Ich wüsste, dass ich damit allgemein Verärgerung auslösen würde. Ich glaube, das ist auch nicht im Sinne dieser Debatte.

Meine Damen und Herren, ich möchte zwei, drei Dinge aufgreifen.

Herr Kollege Hartloff, Sie sollten, wenn Sie schon recherchieren, oder Herr Ministerpräsident, wenn Sie recherchieren, sollten Sie die Recherche zu Beginn ansetzen. Sie sollten da ansetzen, wo sie ausgelöst wurde. Sie sollten da recherchieren, wo dies beispielsweise in der „Rheinzeitung“ eventuell nachzulesen ist;

denn, Herr Ministerpräsident, ich habe dieses Zitat mehrfach von diesem Pult aus geäußert – ohne Reaktion. Damals war es Ihnen wohl noch zeitpräsent, und Sie haben nicht widersprechen können. Nun ist es ein bisschen aus der Zeit, und Sie echauffieren sich. Dennoch zeigt dieses Zitat, es hat auch etwas mit dieser Grundphilosophie zu tun.

Herr Minister Hering, das ist die Überleitung zu dem, was Sie gesagt haben. Sie sind, und das ist ein entscheidender Vorwurf unseres Fraktionsvorsitzenden gewesen, als Wirtschaftsminister, der auch kaufmännisch reagieren sollte, der auch sein Ministerium kaufmännisch im Blick halten sollte, auf die Verschuldungspolitik dieses Landes überhaupt nicht eingegangen.

Herr Ministerpräsident, zum Reizen will ich auch allgemein noch etwas sagen. Das, was in den vergangenen Tagen hier und da von der Regierungsbank an Beleidigungen in diese Richtung kam, war früher auch nicht üblich. Meine Damen und Herren, das hat ein Niveau erreicht, das nicht sein muss.

(Unruhe bei der SPD)

Ich bin für einen harten Schlagabtausch, da gibt es überhaupt keine Frage, aber das hat ein Niveau erreicht, bei dem Sie überlegen sollten, ob da nicht weniger mehr wäre.

Meine Damen, meine Herren, zurück zur Grundphilosophie. Wenn ich weiß, dass ich 26 Milliarden Euro Schulden im Rücken habe, gehört zur Grundphilosophie, dass die Sozialdemokraten oft von Einnahmenproblemen und nicht von Ausgabenproblemen sprechen.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Das gehört genauso dazu.

(Beifall der CDU)

Herr Minister Hering, fassen Sie das jetzt nicht als besondere Beleidigung auf, aber wenn Sie heute Morgen als Lokomotive diese Regierungserklärung halten wollten, kann ich nur sagen, ich würde eher den Vergleich mit einer Museumsbahn ziehen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

In vielen Punkten bauen Sie durchaus richtig auf Vergangenes auf. Es ist auch nicht so, dass von unserem Fraktionsvorsitzenden alles bestritten wurde und wir in der Vergangenheit immer gegen alle Maßnahmen waren. Gerade in diesem Bereich ist das nie der Fall gewesen. Bei vielen Projekten haben wir hinter der Landesregierung gestanden und Dinge beflügelt.

Mir ist beispielsweise aufgefallen, dass Sie in Ihrer Regierungserklärung nichts zum Industrieflughafen Bitburg gesagt haben.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Das sind Möglichkeiten, die auch in unserem Land liegen.

Auch zur Entwicklung auf dem Hahn und zu dem Entwicklungskonzept, bei dem es hoffentlich um positive Abstimmungspunkte geht, haben Sie nur wenige Worte verloren. Meine Damen und Herren, mir ist das noch fast euphorisch im Ohr. Der Gutachter hat bei seiner Vorstellung von einer neuen Mitte von Rheinland-Pfalz gesprochen.

Sie müssen sich vorstellen, dass dort eine Dimension wächst, die sich in der Größenordnung einer Stadt wie Kaiserslautern täglich bewegt. Es ist natürlich unbestritten, dass diese Entwicklung Auswirkungen hat. Da haben Sie uns auch an Ihrer Seite. Es ist aber auch unumstritten, dass einige Entwicklungen schon gestern hätten in die Wege geleitet werden müssen.

Meine Damen und Herren! Herr Kollege Schweitzer hat mich gestern richtig zitiert. Wenn ich über den ländlichen Raum und den Mittelstand rede und weiß – andere haben das mit aufgegriffen –, dass zum ländlichen Raum auch die vielen kleinen Dörfer gehören, in denen die vielen, vielen Mittelständler zuhause sind, muss ich sehen, dass diesen auch eine Entwicklungsmöglichkeit zur Verfügung stehen muss und diese Entwicklungsmöglichkeiten durch Festschreibungen im neuen Landesentwicklungsprogramm nicht gehemmt werden dürfen. Auch das sollten Sie als Wirtschaftsminister mit auf den Weg nehmen, weil es wichtig ist, das zu nennen.

Frau Mohr, Sie haben die gute Zusammenarbeit zwischen den Ministerien gelobt. Die B 50 – ich kann Ihnen das nicht ersparen – könnte sich im Bau befinden, wenn es diese Zusammenarbeit früher gegeben hätte.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Punkt 19 „Menschen prägen Wirtschaft“ ist mit der Aussprache über die Regierungserklärung erledigt.

Bei Punkt 20 „Standort Rheinland-Pfalz stärken – den Mittelstand als zentralen Motor der rheinland-pfälzischen

Wirtschaft weiter gezielt unterstützen –“ – Drucksache 15/546 – ist zunächst über die Beschlussempfehlung – Drucksache 15/842 – abzustimmen. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Hartloff, SPD: Mit Änderungen!)

Gegenstimmen? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU angenommen. Wir stimmen jetzt über den Antrag – Drucksache 15/546 – unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderungen ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen! – Gegenstimmen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Punkt 21 der Tagesordnung „Zur Situation der kleinen und mittleren Unternehmen in Rheinland-Pfalz“, zu dem es einen Antrag der Fraktion der SPD „Rheinland-Pfalz zum Land des modernen Mittelstands ausbauen!“ – Drucksache 15/859 – gibt. Soll der Antrag überwiesen werden oder soll direkt über ihn abgestimmt werden? – Es wird eine direkte Abstimmung gewünscht.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen! – Gegenstimmen? – Mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU ist dieser Antrag angenommen.

Zu Punkt 22 der Tagesordnung „8. Mittelstandsbericht der Landesregierung“ – Drucksache 15/760 – bedarf es keines Beschlusses, wenn von Ihnen nichts anderes gewünscht wird.

Der Antrag unter Punkt 23 der Tagesordnung „Zukunft des Mittelstandes durch eine Reform der Unternehmenssteuer sichern“ – Drucksache 15/860 – wurde zurückgezogen.

Damit sind wir am Ende unserer Tagesordnung angelangt. Ich lade Sie zur nächsten Plenarsitzung am Mittwoch, den 25. April 2007 um 14:00 Uhr ein. Von dieser Stelle aus darf ich Ihnen schon jetzt frohe Ostern wünschen.

Die Sitzung ist geschlossen.

E n d e d e r S i t z u n g: 13:37 Uhr.